

Preussische Allgemeine



Nr. 22 · 4. Juni 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Magdeburger Offenbarungen



Sachsen-Anhalt wählt seinen Landtag. Warum das politische Deutschland gebannt auf das Land an der Elbe blickt **Seite 1 und 3**



Weißrussland In Minsk setzt die Opposition auf Weiß-Rot-Weiß **Seite 6**



Geschichte & Gegenwart Fragen an den „Völkermord“ in Namibia **Seite 8**

AUFGEFALLEN

Wächteramt statt Fürsprecher

Marco Wanderwitz hat heftig Prügel bezogen für seine Äußerungen über die Bürger in den neuen Bundesländern – zu Recht. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung hatte verlauten lassen, bei den Mitteldeutschen hätten wir es „mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatorsozialisiert sind, dass sie auch nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind“. Dass er dies ausgerechnet kurz vor der Wahl in Sachsen-Anhalt vom Stapel ließ, wird vor allem seine CDU-Parteifreunde erzürnt haben.

Der Ostbeauftragte ist eigentlich für die Koordinierung des „Aufbaus Ost“ zuständig. Viele sehen in ihm indes auch einen Fürsprecher der Menschen auf dem Gebiet der früheren DDR, der dazu beitragen soll, dass ihre Anliegen nicht im Übergewicht der westdeutschen Länder untergehen.

Vielleicht liegt hier der Irrtum. Womöglich sieht das politische Berlin in dem Beauftragten vielmehr eine Art Aufpasser, der über die Mitteldeutschen wachen und sie zur Zustimmung für die herrschende Politik bewegen soll.

Vor einem solchen Hintergrund erscheint Wanderwitz' Entgleisung wie das Eingeständnis, mit seinem Wächter- und Erzieheramt in einem solchen Umfang gescheitert zu sein (Stichwort: Zustimmungswerte für die AfD), dass es für die Karriere des Betroffenen gefährlich werden könnte. So würde sich auch erklären, dass er ausgerechnet kurz vor der Magdeburger Wahl derart ausgerastet ist. **H.H.**

POLITIK

Ein kleines Bundesland mit großer Bedeutung

Obwohl sich in Sachsen-Anhalt selbst kaum etwas ändern dürfte, setzt die Landtagswahl am Sonntag wichtige Trends für die Bundespolitik

VON RENÉ NEHRING

Unbedeutend waren Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt noch nie. 1994 ersann Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) hier das „Magdeburger Modell“, das die Tolerierung seiner Minderheitsregierung durch die PDS vorsah. 2002 war die Wahl Wolfgang Böhmers (CDU) ein Markstein auf dem Weg der Rückkehr seiner Partei an die Macht im Bund. Und 2016 bildete Reiner Haseloff in Magdeburg die erste „Kenia-Koalition“ aus CDU, SPD und Grünen. Auch sie ein Modell, das in anderen Ländern längst Nachahmung gefunden hat.

Vor zwei Wochen sah es so aus, als ob Sachsen-Anhalt erneut eine politische Premiere erleben würde. In den Sonntagsfragen zur Landtagswahl zog die AfD erstmals an der CDU vorbei auf Platz 1. Zwar zeigte die letzten Umfragen wieder einen kleinen Vorsprung für die Union, doch wird immer deutlicher, dass sich im Osten der Republik die politischen Gewichte nachhaltig verschoben haben. Und obwohl im Land selbst kaum Änderungen zu erwarten sind, dürfte das Magdeburger Ergebnis von diesem Wochenende für die Bundespolitik wichtige Trends setzen.

Für die CDU ist die Wahl der erste und zugleich letzte Test vor der Bundestagswahl nach der Nominierung Armin Laschets zum Kanzlerkandidaten der Union.

Die aktuellen Umfragen sehen die Partei mit 29 Prozent genau dort, wo sie bereits bei der letzten Landtagswahl 2016 stand, was nach dem holprigen Wahlkampfstart und angesichts der vielen Pannen im Corona-Management schon als Erfolg gelten kann (mehr zur Lage der CDU auf Seite 3).

Für die AfD unterstreicht die Tatsache, dass sie die Union in Umfragen zwischen durch überholen konnte (neben Sachsen-Anhalt war dies auch in Sachsen der Fall), den besonderen Status der mitteleuropäischen Länder für die Partei. In absoluten Zahlen freilich holt die AfD im bevölkerungsreichen Westen noch immer weitaus mehr Stimmen als im Osten der Republik. Zudem ist die Partei in den Umfragen kaum stärker als bei der Landtagswahl 2016, als sie an der Elbe 24,3 Prozentpunkte einfahren konnte. Was zeigt, dass sie selbst in ihren erfolgreichsten Bastionen ihr Potential allmählich ausgeschöpft haben dürfte.

Interessant ist auch, dass der Erfolg einem Landesverband gelingt, von dem man in den letzten Jahren kaum etwas gehört hat. Spitzenkandidat Oliver Kirchner, immerhin seit 2018 Fraktionsvorsitzender im Landtag, dürfte selbst politischen Beobachtern weitgehend unbekannt sein. Dass dennoch ein Viertel der Wähler das Kreuz bei der AfD setzen will, zeigt, dass die Partei ihre Erfolge noch immer vor allem der Schwäche der etablierten Parteien verdankt.

Aufschlussreich wird auch das Ergebnis der Grünen sein, die in den Ostländern meist schlechter abschneiden als im Westen. Nach den letzten Umfragen lagen sie bei neun Prozent. Das ist zwar eine deutliche Steigerung gegenüber 2016, als sie mit 5,2 Prozentpunkten geradeso in den Landtag rutschten. Doch lagen die Grünen Ende April – also vor den Enthüllungen über die nicht gemeldeten Nebeneinkünfte ihrer Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock – sogar bei zwölf Prozent. Somit hätte die Öko-Partei in kürzester Zeit ein Viertel ihrer potentiellen Wählerstimmen verloren. Sollte der Trend aus dem Land auch im Bund greifen, wären die grünen Kanzlerträume schnell geplatzt.

Die FDP stand zuletzt durchgehend bei acht Prozent, womit sie nicht nur sicher in den Landtag einziehen wird, sondern auch ein Faktor bei der Regierungsbildung sein dürfte. Sollte nach der Wahl etwa eine Jamaika-Koalition die Geschicke des Landes führen, könnte dies – wieder einmal – einen Trend für den Bund setzen.

Spannend zu beobachten sein wird auch das Ergebnis der Linkspartei. Errangen die SED-Nachfolger 2011 noch 23,7 Prozent, so sehen die jüngsten Umfragen sie nur noch bei zehn Prozent. So könnte für sie der Ort, an dem sie einst das erste Mal nach 1990 wieder bei einer Regierungsbildung mitmischten, zu einem weiteren Meilenstein auf dem langen Weg ihres Niedergangs werden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In der Hauptstadt streitet Rot-Rot-Grün über die Bildungspolitik des Senats **Seite 5**

Kultur

Erinnerungen an den geschmähten Bestsellerautor Heinz G. Konsalik **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Allenstein erhält hundert Ladesäulen für den Ausbau der Elektromobilität **Seite 13**

Lebensstil

In Erfurt hat die BUGA ihre Pforten geöffnet – und hofft auf eine ungestörte Saison **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Griechenland Während Athen wirtschaftspolitisch auf die EU beziehungsweise deren Corona-Hilfen setzt, nähert es sich außenpolitisch Gegnern der Türkei im Nahen Osten an. Daneben wird tüchtig aufgerüstet

Von Merkel und der EU enttäuscht

Im Kampf gegen die Türkei setzt Hellas nun verstärkt auf Araber und vor allem auf die Israelis

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die traditionellen Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland haben sich in letzter Zeit erheblich verstärkt. Das resultiert daraus, dass Ankara Gebietsansprüche in der Ägäis erhebt und unterseeische Gasvorkommen erschließen will, die de jure Athen gehören. Die griechische Regierung antwortet hierauf mit einer Doppelstrategie. Zum einen unternimmt sie größere Rüstungsanstrengungen, zum anderen sucht sie neue Verbündete auf dem internationalen Parkett. Letzteres ist die Folge des Umstandes, dass sich das EU-Mitglied Griechenland nicht mehr ausreichend von der Europäischen Union unterstützt fühlt, wofür man in Athen vor allem Angela Merkel verantwortlich macht, der eine heimliche Sympathie für Ankara nachgesagt wird. Und tatsächlich ging in der Vergangenheit etwa ein Drittel aller bundesdeutschen Waffenexporte in die Türkei, während Berlin gleichzeitig in Brüssel auf die Bremse trat, wenn Sanktionen gegen den Unruhestifter am Bosphorus verhängt werden sollten. Innerhalb Europas trauen die Griechen letztlich nur noch Frankreich zu einhundert Prozent, weil Paris die Erdoğan-Regierung immer wieder scharf attackiert.

Athen traut nur noch Paris

Die Folge hiervon ist ein deutlicher Paradigmenwechsel in der Außenpolitik Athens. Griechenland sucht nun den Schulterchluss mit jenen Staaten im nächstlichen Raum, die sich ebenfalls von der Türkei bedroht oder zumindest herausgefordert fühlen. Dazu zählen insbesondere Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien.

Beispielsweise reiste der griechische Verteidigungsminister Nikolaos Panagiotopoulos Ende April nach Riad und unterzeichnete dort ein Abkommen über die Stationierung von Raketen des Typs MIM-104 Patriot aus den Armeebeständen Athens zum Schutz der saudischen Ölanlagen vor Angriffen aus der Luft, wie es im September 2019 gegeben hatte. Und 2020 machte dann die Corona-Pandemie die Hoffnung auf eine baldige wirtschaftliche Erholung zunichte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte um 8,2 Prozent, was vor allem aus dem Rückgang der Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft von 18,2 Milliarden Euro im Jahre 2019 auf 4,3 Milliarden resultierte.

Nun will die christdemokratische Regierung in Athen das Land aber endlich auf einen ökonomischen Erfolgskurs bringen. Um bis zu 4,2 Prozent soll das BIP dieses Jahr steigen und im nächsten



Im Rahmen des multinationalen Großmanövers Iniochos 2021: Kampfflugzeuge donnern über die Akropolis

Foto: pa

chos 2021 über die Akropolis. Möglich wurde dies durch den bilateralen Vertrag zur strategischen Zusammenarbeit beider Länder in der Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik vom November 2020. Nur wenige Wochen später beteiligten sich Kriegsschiffe der VAE an der multinationalen Militärübung Medusa 2020. Darüber hinaus trainierten die griechischen Streitkräfte in letzter Zeit auch gemeinsam mit ägyptischen und jordanischen Kontingenten.

Interessenvertreter Israels in der EU

Eine noch engere militärische Kooperation gibt es zwischen Griechenland und Israel. So wurde vorletzten Monat vereinbart, dass der israelische Rüstungskonzern Elbit Systems in Kalamata im Süden des Peloponnes eine hochmoderne Ausbildungsanlage für die griechische Luftwaffe errichten und 22 Jahre lang betrei-

ben soll. Das Auftragsvolumen beträgt 1,6 Milliarden Euro. Mittlerweile bezeichnet die Regierung in Athen Israel sogar als „zentralen Verbündeten“ beim Ausbau der griechischen Verteidigungsfähigkeit. Deshalb ist sie auch zu diversen Gegenleistungen bereit. Eine davon ist die Zusage, Israel künftig über eine „2000-Megawatt-Autobahn“ via Kreta an die europäischen Stromnetze anzubinden. Das würde der Energiesicherheit des jüdischen Staates ganz erheblich zugutekommen. Darüber hinaus setzte sich Athen in letzter Zeit innerhalb der Europäischen Union nachdrücklich für die Interessen Israels ein und gab möglicherweise auch den Inhalt vertraulicher Papiere, die in Brüssel kursierten, nach Jerusalem weiter. Passend hierzu beteuerte Premierminister Mitsotakis im Juni 2020, Israel werde in den Griechen stets zuverlässige Freunde haben.

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan reagierte auf die griechisch-arabische und die griechisch-israelische Annäherung mit wilden Schimpftiraden und der Ankündigung, diese „Achse des Bösen“ zu „zerstören“. Das dürfte ihm jedoch kaum gelingen, da er sich durch seine Militärinterventionen in Syrien, Libyen und dem Nordirak international isoliert hat und die USA Griechenland als „natürlichen Verbündeten“ im östlichen Mittelmeer preisen, seit die Türkei den Kauf des nicht NATO-kompatiblen russischen Raketenabwehrsystems S-400 Triumph beschlossen hat. Außerdem wird Erdoğan auch deshalb auf Drohgebärden oder Schlimmeres verzichten müssen, weil die türkische Luftwaffe unter gravierendem Personalmangel leidet. Denn seit 2016 ist fast jeder zweite Kampfpilot wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen worden.

WIRTSCHAFT

Auf dem Weg zum Wachstums-Champion Europas?

Mit den Corona-Milliarden der EU will Athen die Wirtschaft 2021 um 4,2 und 2022 gar um 6,2 Prozent wachsen lassen

Im Jahre 2015 stand Griechenland am Rande des Staatsbankrotts und musste mit Hilfskrediten in Höhe von fast 290 Milliarden Euro gerettet werden. Und 2020 machte dann die Corona-Pandemie die Hoffnung auf eine baldige wirtschaftliche Erholung zunichte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte um 8,2 Prozent, was vor allem aus dem Rückgang der Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft von 18,2 Milliarden Euro im Jahre 2019 auf 4,3 Milliarden resultierte.

Nun will die christdemokratische Regierung in Athen das Land aber endlich auf einen ökonomischen Erfolgskurs bringen. Um bis zu 4,2 Prozent soll das BIP dieses Jahr steigen und im nächsten

Jahr dann gar um 6,2 Prozent. Damit könnte Hellas 2022 zum unangefochtenen Wachstums-Champion der Europäischen Union avancieren – sofern denn die Maßnahmen greifen, welche der griechischen Wirtschaft verordnet wurden.

So sanken die Steuern auf Unternehmensgewinne von 24 auf 22 Prozent und die Sozialversicherungsbeiträge um drei Prozentpunkte. Das soll die Investitionstätigkeit anregen. Für kommendes Jahr rechnet der griechische Finanzminister Christos Staikouras hier mit einem Plus von 30,3 Prozent.

Als weiteres wichtiges Instrument zur Generierung von Wachstum gilt der Corona-Aufbauplan der EU, durch den

Athen bis Ende 2026 Zuschüsse und günstige Kredite in Höhe von 30,5 Milliarden Euro erwarten darf. Dabei will die Regierung das Geld aber nicht mit der Gießkanne verteilen, sondern zur gezielten Förderung von Zukunftsprojekten im Rahmen des Programms „Greece 2.0“ verwenden. Hierzu zählen Investitionen in den „Klimaschutz“, Erneuerbare Energien sowie die Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung.

Aufgrund all dieser erhöhte die Kredit-Ratingagentur Standard and Poor's Corporation (S&P) die Bonität von Hellas Ende April von BB- auf BB. Den Ausblick korrigierte sie von „stabil“ auf „positiv“.

Es gibt Risiken, welche die hochfliegenden Träume vom wirtschaftlichen Aufstieg Griechenlands schnell wieder zunichtemachen könnten

Es gibt allerdings Risiken, welche die hochfliegenden Träume vom wirtschaftlichen Aufstieg Griechenlands schnell wieder zunichtemachen könnten. Immerhin stieg die Staatsschuldenquote durch den Rückgang der Staatseinnahmen bei gleichzeitigem Anstieg der Staatsausgaben infolge der Corona-Krise auf einen neuen Rekordwert von 205,3 Prozent des BIP. Und dabei wird es nicht bleiben, zumal die Gefahr besteht, dass sich manche der mit viel Hoffnungen verknüpften Projekte als Flop erweisen. So spült die geplante Errichtung von drei Datenzentren des US-Technologie-Riesen Microsoft möglicherweise weniger Geld in die griechische Staatskasse als erwartet. W.K.

AUFRÜSTUNG

Griechenland will die Türkei übertreffen

Wegen des Konflikts mit der Türkei erhöht Griechenland seine Militärausgaben dieses Jahr von 3,4 auf 5,5 Milliarden Euro. Das Budget für die Anschaffung neuer Waffensysteme wurde verfünffacht. Statt 500 Millionen stehen nun 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Insgesamt plant Athen, in den kommenden fünf Jahren Rüstungsgüter im Wert von 11,5 Milliarden Euro zu erwerben. Dazu zählen unter anderem Hubschrauber, Drohnen, Kampffjets und Kriegsschiffe. Griechenland besitzt bereits 13 Fregatten, will nun aber 17 haben, um die Türkei zu übertreffen. Nicht billig wird auch der Kauf von zwölf gebrauchten und sechs neuen zweistrahligen Mehrzweckkampfflugzeugen des französischen Herstellers Dassault Rafale. Hierfür sind bis 2023 2,3 Milliarden Euro reserviert.

Ansonsten reflektiert Athen auch auf weitere deutsche U-Boote der Klasse 214, von denen aktuell schon vier zum Bestand der griechischen Marine gehören, sowie auf US-amerikanische Tarnkappen-Jets vom Typ Lockheed Martin F-35 „Lightning II“. Sollten derartige Maschinen tatsächlich geliefert werden, könnten das genau jene sein, welche die Türkei bestellt hatte, um die Lufthoheit über der Ägäis zu erringen, aber nicht erhielt, weil die USA den Auftrag stornierten, um Ankara für den Kauf des russischen Raketenabwehrsystems S-400 Triumph abzustrafen.

Zusätzlich verlängerte Athen die Dauer des Grundwehrdienstes von neun auf zwölf Monate und kündigte die Einstellung von 15.000 weiteren Berufssoldaten an. Dadurch dürfte die Zahl der aktiven Militärangehörigen demnächst von 100.000 auf 133.000 steigen.

Zur Begründung all dieser Schritte sagte der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis, Hellas brauche unbedingt einen „nationalen Schild“ zur Verteidigung seines Territoriums: „Das ist der Preis für unsere Position auf der Landkarte“, da „unser Nachbar leider die Türkei und nicht Dänemark ist.“ W.K.

Die Union im Zangengriff

Am kommenden Sonntag wählen die Bürger Sachsen-Anhalts ihren neuen Landtag. Die jüngsten Wahlumfragen sehen die oppositionelle AfD gleichauf mit der regierenden CDU – deren gestalterische Spielräume immer enger werden

VON WERNER J. PATZELT

Das ganz große Drama scheint den Christdemokraten am Ende wohl erspart zu bleiben. Lag die CDU Sachsen-Anhalt in den Meinungsumfragen zur Landtagswahl am kommenden Sonntag in der vergangenen Woche noch hinter der AfD und schien damit erstmals die selbsternannte „Alternative“ stärkste Partei in einem Bundesland werden zu können, so lag in den letzten Befragungen vor der Wahl die Union wieder knapp vor der AfD. Sollte es so kommen, wäre dies vor allem ein Verdienst des zunehmend landesväterlichen Ministerpräsidenten Haseloff.

Gewiss aber wird die AfD nicht auf das Niveau einer Splitterpartei geschrumpft sein. Das freilich war die große Hoffnung jenes nachgerade Allparteien-Bündnisses gegen die AfD, das nach der letzten Landtagswahl im Frühjahr 2016 zu Magdeburg geschmiedet worden war. Noch heute glauben viele: Würden alle selbsternannte Anständigen gegen die AfD zusammenstehen, dann schämten sich deren Wähler so sehr, dass der Anti-Merkel-Spuk rasch vorbei wäre. In genau diesem Sinn ahmte man in Sachsen vor zwei Jahren das Magdeburger Bündnis nach. Jedenfalls gilt es weiterhin als der politischen Weisheit letzter Schluss, alle zu ächten, die auch rechts der politischen Mitte Bürger vermuten, die an sich zu binden demokratischen Parteien gut anstünde.

Gescheiterte Ausgrenzung der AfD

Selten war man sich in Deutschland so einig im Kampf gegen eine Protestpartei, und kaum einmal entsprach reales Ausgrenzen so klar den politisch erwünschten Vorgaben. Nur der in Aussicht gestellte Erfolg will sich nicht einstellen. Trotz Beobachtung durch den Verfassungsschutz und belobigter Aggressivität gegen deren Politiker gelingt es nicht, die AfD bundesweit unter zehn Stimmenprozent zu drücken. Und in Sachsen-Anhalt jubiliert die CDU – wie einst in Sachsen – schon darüber, wenigstens ein bisschen vor der verhassten Alternativpartei zu liegen. Unter diesen Umständen nimmt es die Union fast klaglos hin, durch Präsenz der AfD in den Parlamenten zu solchen Koalitionen getrieben zu werden, die vor der Gründung der „Alternative“ nicht als „interessant“ gegolten hätten, sondern als parteischädigend. Jetzt aber fährt die Union damit fort, durch Koalitionen mit den Grünen die AfD weiterhin zu mästen.

Wer in guten Zeiten „Alternativlosigkeit“ als taktisches Argument säte, der erntet nun in schlechten Zeiten reale Alternativlosigkeit als strategisches Dilemma. Doch der Weg in dieses Schlamassel war durchaus nicht alternativlos. Es war nicht zwingend, solche Wähler der AfD zuzutreiben, die konservativ in dem Sinne waren, dass sie mühsam Erreichtes wie eine befriedete innenpolitische Kultur und einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat nicht durch leichtfertige Politik gefährdet haben wollten. Es war nur unglaublich bequem, Kritiker der Eurozonen-Politik wie die Gründer der AfD erst als „europafeindlich“, dann als „nationalistisch“ und am Ende als „rechtsradikal“ hinzustellen – und Kritiker selbstermächtigten Einwanderers als „schlicht menschenverachtend“ und „rassistisch“. Rasch wurde als politisch korrekte Selbstverständlichkeit durchgesetzt: An den Positionen solcher Leute kann gar nichts stimmen!

Verrücken der Trennlinien

Dass man auf diese Weise ausgerechnet vor den Rechtsradikalen im Land, ihrerseits enttäuscht von üblen Figuren an der Spitze der NPD, eine neue Sammlungsbewegung bewarb, in der dann viele rechte Glücksritter und Demagogen eine bislang verschlossene



Symbol neuer Kräfteverhältnisse? Wahlplakate in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2021

Foto: pa

Karriere machten – das begriffen die politische Rechtgläubigen im Lande einfach nicht. Und als die Hoffnung zerstob, im Kampf zwischen Gut und Böse ließe sich die AfD dezimieren, da galt nicht etwa diese Strategie als gescheitert. Nein – sie wurde für nur nicht konsequent genug umgesetzt erklärt!

Also zieht man die Scheidelinie hin zu den Unanständigen jetzt schon innerhalb der Union. Bald mag zum Mantra werden, politische Mitwirkungsrechte hätte die „von Natur aus rechtslastige“ Union nur solange, wie sie in passenden Koalitionen unter die Kuratel von Grünen und Linken gestellt sei. Sowohl das kommende Magdeburger Wahlergebnis als auch der Ausgang der Bundestagswahl sowie der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden zeigen, dass die Union tatsächlich nicht länger Herrin ihres eigenen Schicksals ist. Vielmehr steckt sie im Zangengriff von Grünen und AfD.

Aus dem hätte sie nur die Bundes-CDU durch eine klare Neupositionierung befreien können. Das aber wollten die Altmaiers, Wanderwitze & Co. gerade nicht. Lieber ließen sie die CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer verschleifen, als einen Kernfehler der Merkel-Ära zu korrigieren. Der besteht darin, überhaupt Freiraum für das Großwerden der AfD geschaffen zu haben. Doch angeblich hat die CDU – gerade in Ostdeutschland – damit überhaupt nichts zu tun, denn unter AfD-Wählern rege sich nur jener Rechtsextremismus, der den DDR-Antifaschismus wunderbar überstand.

Was hätte unter solchen Umständen der Ministerpräsident Haseloff wohl anderes tun können, als im letzten Jahr seinen Fast-Nachfolger Stahlknecht zu entlassen? Der hatte doch glatt über eine CDU-Minderheitsregierung nachgedacht, um die Union aus der Fesselung durch Koalitionen mit Grünen und SPD zu befreien! Das ging freilich schon vor zwei Jahren dem sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer zu weit, obwohl der als Wahlsieger durchaus die Autorität zur Durch-

setzung eines solchen Kurses gehabt hätte. Es darf nämlich zwar die CDU – wie in Thüringen – eine linke Minderheitsregierung mittragen; doch gar nicht geht eine CDU-Minderheitsregierung, an deren Politik bisweilen auch AfD-Abgeordnete Gefallen fänden. Was kann an diesem Dilemma eigentlich der neue CDU-Chef ändern, zumal auf Bundesebene allein eine Minderheitsregierung von Grünen und SPD vorstellbar ist, doch keine der Union?

Laschets Dilemma

Noch ist nicht einmal klar, ob Armin Laschet dieses Unions-Dilemma überhaupt als ein reales, nicht bloß „eingeredet“ Problem begriffen hat. Unbekannt ist auch, ob er jenes einstige „konservative Milieu“ in der Union und in deren Umfeld neu stabilisieren will, in dem diese Partei einst auch wurzelte. Dabei könnte gerade auf dessen Grund die Union den Grünen solche Avancen zum pluralistischen Miteinander machen, bei dem eine Synthese aus dem Bewahren des Bewährten und aus lernwilliger Modernisierung entstehen könnte.

Doch selbst wenn Laschet die Union neu einen und vom Abklatsch wieder zum Original machen wollte, könnte er doch nichts daran ändern, dass inzwischen – gerade in den neuen Bundesländern – die Union zum allenfalls notwendigen Übel geworden ist, bei vielen zu einer nachgerade verachteten Partei. Bei der AfD gilt sie als „links-grün versifft“, bei Linken und Grünen als allzu unsichere Kantonistin beim ach so notwendigen „Kampf gegen rechts“. Wenigstens mit Liebeszug muss bestraft werden, wer jemanden wie Hans-Georg Maaßen als Bundestagskandidaten akzeptiert! Denn distanziert sich der CDU-Vorsitzende nicht klar von diesem Merkel-Kritiker im Besonderen und von der ach so üblen WerteUnion im Allgemeinen, dann lässt er doch einen weiteren Riss in der Brandmauer gegen die AfD entstehen! Also wäre er dafür haftbar, wenn der Sinkflug der Union weiterginge – so, als ob dieser nicht

angefangen hätte mit der Selbstverstümmelung der CDU an ihrer konservativen Wurzel.

Tatsächlich ist noch nicht erkennbar, wie sich die Nach-Merkel-CDU überhaupt aufzustellen gedenkt. Will sie wirklich neue Bindungskraft entfalten gegenüber jenen, die sie zur AfD hin verlassen haben, oder die sich aus der Schar der Nichtwähler jener AfD zuwandten, die inzwischen zur Arbeiterpartei unseres Landes geworden ist? Deren Probleme könnte die CDU zwar aufgreifen, müsste dann aber in Rechnung stellen, dass SPD und Linke jede soziale Forderung verdoppeln und alles später Realisierte als „höchstens halb gelungen“ kritisieren werden. Und gar den Sozialstaat als des nationalen Rahmens bedürftig hinstellen, gerade in Zeiten der Globalisierung? Das Soziale also mit dem Nationalen verbinden? Igit – klingt das nicht nach AfD, gar nach einem neuen „nationalen Sozialismus“?

Doch sollte sich ausgerechnet die Partei der sozialen Marktwirtschaft und der deutschen Westintegration von solchen Verleumdungsdrohungen einschüchtern lassen? Muss wirklich der von sozialdemokratischen Skandinavien gepflogene Patriotismus für die Union weiterhin tabu bleiben?

Heimlicher Neid auf die Grünen

Anscheinend ja. Obendrein sperrt sich die CDU dagegen, ihr Programm – wie zu Kohls Zeiten – im kontrapunktischen Zusammenwirken solcher Persönlichkeiten sichtbar zu machen, die für durchaus Spannungsgeladenes stehen: der eine für gekonntes Wirtschaften, der andere für Herz-Jesu-Sozialismus, der nächste für freiheitliches Verfassungsdenken, ein weiterer für aufgeklärten Patriotismus. Inzwischen reicht es der Union, wenn fränkische Volkstribunen Bäume umarmen. Und heimlich beneidet man die Grünen: Herrlich diskussionslos haben sie eine hübsche Heilige zur Ikone gemacht – und vom Verfassungsgericht auch noch einen Gestaltungsauftrag für ihre Klimapolitik bekommen!

An der Orientierungslosigkeit der CDU wird sich wohl so schnell nichts ändern. Fürs Mitregierendürfen schluckt sie nämlich jede Kröte. Ihr gutwilliger Pragmatismus ist zwar besser als linkes Sektiererertum, doch weder wirklich gut noch politisch nachhaltig. Erst eine alternative Linkskoalition auf Bundesebene würde der Union ein klares Profil aufzwingen. Sie zu schmieden, fehlt den Grünen aber die Courage, den Linken der Weitblick und der SPD die Durchsetzungsmacht. Also wird es die Union noch jahrelang ertragen müssen, nach der Musik langjähriger Konkurrenten zu tanzen. Bezahlen wird sie dafür durch anhaltende Stimmenverluste an die AfD. Und eindämmen wird diese Verluste nur eine solche AfD, die der CDU den Gefallen tut, wider manchen innerparteilichen Widerstand weiter in den Sumpf des Rechtspopulismus zu waten und immer wieder Rechtsradikalen eine Plattform zu bieten. Doch wie könnte sich die orientierungslos gewordene Union gegen eine AfD wehren, die wie Straußens CSU aufräte?

Und wie sollen sich unter so ungewissen Aussichten bislang treue CDU-Wähler verhalten, die weder weitere Wasserträgerdienste der Union für die Grünen wünschen noch für die AfD stimmen wollen? Vielleicht wird – wie einst bei der Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß oder nach Merkels erster Großen Koalition – wieder die FDP zum Strohalm, an den sich viele klammern. Möge der dann aber so viel Halt bieten wie zu Genschers Zeiten – und nicht Treibgut sein wie bei Westerwelle ...

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Zuletzt erschien „CDU, AfD und die politische Torheit“ (Weltbuch Verlag 2019). <http://wjpatzelt.de>

Sowohl das kommende Magdeburger Wahlergebnis als auch der Ausgang der Bundestagswahl sowie der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden zeigen, dass die Union nicht länger Herrin ihres eigenen Schicksals ist. Vielmehr steckt sie im Zangengriff von Grünen und AfD

MELDUNGEN

CDU uneins über Sternchen

Hamburg – Christoph Ploß, Landesvorsitzender der in der Opposition sitzenden Hamburger CDU, hat sich für ein Verbot von gendergerechter Sprache in Behörden, Schulen und Universitäten ausgesprochen. Gegenüber dem Magazin „Der Spiegel“ sagte Ploß, er wolle nicht, dass staatliche Einrichtungen eine grammatisch falsche, künstliche und ideologisch motivierte Gendersprache verwendeten, die das Trennende betone. Saarländers CDU-Ministerpräsident Tobias Hans ist im Gegensatz zum Hamburger CDU-Chef gegen ein Verbot der sogenannten Gendersprache. Der saarländische CDU-Politiker sagte, nur weil man ein Gender-Sternchen schreibt, sei dies nicht gleich Ausdruck eines linken Zeitgeistes. Bei einer Umfrage, die Infratest Dimap im Mai im Auftrag der „Welt am Sonntag“ durchgeführt hat, sprachen sich 65 Prozent der Befragten gegen eine stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher Geschlechter in der Sprache aus. N.H.

Grüne Vorliebe für SUV

Nürnberg – Eine aktuelle Umfrage der Marktforschungsfirma puls aus Schwaig bei Nürnberg galt den Vorlieben der deutschen Wähler hinsichtlich ihrer Kraftfahrzeuge. Dabei ging es auch darum, wer die als Spritfresser und Klimaschädlinge vertuefelten „Sports Utility Vehicles“ (SUV) bevorzugt. Das überraschende Ergebnis lautete, dass immerhin 16,6 Prozent der SUV-Fahrer Anhänger der Grünen sind. Und gleich dahinter rangieren mit einem Anteil von 16 Prozent die Wähler der SPD, bevor die der anderen Parteien folgen. Am wenigsten beliebt sind die SUV bei denen, die ihr Kreuzchen bei der Linkspartei zu machen pflegen. Nur 7,7 Prozent dieser Gruppe nennen einen derartigen schweren Wagen ihr Eigen. Ansonsten ermittelten die Befragter von puls auch noch die Markenpräferenzen der deutschen Wählerschaft. CDU-Anhänger haben gerne einen Audi in der Garage stehen, und die Gefolgschaft der FDP fährt am liebsten BMW. Dahingegen setzen diejenigen, deren Herz für die Sozialdemokratie schlägt, in erster Linie auf Fiat, Škoda und Renault. Die letztgenannten französischen Autos sprechen auch viele AfD-Wähler an, während die Jünger der Ökopartei vor allem Wagen aus dem südkoreanischen Hause Hyundai lieben. Und das bietet ja auch SUV mit umweltfreundlichen Elektroantrieben wie den Kona an – allerdings nur zu wenig volkstümlichen Preisen von 35.000 Euro aufwärts. W.K.

Keine Vorrechte

Die Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* haben abgestimmt: Geimpfte sollen nicht mehr Freiheiten genießen als Nicht-Geimpfte. So stimmten auf der Internetseite der PAZ 80,3 Prozent (1400 Stimmen) der Seitenbesucher ab. 17,4 Prozent (304 Stimmen) votierten dafür, dass gegen Corona-Geimpfte mehr Freiheiten erhalten sollen und nur 2,2 Prozent hatten dazu keine Meinung.

Die Redaktion der PAZ bedankt sich bei allen Teilnehmern der Umfrage und lädt Sie ein, sich auch weiterhin an aktuellen Fragen zu beteiligen. CRS

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Der Rückgang landlebender Insekten ist ein globales Phänomen mit sehr unterschiedlichen regionalen Ausprägungen. Das ergab eine von einem internationalen Forscherteam am Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung Halle-Jena-Leipzig, der Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg durchgeführte Metastudie, die bereits im April letzten Jahres veröffentlicht wurde.

Dabei wurden erstmals Daten aus 1676 Orten weltweit ausgewertet, um Veränderungen der Insektenzahlen, nicht der Arten, zu untersuchen. Die Daten wurden zwischen 1925 und 2018 erhoben. Die Analyse ergab einen Rückgang der landlebenden Insekten um jährlich 0,92 Prozent, was einem Rückgang von 24 Prozent innerhalb der letzten drei Jahrzehnte entspricht.

Dagegen stieg die Zahl der Wasserinsekten wie Libellen und Köcherfliegen zuletzt um 1,08 Prozent pro Jahr. Das wird auf Gewässerschutzmaßnahmen zurückgeführt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und zunehmend seit 2005 werden die stärksten Rückgänge der Insekten für Teile der USA und Europas verzeichnet, und zwar vor allem für Deutschland. Der stärkste Rückgang wurde bei fliegenden Insekten wie Schmetterlingen, Wildbienen und Schwebfliegen beobachtet, die bei der Bestäubung vieler Pflanzen einen wichtigen Beitrag leisten. Vom Insektenchwund unmittelbar betroffen sind insektenfressende Vögel.

Eindeutige Studie des DLR

Ohne Insekten würden die Ökosysteme zusammenbrechen, und die Erde wäre unbewohnbar für Menschen. Die wesentlichen Ursachen für diese dramatische Entwicklung sind bekannt: die intensive Landwirtschaft mit Überdüngung und hohem Pestizideinsatz, die Zerstörung von Lebensräumen durch Bodenversiegelung sowie nach neuerer Erkenntnis auch die sogenannte Lichtverschmutzung bei Nacht in den Städten. Da die meisten Insekten nachtaktiv sind, lassen schätzungsweise eine Milliarde Insekten ihr Leben in einer einzigen Sommernacht an Deutschlands Lichtquellen. Allen Faktoren ist gemein, dass sie mit den Aktivitäten des Menschen zusammenhängen.

Durch eine 2019 veröffentlichte Studie von Forschern des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist als weiterer Faktor des Insektensterbens die Wechselwirkung von Fluginsekten und Windturbinen bekannt geworden. Eine Modellrechnung führte zur Annahme, dass die Größenordnung der von Windturbinen geschlagenen Fluginsekten rele-



Endet oft tödlich: Begegnung fliegender Tiere mit Windrädern

Foto: Mauritius

ENERGIEWENDE

Milliardenfacher Insektentod an Windrädern

Wie Politik und Medien mit dem politisch inkorrekten Massensterben umgehen

vant für die gesamte Insektenpopulation sein könnte. Die Forscher empfahlen, die Verluste näher zu untersuchen. Anlass der Studie waren die Überreste von Fluginsekten an Rotorblättern, die zu hohen Einbußen beim Wirkungsgrad der Windkraftanlagen führen können und die Entstehung einer Reinigungsindustrie für Rotorblätter zur Folge hatten. Der Zusammenprall der Fluginsekten mit den bis zu 60 Meter langen Rotorflügeln und ihre tödliche Verwirbelung durch die arbeitenden Turbinen geschieht während der Wanderbalz der Insekten. Dabei nutzen Insekten starke, gleichmäßige Luftströmungen in Höhen bis zu 2000 Meter gleichsam als Fahrstuhl, um zur Eiablage in ihre Brutgebiete zu gelangen. Wissenschaftler bezeichnen diese Schicht als „Insektenmigrationsschicht“. Dieser wichtige Lebensraum wird auch

für die gesamte Insektenpopulation genutzt. Durch den milliardenfachen Insektentod an Windrädern kurz vor der Eiablage könnten sich exponentielle Verluststraten für die Insekten ergeben.

Kein Verträglichkeitsnachweis

Es ist bezeichnend, dass das alarmierende Ergebnis der Studie in den Medien so gleich vielstimmig zerredet wurde. Auch im Maßnahmenpaket des Bundesumweltministeriums zur Rettung der Insekten vom letzten Oktober ist der Insektenschlag durch Windturbinen nicht berücksichtigt worden, was der Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) schwer anzulasten ist. Forscher beklagen, dass es immer noch keinen Verträglichkeitsnachweis von Windanlagen gegenüber Fluginsekten gibt. Christian Voigt vom Leibniz-Institut

für Zoo- und Wildtierforschung, Berlin, hat in einem im Januar veröffentlichten Aufsatz darauf aufmerksam gemacht, dass Scheimpflug-Lidarmessungen bei arbeitenden Windrädern eine hohe Insektenaktivität in der Risikozone der Turbinen bestätigen. Seine Forderungen an die Politik: Wir müssen verstehen, wie die Anziehung der Insekten durch Windräder wirkt, desgleichen die Interaktionen von Insektenfressern, Vögeln und Fledermäusen, mit Windturbinen. Wir müssen ferner die Schlagraten von Insekten durch Windräder mit Bezugsgrößen in Verbindung bringen, um zu ermitteln, wie stark diese zum Niedergang der Insektenpopulationen beitragen. Und wir brauchen Erkenntnis darüber, in welchem Umfang die Insektenverluste durch Windräder zur Veränderung der Ökosysteme beitragen.

AFD

„Er sollte den Weg für einen Neuanfang frei machen“

Nach dem Urwahl-Sieg von Chrupalla und Weidel ist die Luft für Meuthen noch dünner geworden

Der Parteivorsitzende Tino Chrupalla und die bisherige Fraktionsvorsitzende Alice Weidel führen die Alternative für Deutschland in den anstehenden Bundestagswahlkampf. Das Ergebnis der Urwahl fiel eindeutig zugunsten des favorisierten Lagers aus. Nicht einmal ein Drittel der Stimmen der Parteibasis entfiel auf die von Co-Parteichef Jörg Meuthen favorisierte Bundestagsabgeordnete Joana Cotar und ihren Partner aus Niedersachsen, Joachim Wundrak.

Für Meuthen ist das eine herbe Niederlage, hatte er sich zuvor doch eindeutig für die Beiden ausgesprochen. Entsprechend knapp fiel seine Reaktion auf den Wahlausgang aus. „Ich gratuliere den beiden zu ihrer Wahl und wünsche ihnen viel Erfolg bei

ihrer nun anstehenden Aufgabe, die AfD in den kommenden Monaten als führende Repräsentanten unseres Bundestagswahlkampfes zu vertreten“, teilte Meuthen mit.

Die unterlegene Cotar war immerhin bemüht, keine schmutzige Wäsche zu waschen. „Sie haben eine Mehrheit der Parteimitglieder für sich gewinnen können und werden uns nun in den anstehenden Bundestagswahlkampf führen. Ich freue mich darauf, die Beiden in den nächsten Monaten tatkräftig unterstützen zu können“, erklärte die Hessin.

Verlierer Cotar gab sich kämpferisch

Ihr Mitstreiter Wundrak ergänzte: „Wir schauen nun gemeinsam nach vorn, um einen erfolgreichen Wahlkampf für die

AfD und für die Interessen Deutschlands und des Deutschen Volkes zu führen.“ Gleichzeitig ließ der frühere Bundeswehrgeneral aber auch durchblicken, wie sehr das Ergebnis den „gemäßigten Flügel“ der Partei getroffen hat: „Unsere Wähler und insbesondere den vielen unermüdlichen Unterstützern im ganzen Land danke ich ganz besonders und von Herzen. Ich bitte sie, auch nach einer verlorenen Wahl wie dieser, nicht enttäuscht aufzugeben“, schrieb er.

Viel wird nun davon abhängen, ob die AfD unter dem Duo Chrupalla/Weidel bei der Bundestagswahl das Ergebnis von 2017 halten kann. Sollten sie dies schaffen, könnten beide auch gemeinsam bei den anstehenden Bundesvorstandswahlen im

Herbst nach der ganzen Macht innerhalb der Partei greifen. „Bis dahin wird noch viel Wasser den Rhein runterfließen“, sagte Weidel. Cotar gab sich schon einmal kämpferisch: „Entscheidend ist nicht, wer die Partei in den Wahlkampf führt, sondern wer die Partei nach dem Parteitag führt.“

Doch die Luft für Meuthen und seine Mitstreiter wird immer dünner. Der Thüringer Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl forderte bereits dessen Rücktritt: „Meuthen hat sich eindeutig positioniert und verloren. Das war eines Bundessprechers unwürdig und damit hat er sein spalterisches Tun fortgesetzt. Er sollte den Weg für einen Neuanfang frei machen.“ Doch noch denkt Meuthen nicht daran. Peter Entinger

SCHULPOLITIK

Rot-Rot-Grün heillos zerstritten

Bildungssenatorin Scheeres (SPD) und die Koalition versinken im Chaos widersprüchlicher Konzepte

VON NORMAN HANERT

Aufstieg durch Bildung“ war während der Kanzlerschaft von Willy Brandt ein zentrales Versprechen, mit dem die SPD bei den Wählern punkten wollte. Die Bildungspolitik der Berliner Sozialdemokraten hat indes mittlerweile einen solchen Zustand erreicht, dass sie die Wahlchancen schmälert. In Berlin ist das Bildungsressort seit 1996, also seit einem Vierteljahrhundert, ununterbrochen in SPD-Hand. Sandra Scheeres übt das Amt der Bildungssenatorin seit 2011 aus.

Im Kabinett von Michael Müller ist sie diejenige Senatorin, die sich am häufigsten mit Rücktrittsforderungen konfrontiert sieht. Kommentatoren bescheinigen ihr mit auffälliger Regelmäßigkeit, sie habe in ihrer Amtszeit „glücklos“ agiert. Außer Bremen schneidet in Leistungsvergleichen tatsächlich kein Bundesland regelmäßig so schlecht ab wie Berlin: Bei den Vergleichsarbeiten für Drittklässler (Vera-3) zeigte sich 2019, dass mehr als die Hälfte der Schüler hinter den durchschnittlichen Erwartungen des Bildungsstandards zurücklag. 29 Prozent der Berliner Drittklässler erreichten nicht einmal die Mindeststandards beim Lesen. Für Schlagzeilen sorgte die Hauptstadt auch immer wieder mit einer hohen Quote von Schulabbrechern. Im Schuljahr 2018/19 verließ jeder zehnte Berliner Schüler das Schulsystem ohne einen Abschluss. Auch hat Berlins Abitur bundesweit eher den Ruf eines „Billig-Abis“.

Als Ursachen der Misere gelten eine hohe Zahl an leistungsschwachen Schülern, Lehrermangel und eine hohe Zahl von Quereinsteigern beim Lehrpersonal. Immer wieder wird auch die Bildungsverwaltung kritisiert.

Senatorin tritt nicht wieder an

Die Chancen für einen Neustart im Berliner Bildungssystem stehen allerdings gut. Wie die Gesundheitsministerin Dilek Kalyayci (SPD) hat auch Sandra Scheeres erklärt, sie wolle nach der Berlin-Wahl im September nicht mehr als Senatorin antreten. Berichtet wird zudem, dass die Berliner SPD das Bildungsressort nach der Wahl am liebsten loswerden und einem Koalitionspartner überlassen wolle. Nur gut vier Monate vor dem Wahltermin



Seit Monaten zuhause: Schülerin beim Büffeln in der heimischen Wohnung

Foto: imago images/photothek

sorgt die Bildungspolitik nun für Krach bei Rot-Rot-Grün:

Brandenburg kann es besser

Erst im Januar war Scheeres unter massiven politischen Druck geraten, weil sie gegen die Proteste von Eltern, Lehrern und Schulleitern stufenweise zum Präsenzunterricht zurückkehren wollte. (PAZ 2/2021). Dabei hatte die Senatorin ihren Plan als „eine bewusste Entscheidung, eine durchdachte Entscheidung“ bezeichnet und zur Begründung auch auf das Recht auf Bildung hingewiesen. Zudem seien die Folgen unabsehbar, wenn etwa Grundschüler für sechs Wochen nicht in den Schulen seien, so Scheeres im Januar.

Am Ende sorgte die SPD-Bürgermeisterkandidatin Franziska Giffey dafür, dass Scheeres ihren Plan wieder fallen ließ. Im Mai präsentierte die Senatorin

nun ein komplettes Kontrastprogramm: Sie legte fest, dass die Kinder bis zum Beginn der Schulferien nicht mehr in den regulären Unterricht zurückkehren sollen. Unabhängig von Inzidenzen will Scheeres bis zu den Sommerferien das Wechselmodell fortführen.

Die Bildungsverwaltung begründet das neuerliche Vorhaben mit dem nahen Ferienstart am 24. Juni und notwendigen Vorbereitungen für einen herkömmlichen Präsenzunterricht, die Wochen dauern würden. Erstaunlicherweise scheint das benachbarte Brandenburg diese Vorbereitungsprobleme nicht zu haben.

Gericht stoppt die Planungen

Brandenburg holt seine Grundschüler nämlich noch vor den Sommerferien in den Regelunterricht zurück. Die Bildungsgewerkschaft GEW und auch der Landeschulbeirat unterstützen dennoch die Li-

nie von Scheeres. Die Linkspartei ist vehement gegen die Rückkehr zum regulären Unterricht vor den Ferien. Ebenso eindeutig legte sich Berlins Grünen-Fraktionschefin Silke Gebel für eine Rückkehr zum Präsenzunterricht noch vor den Sommerferien fest.

Abermals schaltete sich auch die SPD-Bürgermeisterkandidatin Giffey in den Streit um den Präsenzunterricht ein. Giffey drängt wie schon im Januar auf eine Kurskorrektur bei der SPD-Schulsenatorin. Gestoppt wurden die Planungen von Scheeres schließlich durch das Berliner Verwaltungsgericht. Dieses gab am 31. Mai dem Eilanträgen zweier Grundschüler auf Wiederaufnahme der Präsenzbeschulung im Regelbetrieb statt. Angesichts der sinkenden positiven Testzahlen sah das Gericht keinen Grund mehr, einen vollständigen Präsenzunterricht an den Berliner Schulen weiter zu verbieten.

MIETMARKT

SPD und CDU begrüßen Fusion der Giganten

Übernahme von Deutsche Wohnen durch Vonovia: Linkspartei und Grüne schimpfen

Die Nachricht war eine Bombe: Der im DAX 30 notierte Wohnungskonzern Vonovia will den gleichfalls in der Spitzengruppe deutscher Unternehmen rangierenden Konkurrenten Deutsche Wohnen aufkaufen. Sofern eine ausreichende Anzahl von Aktionären der Deutsche Wohnen das Übernahmeangebot annimmt, entstünde so Europas größter Wohnimmobilienkonzern mit einer gemeinsamen Marktkapitalisierung von etwa 45 Milliarden Euro. Vonovia soll sich bereits rund zehn Prozent der Deutsche-Wohnen-Aktien gesichert haben.

Berlins SPD und CDU haben den Schritt verhalten begrüßt. SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey sprach davon, der Handel sei „ein gutes Signal“. Der neue Wohnungsriese will der Stadt Berlin 20.000 Wohnungen zum Kauf anbieten. Der Preis richtet sich nach dem „Ertrags-

wert“. Die beiden größten deutschen Vermieter kommen zusammen auf mehr als 500.000 Wohnungen. Der gemeinsame Immobilienwert wurde auf knapp 90 Milliarden Euro taxiert.

Mitarbeiter fürchten Entlassungen

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) berichtet von intensiven Gesprächen zwischen Senat, Deutsche Wohnen und Vonovia: „Ein gemeinsames Interesse verfolgen wir zum Beispiel im Bereich der Mietstabilität“, die Mieterhöhungs-Deckelung auf ein Prozent und damit unter dem Inflationsausgleich sei „eine wichtige sozialpolitische Aussage“.

Grund für die freundliche Bewertung der Megafusion seitens der Politik scheint die Ankündigung zu sein, bei Modernisierungen massiv in den „Klimaschutz“ zu

investieren und die Modernisierungsumlage auf maximal zwei Euro pro Quadratmeter zu begrenzen. Derweil geht bei den Mitarbeitern von Deutsche Wohnen die Angst vor Kündigungen um. Die soll es jedoch frühestens zum 1. Januar 2024 geben. Beide Unternehmen wollen ihre jährlichen Kosten um zusammen 105 Millionen Euro senken.

Die Linkspartei lehnt die Fusion ab. Ihr finanzpolitischer Sprecher im Bundestag Fabio De Masi: „Die angestrebte Fusion ... sollte von den Kartellbehörden unterbunden werden. Die Feststellung der Kartellbehörde aus dem Jahr 2015, dass ein hinreichender Wettbewerb durch kommunale und private Vermieter gegeben sei, überzeugt nicht.“ Giffey hingegen will andere Wege gehen: „Wir müssen weg von der Konfrontation hin zur Kooperation.“ CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner lobt die

Fusion: „Es zeigt vor allen Dingen, dass die Immobilienwirtschaft bereit ist, an den Problemen mitzuarbeiten und dass man in Gesprächen mit der Immobilienwirtschaft ganz offenkundig viel erreichen kann.“

Klaus Lederer von der Berliner Linkspartei bleibt dennoch bei seiner Kritik: „Nichts an dem zu Grunde liegenden Geschäftsmodell der großen börsennotierten Immobilienunternehmen“ ändere sich. „Sie sind weiter ihren Aktionärinnen und Aktionären verpflichtet und erwirtschaften Gewinne auf Kosten der Mieterschaft.“ Deshalb unterstütze die Linkspartei das Volksbegehren zur Vergesellschaftung. Bettina Jarasch, Bürgermeisterkandidatin der Grünen, schimpft ebenfalls: „Wer eine solch große Machtkonzentration anstrebt, muss zeigen, dass das einen Mehrwert für die Berlinerinnen und Berliner hat.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Floristen umschulen!

VON THEO MAASS

Autofahren, Fliegen, Fleisch essen und vieles andere wollen die Grünen einschränken oder verbieten. Kaum ein Alltagsgegenstand ist vor ihnen sicher. Nun sind Blumensträuße dran. Die Berliner Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne) findet Schnittblumen nicht „nachhaltig“: „Dieser Einmalartikel verursacht neben hohen ökologischen Kosten auch unnötige Transportkosten.“

Wie immer, wenn Ideologie auf Realität stößt, soll das Geld der Steuerzahler nachhelfen. Bei Messen will Pop – natürlich auf Staatskosten – pro Gast einen Zuschuss von bis zu 25 Euro geben, wenn statt Schnittblumen Topfpflanzen zur Dekoration genutzt werden. Das dürfte bei 1000 oder mehr Besuchern die Kosten des gesamten Blumenschmucks übersteigen. Mit anderen Worten: Die Senatorin will auf Kosten der Steuerzahler künftig die Bezahlung für Blumenschmuck auf Veranstaltungen übernehmen – vorausgesetzt, es wird auf Schnittblumen verzichtet.

Konkretisiert werden Pops Ideen von der Sustainable Event Scorecard, die wiederum von der Berlin Tourismus und Kongress GmbH (visitBerlin) in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft entwickelt worden ist. Doch der Aktion wohnt Heuchelei inne. Bei der Aufstellungsverammlung der Berliner Grünen überreichte Ramona Pop der neuen Spitzenkandidatin Bettina Jarasch noch einen Strauß Schnittblumen zu deren Wahl.

Der Irrsinn könne nur verhindert werden, wenn die Wähler die Wirtschaftsministerin am 26. September mit dem Stimmzettel aus dem Amt entfernen, meinen Kritiker.

FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja nimmt den Ball auf: „Das ist blanke Hohn und respektlos gegenüber Floristen und Blumenfreunden. Wenn es nach Ramona Pop von den Berliner Grünen geht, verlieren Unternehmen in der Corona-Not einen Teil ihrer Förderfähigkeit, nur weil sie Schnittblumen für ihre Events verwenden.“

MELDUNG

Bewusst späte Aufklärung?

Berlin – Die Strafverfolgungsbehörden der deutschen Hauptstadt ermitteln in 2800 Fällen wegen Betrug bei den Corona-Soforthilfen. Die dabei festgestellte Schadenssumme beträgt knapp 30 Millionen Euro. Mindestens 13.000 weitere Fälle sind bislang noch nicht bearbeitet. Die FDP-Bundestagsfraktion hat der Bundesregierung vorgeworfen, gar nicht an einer Aufklärung der Fälle interessiert zu sein. Aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der FDP-Fraktion geht hervor, dass die Bundesländer erst bis Ende 2021 Berichte über die „bestimmungsgemäße Verwendung der Corona-Soforthilfen“ vorlegen müssen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP im Bundestag, Reinhard Houben, vermutet, dass die Bundesregierung mit diesen langen Fristen verhindern wolle, dass das Thema der Tausenden Betrugsfälle im Wahlkampf noch einmal hochkomme. N.H.

● MELDUNGEN

China droht Überalterung

Peking – Wie die Regierung in Peking jetzt bekanntgab, ist die Einwohnerzahl der Volksrepublik China in den letzten zehn Jahren auf 1,41 Milliarden gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 5,4 Prozent. Gleichzeitig wuchs der Anteil derjenigen, die 60 Jahre oder älter sind, auf 18,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Damit befinden sich nun 264 Millionen Chinesen im offiziellen Rentenalter. Und diese Zahl dürfte künftig noch stark steigen, während es immer weniger jüngere Menschen gibt. Nunmehr tickt also auch im Reich der Mitte eine demographische Zeitbombe. Ökonomen befürchten, dass der Anteil der Chinesen im arbeitsfähigen Alter von derzeit noch reichlich 70 Prozent der Gesamtbevölkerung bis 2050 auf rund 50 Prozent fallen wird. Dadurch drohen über kurz oder lang massive soziale Verwerfungen und ein drastischer Rückgang des Binnenkonsums. Denn die allermeisten chinesischen Rentner haben nur geringe Einkünfte. **W.K.**

New York brutal wie einst

New York – Vorletztes Wochenende ist in New York auf insgesamt rund 30 Personen geschossen worden. Gegenüber der „New York Post“ nannte ein Polizist Bandenkriege als Ursache der hohen Zahl von Schießereien. Die Acht-Millionen-Metropole galt in den USA bereits in den 70er und 80er Jahren als ein Schwerpunkt der Drogenkriminalität und der Bandenkriege. Anfang der 1990er Jahre setzte der damalige Bürgermeister Rudolph Giuliani (Republikaner) eine Null-Toleranz-Politik zur Kriminalitätsbekämpfung durch. Kernpunkte des Konzepts waren harte Strafen auch für kleinere Vergehen und Ersttäter sowie schnelle Urteile. Giuliani gelang es so, den öffentlichen Raum von Big Apple wieder sicherer zu machen. Wie in New York sind auch in zahlreichen anderen Großstädten der USA die Zahlen von Gewaltverbrechen im Jahr 2020 und im laufenden Jahr drastisch angestiegen. **N.H.**

Aus für Portal nach 21 Jahren

Moskau – Das unabhängige russische Nachrichtenportal „newsru.com“ gibt nach 21 Jahren auf. Als Grund wurde die unsicher gewordene Finanzierung genannt, nachdem sich große Werbekunden von dem unter politischem Druck stehenden Nachrichtenportal zurückgezogen hatten. „Unser Weltbild hat sich immer mehr unterschieden von dem Bild, das die Staatsmedien bevorzugen“, hieß es seitens der Redaktion. Damit stellt eines der ältesten unabhängigen Portale seine Arbeit ein. Zuletzt war newsru.com gezwungen, immer mehr Menschen, die wahrheitsgetreue Informationen über die Lage im Land lieferten, als „ausländische Agenten“ anzugeben. Russische Journalisten beklagen, dass in letzter Zeit der Druck auf unabhängige Berichterstattung stark zugenommen habe. Im Jahr 2000 war das Nachrichtenportal als Webseite von der Fernsehgesellschaft NTW gegründet worden. Zuletzt erreichte das Portal drei Millionen Leser pro Monat. **MRK**

WEISSRUSSLAND

Die Opposition setzt auf Weiß-Rot-Weiß

Jugend knüpft an Belarus der Zwischenkriegszeit an – Lukaschenko verteidigt Regime nach Sowjettradition

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der 26-jährige Igor Porunkewitsch aus Postawy im Gebiet Witebsk lebt im litauischen Exil. Im Interview mit einem litauischen Internetportal schildert der Inhaber einer Bar im Stadtzentrum die Gründe für seine Flucht. Als Unterstützer der oppositionellen Swetlana Tichanowskaja hatte er im vergangenen Jahr in seiner Bar einen Spendenkorb für die Opfer staatlicher Gewalt während der Protestaktionen gegen die Wahlfälschung der Regierung aufgestellt.

Porunkewitschs Interesse für Politik erwachte noch während seiner Schulzeit. 2010 beteiligte er sich erstmals an Protestaktionen gegen Staatspräsident Alexander Lukaschenko. Als Folge der Unterstützung der Opposition im Wahljahr 2020 drohte ihm ein Strafverfahren. Als die Drohungen der Sicherheitsbehörde zunahmen, entschloss er sich zur Ausreise nach Litauen.

Der aus der Ryanair-Maschine heraus verhaftete Roman Protasewitsch gehört dem selben Jahrgang an wie Porunkewitsch. Als Mitgründer des Telegram-Nachrichtenkanals Nexta hatte er 2020 die Massenproteste organisiert. Außerdem gab er ein „Schwarzbuch Weißrusslands“ heraus, das persönliche Daten der Mitarbeiter des Staatsschutzes enthält. Der Staat wirft ihm Terrorismus vor, worauf in Weißrussland die Todesstrafe steht. 2019 war Protasewitsch bereits nach Wil-

na gezogen, weil ihn zu Hause 15 Jahre Gefängnis erwarteten.

Bürger misstrauen Lukaschenko

Die meisten derjenigen, die gegen den seit fast 30 Jahren amtierenden, autokratischen Präsidenten auf die Straße gehen, sind in den 1990er Jahren geboren. Sie misstrauen Lukaschenko zutiefst, der im Staatsfernsehen vollmundig die vorzüglichen Lebensbedingungen in seinem Reich und die Vorzüge seiner Politik lobt und mit eloquentem Wortschwall seine Gegner beleidigt. Sie spüren und sehen, dass die Realität eine andere ist und begehren dagegen auf. Das Regime schlägt jedoch jede Protestaktion brutal nieder. Oppositionskandidaten wie zuletzt Sergej Tichanowskij werden schon vor der Wahl verhaftet. Die Repressionen gegen Journalisten und Stiftungen haben seitdem stark zugenommen. Momentan soll es mehr als 400 politische Gefangene geben. Theoretisch kann es jeden treffen, etwa, weil er etwas auf Facebook gepostet oder politische Gespräche im Internet geführt hat oder weil er einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort war.

Tichanowskij war der erste, der auch Menschen in kleineren Städten und auf dem Dorf besuchte. Das Volk erkannte, dass alle unter den gleichen Bedingungen leiden. Das Durchschnittseinkommen beträgt umgerechnet 200 statt der von Lukaschenko angegebenen 3000 US-Dollar, für die angeblich kostenlose medizinische Versorgung müssen die Bürger tief in die Ta-

sche greifen, die staatliche Schulbildung ist schlecht, die Arbeitslosigkeit steigt. Im Durchschnitt geben Weißrussen 40 Prozent ihres Monatseinkommens allein für Lebensmittel aus, in Deutschland und im EU-Durchschnitt sind es etwa elf Prozent.

Symbolträchtig tritt die Jugend gegen Lukaschenko an, indem sie an die Tradition der Weißrussischen Volksrepublik (BNR) anknüpft, die am 25. März 1918 ausgerufen wurde. Dieser erste belarussische Staat existierte nur bis zum 1. Januar 1919, als die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) ausgerufen wurde. Als 1991 die Sowjetunion zerfiel, kehrte Weißrussland für einige Jahre zu seiner weißrot-weißen Flagge zurück, bis Lukaschenko 1995 zur heutigen rot-grünen Flagge mit den traditionellen Stick-Ornamenten – jedoch ohne Hammer und Sichel – zurückkehrte.

Neben Russisch ist Belarussisch Amtssprache in Weißrussland. Während erstere die dominierende ist, erlebt letztere in den letzten fünf bis zehn Jahren eine Wiederbelebung. Vor allem junge und westlich orientierte Menschen nutzen sie, um sich von der Sowjetkultur abzugrenzen.

Sanktionen treffen die Falschen

Die Sanktionen des Westens sind – wie immer – ein zweischneidiges Schwert. Die Absicht, den Öl- und Kaliumsektor, das wirtschaftliche und finanzielle Rückgrat des Landes, zu treffen, dürfte Lukaschenko nur mittelbar schaden, denn Kali-Abneh-

mer sind neben China auch Indien und Brasilien.

Die Einstellung des Flugverkehrs kostet das Land wichtige Einnahmen aus Überflugrechten. 2019 hatte die weißrussische Flugaufsicht 325.000 Maschinen von 980 Fluggesellschaften aus 100 Ländern abgefertigt und 70 Millionen Dollar Gebühren eingenommen. Die Sanktionen treiben Lukaschenko weiter in die Arme Russlands. Erst vergangene Woche erhielt er einen neuen Millionenkredit. Moskau lässt es sich seit Jahren einiges kosten, seinen geopolitisch wichtigen Verbündeten am Leben zu erhalten.

Unterdessen treibt es Hunderttausende Oppositionelle ins Exil. Neben führenden Politikern wie Tichanowskaja und ihre Mitstreiter hat die IT-Branche auf die Niederschlagung der Massenproteste reagiert: Hunderte Softwarefirmen und Programmierer haben das Land verlassen, Internetfirmen ihre Entwicklerbüros geschlossen. Bis 2020 lag die IT-Industrie mit 6,1 Prozent am landesweiten Bruttoinlandsprodukt knapp hinter dem traditionell starken Agrarsektor.

Die Einstellung des Flugverkehrs wirkt sich für die im Land verbliebenen Oppositionellen wie eine zuschnappende Falle aus: Die letzte Möglichkeit, das Land zu verlassen, wurde ihnen genommen. Denn seit Ende 2020 sind die Landgrenzen geschlossen – offiziell wegen Corona. Die einzige Möglichkeit, Weißrussland zu verlassen, war bislang per Flugzeug. Nun führt der einzige Weg aus dem Land über Russland. Dort droht einem politisch Verfolgten ebenfalls die Verhaftung sowie die Auslieferung. Noch immer werden Teilnehmer der Protestaktionen vom Herbst vergangenen Jahres mittels Auswertung von Überwachungskameras identifiziert und wegen der Teilnahme an „unerlaubten Protesten“ festgenommen. Selbst 17- bis 18-Jährigen droht eine Haftstrafe von bis zu vier Jahren.

Sasha Filipenko, 1984 in Minsk geboren und in St. Petersburg lebend, widmet seinen neuen Roman „Der ehemalige Sohn“ (Diogenes Verlag, Zürich 2021, gebunden, 320 Seiten, 23 Euro) der jungen belarussischen Opposition. Als der Held Franzisk Lukitsch nach einem Unfall zehn Jahre später aus dem Koma erwacht, hat sich in seinem privaten Umfeld zwar alles verändert, politisch jedoch nichts. Der autoritäre Präsident ist noch an der Macht, die jungen Leute verlassen scharenweise das Land. Filipenko sieht sein Buch als Erklärungsversuch, warum die Belarussen 2020 plötzlich aus dem Koma erwacht sind.



Symbol des Widerstands: Seit den Protesten im Herbst 2020 ist die alte Nationalflagge das Erkennungszeichen der Opposition

KRIM

Die prorussische Stimmung kippt

Stetige Verteuerung des Lebens und schmutziges Trinkwasser – Zustimmungswerte für Putin sinken

Die Krim ist wegen ihrer Südküste bekannt, einem subtropischen Stück grünen Landes. Der größte Teil der Halbinsel besteht jedoch aus trockener Hochsteppe und Bergen. Der von den Sowjets gebaute Ukraine-Krim-Kanal lieferte früher 85 Prozent des Wassers aus dem Fluss Dnjepr und ermöglichte die Bewässerung der Landwirtschaft.

Nach dem Anschluss der Krim an Russland schaltete die Ukraine den Kanal 2014 ab, was die Landwirtschaft auf der Krim fast zum Erliegen brachte. Die Behörden waren gezwungen, die Wasserversorgung in den städtischen Zentren zu rationieren. Simferopol, die Krimhaupt-

stadt, erhält an den Werktagen jeweils drei sowie am Sonnabend und Sonntag je fünf Stunden lang Wasser.

Der Kreml gab bereits zig Milliarden US-Dollar für Infrastrukturprojekte auf der Krim aus, wie die 3,7 Milliarden Dollar teure, 19 Kilometer lange Brücke, welche die Halbinsel mit dem russischen Festland verbindet. Moskau hat in neue Autobahnen und Krankenhäuser, Kraftwerke, Übertragungsleitungen und Subventionen für die Bevölkerung der Krim von mehr als 2,5 Millionen Menschen investiert.

Die westlichen Sanktionen, die wegen der „Annexion“ gegen Moskau verhängt

wurden, haben russische Konzerne mehr als 100 Milliarden Dollar gekostet.

Viele Krimbewohner hatten den Anschluss wegen Moskaus Versprechen unterstützt, ihre Gehälter und Renten zu erhöhen, bessere Straßen zu bauen und den Tourismus anzukurbeln. Steigende Preise, Korruption und der zunehmende politische Druck lassen heute viele fragen, warum sie in dem Referendum vom März 2014 für den Anschluss an Russland gestimmt haben. Das Referendum wurde weder in der Ukraine noch international anerkannt. Um die Menschen zurückzugewinnen, muss Moskau jetzt kolossale Summen ausgeben, um ihre Probleme zu

lösen, glaubt Nikolaj Poritskij, der ehemalige Minister für Wohnungsbau und kommunale Dienstleistungen der Krim.

Das Wasser, das derzeit aus fast erschöpften Reservoirs und verschmutzten Brunnen gepumpt wird, ist oft schmutzig und riecht schlecht. Die Behörden behelfen sich mit Wassergewinnung aus Aquiferen, doch die einzige langfristige Lösung für die Wasserkrise wäre der Bau von teuren Meerwasser-Entsalzungsanlagen. Das wird jedoch Jahre in Anspruch nehmen und für den Tourismus keinen Gewinn bringen. Auf die günstigere Variante, nämlich Verhandlungen, setzt jedoch derzeit niemand. **Bodo Bost**

VON WOLFGANG KAUFMANN

Silizium, Stahl, Aluminium, Kupfer, Kautschuk, Holz, Kunststoff, Pappe, Mais, Weizen, Soja, Palmöl ... Die Liste der Rohstoffe und Basismaterialien, an denen heutzutage Mangel herrscht, wird immer länger. Hierdurch schnellen im günstigsten Falle „nur“ die Preise nach oben. Bei Kupfer um fast 200 Prozent und bei Balken oder Brettern aus Holz inzwischen sogar um bis zu 300 Prozent. Im schlimmsten Falle führt der Mangel aber auch zu Produktionsausfällen und Kurzarbeit beziehungsweise Entlassungen.

Nicht nur eine Folge von Corona

Gemeinhin gelten die aktuellen Versorgungsprobleme als Folge der Corona-Krise. Doch diese Erklärung greift zu kurz. Immerhin stieg der globale Rohstoffverbrauch seit 1970 um 223 Prozent. Deshalb gibt es schon seit Jahren gravierende Engpässe bei Seltenen Erden, Germanium, Rhenium, Antimon, Indium, Wolfram, Gallium, Palladium, Silber, Zinn, Niob, Chrom und Wismut – alles chemische Elemente, die im Hochtechnologiebereich unverzichtbar sind.

Dazu kamen Wetterkapriolen in verschiedenen Teilen der Welt. So sorgte ein heftiger Wintereinbruch in den USA für längere Produktionspausen in den dortigen Kunststofffabriken. In Frankreich behinderten Kältewellen die Mais-Aussaats. Und in China fiel das Jangtse-Hochwasser zu schwach aus, was der Soja-Produktion schadete. Hinzu kamen Naturkatastrophen wie die Waldbrände in den USA und der Schädlingsbefall in den kanadischen Wäldern – zwei Faktoren, die mit zum jetzigen Holzmarkt führten.

Dieser ist allerdings auch dem gigantischen, 1,9 Billionen US-Dollar schweren Konjunkturpaket des neuen US-Präsidenten Joe Biden geschuldet, das die Nachfrage nach Bauholz anheizt und gleichzeitig noch Engpässe bei Stahl und Kupfer verursacht. Das rote Metall wird zudem durch die globalen Anstrengungen auf dem Gebiet des „Klimaschutzes“ immer begehrter. Man benötigt es für Elektroautos, Solaranlagen, Windräder und den Ausbau der Stromnetze. Manche Analysten bezeichnen Kupfer deswegen schon als „das neue Öl“. Sein Preis könnte sich bis 2024 noch einmal auf dann 17.000 Euro pro Tonne verdoppeln.

Ein neuer „Superzyklus“?

Stahl und Aluminium fehlen derzeit auch deswegen, weil die Volksrepublik China ihre Kohlendioxidemissionen reduzieren will und daher die Verwendung von fossilen Brennstoffen einschränkt. Zur Stahl-



Einer der vielen begehrten, mittlerweile teuren Rohstoffe: Holz

Foto: böhringer friedrich

VERSORGUNGS-LAGE

Warum es derzeit an Rohstoffen mangelt

Experten sind uneins, inwieweit der Mangel und die hohen Preise ein längerfristiges Phänomen darstellen

erzeugung braucht man aber Kohlekoks und die Aluminiumproduzenten im Reich der Mitte beziehen ihren Strom vorzugsweise aus Kohlekraftwerken.

Ansonsten macht sich nun auch negativ bemerkbar, dass in der Vergangenheit zu wenig brauchbare Recyclingverfahren entwickelt wurden und die Suche nach alternativen Lagerstätten zu kurz kam. Dadurch entstand eine fatale Abhängigkeit von einigen wenigen Förderländern, wie beispielsweise China, die nun die Bedingungen diktieren können oder die Rohstoffe nur noch eingeschränkt exportieren.

Die Corona-Pandemie verschärfte dann noch die ohnehin schon seit Längerem bestehende Problemlage. Aufgrund des kurzzeitigen Einbruchs der Nachfrage in der ersten Hälfte des Jahres 2020 drohten viele Hersteller von Rohstoffen und Basismaterialien ihre Produktion. Da viele der komplexen Fertigungsprozesse nicht so schnell wieder hochgefahren werden konnten, als die Weltwirtschaft

sich von der ersten Corona-Welle zu erholen begann, schmolzen die Lagerbestände rapide dahin.

Eine gigantische Spekulationsblase?

In manchen Bereichen kam es zu gar keinem Nachfrageschwund, sondern dem Gegenteil, was die Hersteller überraschte. So ging zwar der Verbrauch von Benzin, Diesel und Kerosin massiv zurück, weil viele Menschen Heimarbeit leisteten und weniger mobil waren. Dafür explodierten aber die Absatzzahlen bei Möbeln und Computertechnik. Das wiederum verschärfte den Mangel an Holz und Halbleitermaterialien. Parallel hierzu wurden Plastik und Pappe wegen der extremen Zunahme des Online-Handels knapp.

Ansonsten zögern auch viele Unternehmen der Grund- und Rohstoffbranche, ihre Produktion angesichts des aktuellen Nachfragebooms zu steigern, denn sie haben oft wenig gewinnträchtige Jahre durchlebt und scheuen nun Investitionen, die sich vielleicht bald wie-

der als überflüssig erweisen könnten. Zudem sorgt das jetzige Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage für hohe Preise, ein Zustand, der aus der Sicht der Hersteller letztlich gar nicht lange genug anhalten kann.

Aus all diesen Gründen kamen Analysten von führenden Geldinstituten wie der Bank of America oder der US-Großbank Goldman Sachs zu dem Schluss, dass die Welt am Beginn eines neuen „Superzyklus“ für Grund- und Rohstoffe stehe, wie man ihn das letzte Mal in der Zeit nach 2000 erlebt habe, als die Preise aufgrund der Industrialisierung und Urbanisierung in Schwellenländern wie China auf atemberaubende Weise gestiegen seien.

Allerdings gibt es andere Experten, die nicht von einem dauerhaft hohen Preisniveau während der nächsten Jahre ausgehen und die derzeitige Entwicklung vorrangig als Folge einer gigantischen Spekulationsblase ansehen, die bald platzen werde. Dergestalt äußerten sich zum Beispiel Analysten der Commerzbank.

WIRTSCHAFTSKLIMA

„Das Größte ist überstanden“

Corona hat der deutschen Wirtschaft arg zugesetzt, aber die Stimmung ist hoffnungsfroh

Die deutsche Wirtschaft stöhnt unter den Folgen der Corona-Pandemie. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland ist im ersten Quartal nach neuesten Zahlen um 1,8 Prozent gesunken – und damit stärker als bisher errechnet. Der zweite Lockdown infolge der Corona-Pandemie hat die Konjunktur damit hart getroffen. Durch Geschäfts- und Restaurantschließungen wurde vor allem der private Konsum gedrosselt, der normalerweise eine Stütze der heimischen Konjunktur ist. Die privaten Konsumausgaben brachen entsprechend um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal ein. Negativ wirkte sich auch das Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung zum Jahreswechsel aus. Verbraucher hatten wegen der niedrigeren Steuersätze Anschaffungen auf das zweite Halbjahr 2020 vorgezogen. Diese Käufe fehlten nun in der

Konsumstatistik der ersten drei Monate des laufenden Jahres.

Dennoch gibt es Anzeichen, die Hoffnung machen. „So bitter die neuerlichen wirtschaftlichen Rückschläge im ersten Quartal waren, es sind vorerst die letzten gewesen“, glaubt der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel, und sagt weiter: „Die stark fallenden Inzidenzwerte und die voranschreitende Immunisierung breiter Bevölkerungsgruppen werden Lockerungen möglich machen. Es zeichnet sich ein entspannter Sommer ab, der die Ladenkassen in den deutschen Innenstädten klingeln lassen wird.“

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier versprach vor dem Hintergrund der aktuellen Situation den Unternehmen, die staatlichen Corona-Hilfen über den bislang geplanten 30. Juni hinaus zu verlängern. „Ich sage Ihnen zu: Wir wer-

den das so lange fortführen, wie es eine nennenswerte Zahl von Unternehmen gibt, die unter den Spätfolgen von Corona nach wie vor leiden“, sagte Altmaier im Polittalk der „Bild“-Zeitung.

Das beurteilt die Bundesbank ähnlich. Es bestehe die Aussicht, dass die Eindämmungsmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie in den kommenden Monaten erheblich gelockert werden könnten. Im Frühjahr und noch mehr im Sommer könne die Wirtschaft stark zulegen und ihr Vorkrisenniveau „bereits im Herbst wieder überschreiten“, so die Bundesbank in ihrem aktuellen Monatsbericht.

Immerhin haben im Corona-Jahr 2020 umfangreiche staatliche Eingriffe in ganz Europa eine Welle von Firmenpleiten verhindert. Das geht aus einer Studie der Wirtschaftsauskunftei Creditreform hervor. Der Leiter der Creditreform-

Wirtschaftsforschung, Patrik-Ludwig Hantzsch, erklärt den „paradoxen Rückgang der registrierten Insolvenzfälle“ in der Corona-Krise mit den erheblichen Finanzhilfen der Staaten und mit aufgrund der Pandemie vorgenommenen Änderungen am Insolvenzrecht. Grund für eine Entwarnung sind die niedrigen Insolvenzzahlen nach seiner Einschätzung deshalb nicht. Die Entwicklung spiegele nicht die wahre wirtschaftliche Situation vieler Branchen und Unternehmen wider.

Clemens Fuest, Chef des Ifo-Forschungsinstituts, spricht unterdessen von einer „schwierigen Phase“, in der es aber auch Hoffnung gebe. „Das Größte ist überstanden. Die deutsche Wirtschaft nimmt Fahrt auf. Wir werden einen entspannten Sommer erleben.“

Peter Entinger

MELDUNGEN

Nachbarn sprangen ein

Berlin – Der vergangene Monat zeigte wieder einmal, dass die deutsche Energiewende überhaupt nur funktionieren kann, wenn im Notfall „schmutziger“ Strom aus französischen Atommeilern oder polnischen Kohlekraftwerken zur Verfügung steht. Am Morgen des 17. Mai fehlten in Deutschland drei Gigawatt. Das entspricht der Leistung von zwei großen Kernkraftwerken wie Chooz B2 oder Civaux in Frankreich. Ohne sofortige Stromlieferungen aus dem Nachbarland wären deshalb in Teilen der Bundesrepublik die Lichter ausgegangen. Und am Abend des 18. Mai betrug das Defizit dann sogar 10,7 Gigawatt. Das machte erneute Stromimporte aus Frankreich sowie nun auch aus Polen nötig. Das europäische Netz war zu diesem Zeitpunkt gerade wieder stabil, nachdem es kurz zuvor durch den Ausfall von zehn Blöcken des polnischen Kohlekraftwerkes Belchatów (Belchental), die normalerweise 3,9 Gigawatt produzieren, einen starken Spannungsabfall gegeben hatte. W.K.

Elf Prozent US-Inflation?

Petaluma in Kalifornien – John Williams, der Gründer der auf Alternativangebote zu den offiziellen US-Statistiken spezialisierten Website „Shadowstats.com“, wirft der US-Zentralbank vor, die Kontrolle über die Inflation verloren zu haben und mit einer nie zuvor erreichten Geschwindigkeit neues Geld zu schaffen. Im Interview erklärte Williams, das System sei auf Liquidität durch frisch geschaffene US-Dollar angewiesen, um zu funktionieren. Laut Williams habe die US-Notenbank nur noch die Wahl zwischen Inflation oder Implosion des Finanzsystems. Nach aktuellen Berechnungen von Shadowstats.com liegt die derzeitige Inflation bei über elf Prozent. Offiziell weisen die USA für den April 2021 eine Inflationsrate von 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Für das Jahr 2022 sieht Williams die Gefahr, dass der Preisaufruf sogar hyperinflationäre Züge annimmt. Williams verwendet für seine Inflationsberechnung Kriterien und Methoden, die bis in die 1980er Jahre in den USA offizieller Standard waren. N.H.

EU-Markt zu unattraktiv

Moskau – Der russische Energiekonzern Gazprom gab in der vergangenen Woche bekannt, dass die Gaspipeline Nord Stream 2 das letzte derartige Projekt für den europäischen Markt sein wird. In Zukunft sollen die russischen Gasexporte auf die schnell wachsenden Märkte in Asien, vor allem auf China, konzentriert werden. Zur Begründung hieß es, dass der europäische Markt in letzter Zeit immer mehr politisiert worden sei und die EU wegen der zusätzlichen CO₂-Kosten im Zuge des Green Deals zunehmend unattraktiv werde. China und andere asiatische Länder interessierten sich für das russische Gaspipeline-Projekt Sojus-Wostok. Die Ressourcen für diese Pipeline liegen in westsibirischen Feldern, von denen bislang die Gaslieferungen an den Westen kamen. MRK

KOMMENTAR

Genozid oder Notwehr?

WOLFGANG REITH

Nun hat sich Deutschland doch erweichen lassen: Es erkennt einen fragwürdigen Völkermord im heutigen Namibia in den Jahren 1904 bis 1907 an und zahlt dafür in den nächsten 30 Jahren 1,1 Milliarden Euro. Da die Verhandlungen zwischen den Regierungen beider Staaten erfolglos blieben, ohne die Nachkommen der betroffenen Bevölkerungsgruppen (Herero und Nama) einzubeziehen, haben diese bereits angekündigt, den Kompromiss nicht mitzutragen. Wenn Bundespräsident Steinmeier nach Namibia fliegt, um offiziell um Entschuldigung zu bitten, wollen sie massiv demonstrieren, da seine Anwesenheit unerwünscht sei.

In der Tat ist unklar, ob es sich beim Krieg gegen Herero und Nama juristisch um einen Genozid handelte, zumal horrenden Zahlen ins Spiel gebracht werden, die jeglicher Realität entbehren. Von mindestens 75.000 Opfern ist die Rede. Selbst das berühmte Blaue Buch nach dem Ersten Weltkrieg verstieg sich nicht zu solchen Zahlen, und auch bei DDR-Historiker Horst Drechsler fallen sie geringer aus. Die Quellenlage ergibt nämlich ein sehr viel differenzierteres Bild.

Der in Deutsch-Südwestafrika tätige Missionar Irle nannte 1874 und damit vor der Kolonialzeit eine Gesamtzahl von 70.000 bis 80.000 Herero, ebenso Landeshauptmann Leutwein 1894, der zehn Jahre später aber nur noch 60.000 Herero schätzte. Missionar Bernsmann sprach 1880 von 50.000 Angehörigen des Hererovolkes, Leutnant Eggers 1895 von 45.000 und Oberleutnant Streitwolf 1902 gar von nur 23.000. All diese Zahlen betreffen die Zeit vor 1904. Für das Jahr 1906 wird eine Zahl zwischen 17.000 und 20.000 genannt, die Krieg, Flucht, Hunger, Seuchen und Krankheiten überlebt hatten. Das stimmt in etwa mit der Zahl von 1926 überein, als man das Volk der Herero auf rund 20.000 Personen schätzte. Brigitte Lau, frühere Archivarin in Windhoek und bestens vertraut mit der Materie, hielt 1989 die Zahl von 70.000 bis 100.000 Herero vor dem Krieg für zu hoch, die der Überlebenden mit 17.000 für zu niedrig. Sollten sich nämlich, wie mehrfach behauptet, 50.000 Herero am Waterberg versammelt haben, wo seien dann die übrigen 20.000 bis 50.000 Personen gewesen, argumentierte sie.

Wenn in diesen Tagen „Kolonialforscher“ gar von 100.000 Opfern spre-

chen, so hätte es 1908 kaum noch lebende Personen der besagten Volksgruppen geben können. Denn die Bevölkerungszahl im Machtbereich der deutschen Kolonialverwaltung lag insgesamt nur unwesentlich darüber. Folglich darf hinter den heute genannten Zahlen ein „System“ vermutet werden, das sich in der neueren deutschen Geschichtsschreibung häufig abzeichnet: Die Zahlen deutscher Opfer werden im Laufe der Jahre immer weiter reduziert, während man bei von Deutschen verübten Taten die Opferzahlen nach oben „korrigiert“.

Im Fall Namibias kommt ein Faktor hinzu, der gerne ausgeblendet wird: Es waren die Herero und Nama, die dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, welches sich dann zur Wehr setzte. Der damalige Bundestagspräsident Lammert wies bei seinem Besuch in Windhoek 2015 darauf hin, dass man bei allem der indigenen Bevölkerung zugefügten Leid die deutschen Opfer nicht vergessen dürfe, Farmer und ihre Familien, die während der Aufstände ab 1904 von Herero und Nama zum Teil bestialisch ermordet wurden. Man kann den Abwehrkampf der Kaiserlichen Schutztruppe daher durchaus als Notwehrhandlung bezeichnen, der nach dem Völkerrecht gerechtfertigt war, was bei der gegenwärtigen „politischen Korrektheit“ natürlich keine Gültigkeit besitzt.

Zuletzt erhebt sich die Frage, warum Reparationszahlungen für die Regierungen der anderen ehemaligen deutschen Kolonien keine Rolle spielen, ja solche Forderungen gar nicht erst auftauchen. Tansania (früher Deutsch-Ostafrika) hat schon lange erklärt, dass es im Verhältnis zu Deutschland in die Zukunft schauen will und die Vergangenheit als abgeschlossen betrachtet – obwohl sich in den Jahren 1905 und 1906 auch dort die eingeborene Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft erhob (Maji-Maji-Aufstand) und dabei zahlreiche Opfer zu beklagen hatte. Und in Kamerun oder Togo wird heute die deutsche Kolonialzeit – im Vergleich mit der französischen Verwaltung nach 1920 – als eher „segensreich“ betrachtet.

● **Wolfgang Reith** ist Studienrat und Schulleiter a.D., Autor und Präsident der Afrika-Fördergesellschaft. 2017 erschien „Die Oberhäuptlinge des Hererovolkes. Von den Anfängen der Hererokultur bis zum Machtkampf der Gegenwart“



Risiken größer als Nutzen: Fachleute warnen vor Corona-Massenimpfung bei Kindern

Foto: Shutterstock

LEITARTIKEL

Taub für die Wissenschaft

HANS HECKEL

Schon der Ansatz lädt zum Widerspruch ein: Am Montag verkündete Regierungssprecher Steffen Seibert, die Bundesregierung wolle die Corona-Zahlen weiter drücken, und zwar deutlich unter die Inzidenz von 35, die Anfang der Woche gemeldet worden war. Das klingt, als habe es die Politik in der Hand, die Corona-Verbreitung maßgeblich zu beeinflussen.

In Wahrheit glaubt Seibert (oder Merkel) das selbst nicht so recht. In derselben Pressekonferenz schob der Regierungssprecher schon sehr viel ungenauer nach, die „Bundesnotbremse“ habe zuletzt sicherlich geholfen, die Zahl der Infektionen zu senken. „Sicherlich“ bedeutet hier: vielleicht, hoffentlich – mehr nicht.

Das ist nicht viel bei einer Regierung, die stets betont, sich bei ihren Entscheidungen von „der Wissenschaft“, also von Messbarem, leiten zu lassen. Die Wissenschaft hat sich tatsächlich zu Wort gemeldet, nachdem sie die Wirksamkeit der Lockdowns gemessen hat. Das Ergebnis ist für die Regierenden niederschmet-

ternd. Forscher der Universität München haben die Lockdowns mit der Entwicklung der positiven Corona-Testzahlen verglichen. Laut ihrer Studie besteht „kein messbarer Zusammenhang zwischen Lockdowns und der Infektionsentwicklung“. Diese Entwicklung sei jeweils schon

Anfang des Jahres gekommen (die PAZ berichtete). Die britischen Forscher hatten ein rundes Dutzend Länder der Welt im Blick auf das Jahr 2020 untersucht hinsichtlich eines Zusammenhangs zwischen der Infektionsentwicklung und unterschiedlichsten Maßnahmen. Sie fanden keinen solchen Zusammenhang.

Doch das scheint an der Politik vollständig abzuperlen, ebenso wie die starken Bedenken der Fachwelt gegen die massenhafte Impfung von Kindern und Jugendlichen. Ebenfalls am Montag warnte Jakob Maske, Pressesprecher des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, eindringlich vor einer solchen Maßnahme – abgesehen von schwer Vorerkrankten. Kinder seien von Corona kaum betroffen, die Risiken einer Impfung daher viel höher als der mögliche Nutzen.

Doch auch hier scheint die Politik einfach wegzuhören, wie zuvor beim Hinweis der Aerosolforscher, dass Ansteckung im Freien so gut wie unmöglich sei. All dies fördert den Verdacht, dass die Regierung Merkel mit ihren Corona-Maßnahmen (auch) andere Motive verfolgt als den Gesundheitsschutz.

Regierung lässt Erkenntnisse der Fachwelt einfach an sich abperlen

vor dem „Lockdown Light“ am 2. November, dessen Verschärfung am 16. Dezember und vor dem Beschluss der „Bundesnotbremse“ Ende April wieder rückläufig gewesen. Heißt: Was immer den Trend gebrochen hat, die Lockdown-Maßnahmen sind es nicht gewesen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis war bereits eine Studie der Universität Oxford

PORTRÄT

Umtriebiger und streitbar

Dafür, dass die Organisation angeblich keine Rolle spielt, hat diese Personalie für einen heftigen Wirbel gesorgt: Am vergangenen Wochenende wählte die WerteUnion, ein selbständiger Verein, der bislang für sich beanspruchte, einen „konservativen Markenkern“ der CDU und CSU zu vertreten, den Ökonomen **Max Otte** zu ihrem neuen Vorsitzenden.

Die Reaktionen auf die Wahl fielen teilweise heftig aus. CDU-Chef Laschet war schon vorher auf Distanz gegangen, Politiker von Grünen, FDP und SPD kritisierten die Wahl des 56-Jährigen mit scharfen Worten und warfen ihm eine Nähe zur AfD vor. Der frühere Verfassungsschutzpräsident Maaßen kündigte an, seine Mitgliedschaft in der WerteUnion vorerst ruhen zu lassen.

Immerhin hatte Otte 2017 in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ angekündigt, bei der Bundestagswahl die

AfD wählen zu wollen. Von Juni 2018 bis Januar 2021 war er dann Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Ottes berufliche Laufbahn hatte 1989 bei Kienbaum und Partner angefangen, wo er bis 1994 als Berater für internationale Organisationen und den öffentli-

chen Sektor tätig war. 1995 wurde er Mitarbeiter beim Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Eine weitere Station war die Unternehmensberatung Arthur D. Little. Anschließend ging er als Dozent und Professor an die Boston University, die Uni Würzburg, die Hochschule Worms und die Uni Graz.

2003 gründete Otte das Institut für Vermögensentwicklung (IFVE), im Anschluss legte er diverse Investmentfonds in Deutschland und in der Schweiz auf.

Einen Namen als streitbarer Zeitgenosse und „Krisenprophet“ machte sich der Ökonom als Autor diverser Bücher, in denen er sich kritisch mit der Finanzpolitik von Bund und EU auseinandersetzt. Als sehr persönlicher Blick auf sein Leben und unser Land erschien im März dieses Jahres „Auf der Suche nach dem verlorenen Deutschland. Notizen aus einer anderen Zeit“.



Neuer Chef der WerteUnion: Der Ökonom und Fondsverwalter Max Otte

Foto: privat

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

„Ich will unterhalten“

Vor 100 Jahren wurde der von der Literaturkritik verachtete Erfolgsschriftsteller Heinz G. Kosalik geboren. Ausweislich der Leserzahlen hatte er mit seinen Büchern den Nerv der Zeit getroffen

VON ERIK LOMMATZSCH

Im besten Falle wurden literaturpöpstliche Nasen lediglich gerümpft, wenn die Sprache wieder einmal auf den „neuen Kosalik“ kam. Meist wurde das Werk des Erfolgsschriftstellers Heinz G. Kosalik mit abfälligen Bemerkungen beschieden, als trivial galt er und klischeebeladen. Wer etwas im Literatur- und Kulturbetrieb auf sich hielt, ließ sich nicht auf ihn ein. Dabei hätte es oft genug Anlass gegeben, einen „neuen Kosalik“ zu thematisieren. Zwei bis vier Romane brachte er jährlich heraus, am Ende waren es 155. Übersetzungen gibt es in 45 Sprachen. Die Gesamtauflage wird mit 83 Millionen angegeben, er war einer der meistverkauften und kommerziell erfolgreichsten deutschen Schriftsteller überhaupt.

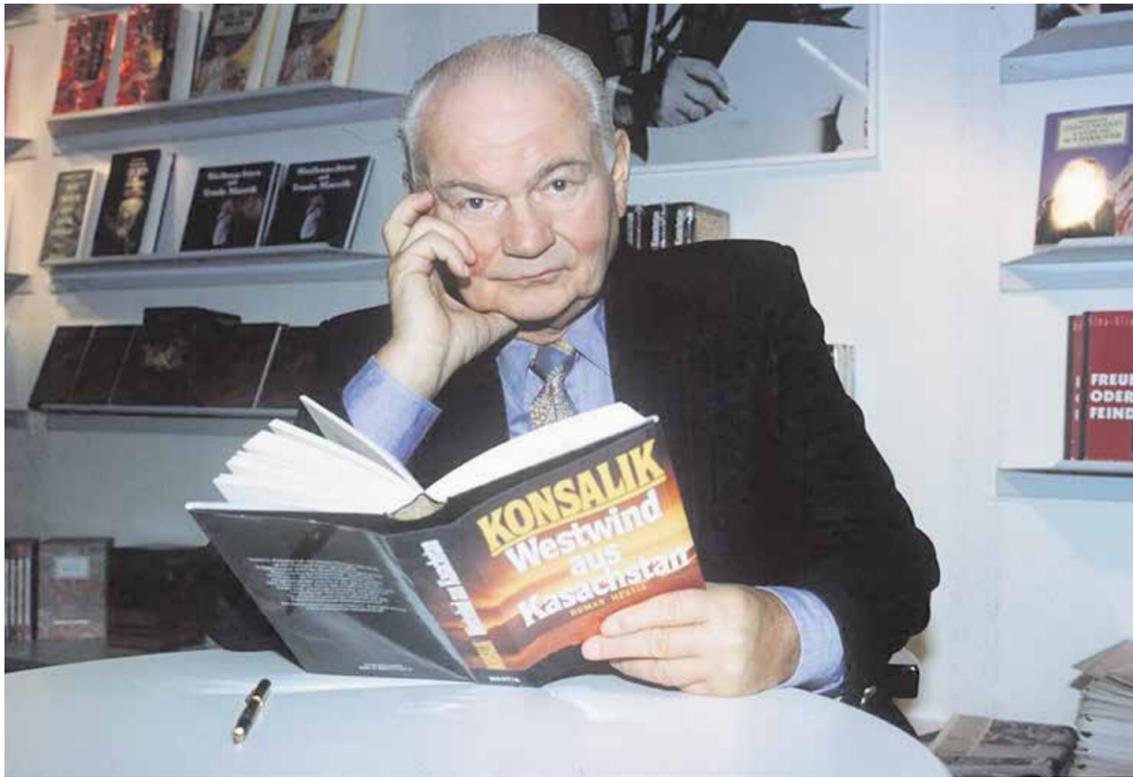
Ein Autor, der wirklich gelesen wurde

So sehr, wie ihm die Anerkennung der Kritiker versagt blieb, so treu war ihm seine immens große Leserschaft. In der „alten“ Bundesrepublik dürfte es wenige Bücherregale gegeben haben, in denen nicht irgendwann einmal der eine oder andere „Kosalik“ stand. Nach dem Mauerfall fanden seine Werke in entsprechender Größenordnung auch den Weg in den anderen Teil Deutschlands. In gedruckter Form ist zwar durch den Buchhandel über zwanzig Jahre nach Kosaliks Tod nur noch wenig neu lieferbar, aber in den Antiquariaten stapeln sich die sichtlich zerlesenen Exemplare und finden stets von Neuem ihre Abnehmer. Auch Bibliotheksexemplare weisen meist einen arg mitgenommenen Zustand auf – bei einem Buch im Allgemeinen ein Zeichen dafür, dass es seinen Zweck erfüllt hat und mehrfach gelesen wurde.

Genau hierin besteht der große Unterschied zu vielen der preisüberhäuft und von den Feuilletons hochgelobten Werke anderer Schriftsteller: Kosalik wurde und wird wirklich gelesen, von der ersten bis zur letzten Seite. „Ich will unterhalten“ – so lautete der von ihm selbst formulierte Anspruch. Ausweislich der Resonanz ist dies in außerordentlichem Maß gelungen.

Geboren wurde er als Heinz Günther vor 100 Jahren, am 28. Mai 1921, in Köln. Veröffentlicht hat er auch unter Pseudonymen, zum Beispiel Henry Pahlen, als Autor bekannt geworden ist er aber vor allem als Heinz G. Kosalik. Den Nachnamen hatte er abgekürzt und den Geburtsnamen seiner Mutter – Kosalik – hinzugefügt. Ein Medizinstudium hatte er abgebrochen und war zu Theaterwissenschaften und Germanistik gewechselt. Im Zweiten Weltkrieg war er Kriegsberichterstatte, an der Ostfront wurde er schwer verwundet. Nach der Heimkehr wirkte er als Lektor, Redakteur und Dramaturg, seit 1951 betätigte er sich als freier Schriftsteller. Lange wohnte er in Aegidienberg, einem Stadtbezirk von Bad Honnef, wo der vermögende Kosalik über umfangreichen Besitz verfügte, zuweilen zog es ihn auch zu seinem Haus auf Teneriffa. Gestorben ist er am 2. Oktober 1999 in Salzburg. Die letzten Lebensjahre hatte er hier verbracht, getrennt von seiner langjährigen Ehefrau Elsbeth, gemeinsam mit der bedeutend jüngeren Chinesin Ke Gao.

Kosaliks großen Durchbruch bedeutete der 1956 veröffentlichte Roman „Der Arzt von Stalingrad“. Populär wurde er



Am Ende eines äußerst produktiven und kommerziell erfolgreichen publizistischen Schaffens: Bestseller-Autor Heinz G. Kosalik im Jahre 1992 während einer Lesung
Foto: imago/teutopress

durch den nach der Buchvorlage entstandenen Film, der zwei Jahre später in die Kinos kam. Die Hauptrolle hatte O. E. Hasse übernommen, er verkörperte den Protagonisten, Dr. Fritz Böhrer. Kosalik hatte bei dieser Hauptfigur, dem „Arzt von Stalingrad“, auf ein reales Vorbild zurückgegriffen: Der Chirurg Ottmar Kohler wirkte als Stabsarzt, geriet im Februar 1943 mit der 6. Armee in Gefangenschaft und kehrte erst 1954 nach Deutschland zurück. Kosalik schildert in seinem Roman das Wirken des Arztes in der sowjetischen Lagerhaft unter widrigsten Bedingungen. Als Autor, der den Leser im Blick hat, setzt er auf Spannung und klare Charakterisierungen, die Positionierung gegen das stalinistische System steht außer Zweifel. Sympathien gegenüber dem NS-Regime, wie mitunter behauptet, lässt das Werk nicht erkennen. Hingegen ist es gerade vor dem Hintergrund des Kalten Krieges bemerkenswert, dass eine Reihe der russischen Figuren positive Züge trägt.

Russland, der Krieg und die Medizin

Im „Arzt von Stalingrad“ sind drei Komplexe vereint, die für Kosaliks Werke zentral wurden und bleiben sollten. Zum einen sind die Weiten und auch die Geschichte Russlands Gegenstand einer großen Anzahl seiner Bücher. Der in Moskau geborene und in Deutschland lebende Autor Waldimir Kaminer bemerkte überspitzt, Kosalik habe „mehr über die Taiga geschrieben als der gesamte sowjetische Schriftstellerverband“. Zum anderen thematisierte er beständig das Geschehen des Zweiten Weltkriegs und seiner Nachwirkungen, aus der Perspektive derjenigen, die nicht an führender Stelle tätig waren. Oder, wie er bezüglich eines seiner Bücher klarstellte, „nicht aus der Warte des Generalstäblers“, sondern „mit den leidenden und hungrigen Augen des einfachen Soldaten“.

Und schließlich war es nahezu beständig die Medizin, die er in den Mittelpunkt rückte. Kosalik selbst sagte einmal über sein Werk: „Sie werden kein Buch von mir

finden, in dem kein Arzt vorkommt.“ Exotische Schauplätze, etwa in Mittel- und Südamerika oder auf den Philippinen, finden sich bei Kosalik ebenfalls reichlich, Grausamkeiten, Beziehungsverwerfungen und die Umweltthematik kamen später hinzu, Spionage, geniale Erfindungen, immer wieder ein nicht unbedingt zurückhaltendes Maß an Erotik – und vor allem Spannung. Er betonte allerdings, mit seinen „Kriegsbüchern“ wolle er „auch nachdenklich stimmen“.

Fünf Seiten am Tag

Des Öfteren wurde vermutet, dass Kosalik angesichts seiner immensen Produktivität nicht alle unter seinem Namen erschienen Texte selbst verfassen würde. In einem Interview von 1982 wies er dies strikt zurück. Er erklärte, er „tue nichts anderes als schreiben“. Er habe außer Reisen und Opernbesuchen – Wagner stand hier weit oben – keine Hobbys und rechnete vor, dass er, wenn er „pro Tag nur fünf Seiten schreibe“ bei 300 Arbeits-



Der wohl bekannteste Roman Kosaliks ist „Der Arzt von Stalingrad“. Im Bild das Plakat zum gleichnamigen Kinofilm von 1958 mit O.E. Hasse und Eva Bartok in den Hauptrollen
Foto: agk

tagen im Jahr auf 1500 Seiten käme. Dies entspräche drei seiner Romane. Schreibkrisen kenne er nicht, zudem habe er „noch nie eine Zeile gestrichen“ oder „ein Buch umgeschrieben“.

Er arbeite, um „die Leute auf andere Gedanken zu bringen“, er wolle „den Menschen für ein paar Stunden Freude geben“, indem er „sie aus ihrem grauen Alltag entführe“. Mit Verweis auf Millionen Leser erklärte Kosalik: „Ich bin immun gegen jegliche Literaturkritik.“ Entsprechend wenig berührt zeigte er sich, als ihm eifrige Aktivisten den „Kriegspreis“ auf der Frankfurter Buchmesse „verliehen“ – als Gegenstück zum Friedenspreis, da sie Kosalik unterstellten, den Krieg verherrlicht zu haben.

Dezierte, nicht von jedermann geteilte Positionen vertrat er, wenn er sich für Sterbehilfe und die Wiedereinführung der Todesstrafe aussprach. Letzteres stieß auf großen Wiederhall bei seinen Anhängern. Die „breite Masse“ der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges war seiner Meinung nach unpolitisch, Befehlen sei einfach Folge geleistet worden. Kosalik drückte es noch drastischer aus: „Der deutsche Landser war dumm.“ Er selbst sei damals allerdings auch nicht besser gewesen. Im Abstand von fast 50 Jahren erklärte er zum „Dritten Reich“, dass „die heutige Jugend einem Hitler“ wieder „hinterherrennen“ würde. „Der Mensch ist ein Herdentier“, er brauche „die Gemeinschaft“.

Den Nerv des Publikums getroffen

Kosalik gebrauchte noch Begriffe wie „asiatische Grausamkeit“ und bezeichnete den westlichen Kulturkreis schon seinerzeit als „in höchstem Maße degeneriert und verfault“. Intellektuelle Analytiker suchten seine Bücher nach „Sexismus“, „Rassismus“ und anderem ab, während sich Titel wie „Privatklinik“, „Liebesnächte in der Taiga“, „Strafbataillon 999“, „Das Bernsteinzimmer“ oder „Das Regenwald-Komplott“ gut verkauften. Offenbar hatte Kosalik ziemlich genau den Nerv seines Publikums getroffen.

AUSSTELLUNG

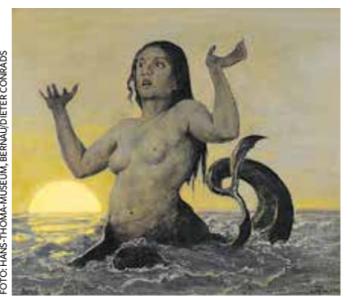
Macht euch die Erde untertan!

Schiffbrüche, so tragisch sie für die Opfer oft enden, üben eine große Faszination auf die Nachwelt aus. Die Untergänge sind auch Metapher für die Unzulänglichkeit und Überheblichkeit der menschlichen Spezies. In diese Richtung zielt auch die Ausstellung „Schön und gefährlich. Die hohe See im 19. Jahrhundert“, die das Baden-Badener Museum LA8, Lichtenalter Allee 8, vom 5. Juni an zeigt.

Gezeigt wird, wie in Zeiten des technischen Fortschritts im 19. Jahrhundert, als man die Natur zu beherrschen glaubte, auf hoher See das große Drama zwischen zivilisatorischer Bändigung und natürlicher Gewalt weiter tobte. Vom „Floß der Medusa“ bis zur „Titanic“, zwischen nüchterner Handelsschiffahrt und exotischem Südseeparadies, Kapitän Ahab und Moby Dick, Tiefseekabel und betörenden Nixen, Taucherglocke und Schiffbruch reicht dabei die Bandbreite.

Die technischen Geräte und Kunstwerke in der Ausstellung lassen die Besucher das ebenso vorsichtige wie mutige Unterfangen nachvollziehen, ein Stück menschengemäße Festigkeit auf die wogende Oberfläche der Ozeane zu legen und mit einem Schiff auf große Fahrt zu gehen. Selbst auf den kleinformatigen Skizzen von Andreas Achenbach (1815–1910) schäumt das Meer unbändig auf gegen alle Vorausberechnungen.

Der erste funktionierende Taucheranzug führt vor Augen, dass die Tiefsee ein so abenteuerlicher Kosmos war wie heute das Weltall. Die Schnitzereien der Seeleute auf Pottwalzähnen zeigen das geradezu erotische Versprechen, das bis heute zum Freiheitsgefühl der Hohen See gehört. Aus dem Schiffahrtsmuseum Rostock und dem



Hans Thoma: „Meereserwachen (Nereide – Seeweib)“, 1897/1912

Meeresmuseum Stralsund haben Leihgaben den Weg von der Waterkant an die Oos gefunden: der originalgetreue Nachbau der Kreeft'schen Tauchmaschine, ein Modell der „Titanic“, ein historisches Walskelett, Walfang-Harpunen und Gewehre, wie sie von realen Kollegen Kapitän Ahab's benutzt worden sind. Ergänzt wird das künstlerisch-technische Panorama von wilden Seestücken eines Johann Caspar Scheuren (1810–1887) und weiteren bedeutenden Leihgaben. H. Tewes

● Vor dem Museumsbesuch und zu den Führungen empfiehlt sich eine telefonische Voranmeldung unter (07221) 5007960, um für den Fall von zu vielen Besuchern Wartezeiten zu vermeiden. Es gelten die aktuellen für Kultureinrichtungen vorgeschriebenen Maßnahmen für Sicherheit und Hygiene während der Pandemie. Aktuelle Hinweise im Internet: museum.la8.de

PHILATELIE

Zum 50., zum 70. und zum 100. Jahrestag

Kommenden Sonntag, den 6. Juni, um 10.45 Uhr stellt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) im Beisein des Vizepräsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees, Christoph Heubner, und des Leiters der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel, im Außenbereich der Landesvertretung Niedersachsen an der Hannah-Ahrendt-Straße,



Sonderbriefmarke „100. Geburtstag Sophie Scholl“

10117 Berlin, die Sonderbriefmarke „100. Geburtstag Sophie Scholl“ vor. Die Sonderbriefmarke mit einem Wert von 80 Cent wurde wie der Ersttagsstempel von Detlef Behr aus Köln gestaltet. Sie ist ab dem Tag ihrer Vorstellung in den Verkaufsstellen der Deutschen Post erhältlich.

Wartet man vier Tage, kann man dort auch gleich die deutsch-indische Gemeinschaftsbriefmarke „70 Jahre



Sonderpostwertzeichen Indien-Deutschland „70 Jahre Diplomatische Beziehungen“

Diplomatische Beziehungen“ erwerben. Die 170-Cent-Marke einschließlich dem Ersttagsstempel gestaltete Matthias Wittig aus Berlin.

Noch Zukunftsmusik ist die 20-Euro-Sammlermünze „50 Jahre Deutsches Kinderhilfswerk“. Die Bundesregierung hat deren Prägung zwar bereits beschlossen, doch soll sie erst in einem knappen Jahr, im Mai 2022, herausgegeben werden. Die



20-Euro-Sammlermünze „50 Jahre Deutsches Kinderhilfswerk“

von der Künstlerin Susanne Jünger aus Berlin entworfene Münze besteht aus Sterlingsilber (Ag 925) und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt. Sie hat ein Rohgewicht von 18 Gramm und einen Durchmesser von 32,5 Millimetern. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „AUF DIE KINDER KOMMT ES AN“.

M.R.



Von ihm aus starteten am 11. Oktober 1985 die Jagdflugzeuge zur Entführung der ägyptischen Passagiermaschine: Flugzeugträger „Saratoga“

Foto: US-Regierung

LUFTFAHRT

„Also der Westen liefert immer das Beispiel und der Osten zieht nach“

Wiederholt haben die USA Passagierflugzeuge zur Landung gezwungen, um Insassen habhaft zu werden

VON MANUREL RUOFF

Die westliche Wertegemeinschaft echauffiert sich über Weißrussland. Das Land habe sich einer Flugzeugentführung, der Piraterie schuldig gemacht. Weißrussland bestreitet das. Nicht zu bestreiten ist hingegen, dass sich die Führungsmacht der westlichen Welt, die USA, dieser Art Völkerrechtsverletzung schuldig gemacht hat, übrigens ohne, dass die westliche Welt deshalb Sanktionen gegen die USA das Wort geredet hätte.

Erinnert sei an das Jahr 1985. Am 7. Oktober jenes Jahres wurde im Mittelmeer das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ von vier Angehörigen der Palästinensischen Befreiungsfront entführt. Es handelte sich um ein italienisches Schiff, und die 350-köpfige Besatzung bestand hauptsächlich aus Italienern und Portugiesen. Unter den 680 Passagieren hatten vor allem die US-amerikanischen zu leiden. Die Entführer drohten nämlich damit, mit den US-Amerikanern anzufangen, wenn sie damit beginnen, die Passagiere einen nach dem anderen zu töten, bis Israel 50 inhaftierte Gesinnungsgenossen freilässt. Letztlich war das einzige Todesopfer tatsächlich ein US-Amerikaner, der Passagier jüdischer Abstammung Leon Klinghoffer.

Gegen den Willen der US-Regierung, aber mit Billigung der italienischen fuhr das Schiff schließlich nach Port Said, wo es der ägyptischen Regierung gelang, die Entführung auf dem Verhandlungsweg unblutig zu beenden. Die Entführer ließen ihre Geiseln mit Ausnahme von Klinghoffer, den sie bereits vor jenen Verhandlungen getötet hatten, frei gegen freien Abzug in ein Land ihrer Wahl.

1985 setzten die USA vier F-14 ein

Die USA, die schon damals nicht nur ihre Feinde ausspionierten, hörten ein Gespräch des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak ab, in dem den Entführern

ein Flug nach Algier zugesichert wurde. Tatsächlich verließ am 11. Oktober 1985 eine ägyptische Passagiermaschine vom Typ Boeing 737 mit den Entführern und anderen Passagieren Ägypten Richtung Algier. Doch kam sie dort nicht an. Sie wurde vielmehr von vier US-amerikanischen Jagdflugzeugen des Typs Grumman F-14 „Tomcat“ des im Mittelmeer liegenden Flugzeugträgers „Saratoga“ entführt. Diese Entführung fand nicht – wie man es nun Weißrussland vorwirft – im eigenen, sondern unweit Kreta im internationalen Luftraum statt. Die Passagiermaschine musste Kurs nehmen auf den NATO-Luftwaffenstützpunkt Sigo-

nella nahe der sizilianischen Stadt Catania. Anschließend zwangen die US-Amerikaner die Ägypter zur Landung. Dabei sollen die US-Kriegsflugzeuge mit dem ägyptischen Flieger durchaus rüde umgegangen sein. Stolz erzählte ein US-Offizier: „Das war ungeheuer eindrucksvoll, sie haben ihn heruntergezwungen, sie haben ihn durcheinandergerüttelt, mit wilden Bewegungen rauf und runter.“

2013 war Edward Snowden das Ziel

Parallel zu dieser Aktion waren ohne vorherige Absprache mit der italienischen Regierung zwei US-amerikanische Transportmaschinen mit 50 Angehörigen der US-Spezialeinheit „Delta Force“ auf dem sizilianischen NATO-Stützpunkt gelandet. Diese Elitesoldaten umzingelten die ägyptische Maschine nach deren Landung, um so deren Insassen in ihre Gewalt zu bringen.

Die US-Politik zeigte sich parteiübergreifend begeistert. „Ich bin absolut begeistert, dass sich die Regierung zu diesem Schritt entschlossen hat“, kommentierte der vormalige US-Außenminister Henry Kissinger die Aktion. Der vormalige US-Präsident von den Demokraten Jimmy Carter lobte: „Wir haben gute Arbeit geleistet.“ Und der Abgeordnete des Repräsentantenhauses Bob Dornan bezeichnete jenen 11. Oktober 1985, also den Tag, als „glorreichen Tag in Amerikas Geschichte“. Dabei kam selbst das bundesrepublikanische Leitmedium „Der Spiegel“ damals nicht umhin, von einem Verstoß gegen das Völkerrecht zu sprechen, von einem Verstoß „gegen die ‚Überflugfreiheit‘, die jedes Luftverkehrsfahrzeug über dem offenen Meer genießt“.

Italien, auf dessen Territorium sich der NATO-Stützpunkt Sigonella befand, stand nun vor der Frage, wie es reagieren sollte. Es konnte sich passiv verhalten und wegschauen und damit dem Völkerrechtsverstoß zum Erfolg verhelfen oder aber sich wie ein souveräner Staat verhalten. Ob-

wohl Mitglied der US-geführten NATO entschied sich das Land gegen die erstgenannte Möglichkeit. Soldaten der italienischen Luftstreitkräfte und Carabinieri mit schwerem Gerät bildeten nun ihrerseits einen Ring um die ägyptische Maschine, hielten ihre US-amerikanischen Kameraden in Schach und schützten so die Araber vor einem US-amerikanischen Zugriff. Auf eigenem Boden setzten sich die Italiener schließlich gegen die US-Amerikaner durch. Die Delta-Force-Angehörigen räumten das Feld. Ein Teilerfolg war den USA zumindest insofern beschieden, als sich ihre Gegner nun in der Hand ihrer italienischen NATO-Verbündeten befanden.

Nun mag man vom Gebiet des Völkerrechts auf das der politischen Moral wechseln und argumentieren, das damalige Verhalten der USA sei zwar ein Völkerrechtsverstoß gewesen, aber der Zweck heilige die Mittel und es sei zwar nicht legal, aber legitim ein Passagierflugzeug zur Landung zu zwingen, wenn es nicht darum gehe eines weißrussischen Dissidenten, Journalisten, Bloggers und Oppositions-Aktivisten wie Roman Protasewitsch habhaft zu werden, sondern arabischer Geiselnnehmer.

Allerdings haben die USA Passagierflugzeuge nicht nur zur Landung gezwungen, um Geiselnnehmer in die Finger zu bekommen, sondern auch um Edward Snowden in ihre Gewalt zu bringen. Und der verdient als Whistleblower sicherlich nicht weniger Solidarität als der oppositionelle Protasewitsch.

2013 zwangen die USA die bolivianische Präsidentenmaschine zur Landung in Wien, damit sie dort nach Snowden durchsucht werden konnte. Dass Snowden – anders als nun Protasewitsch – nicht verhaftet wurde, lag weniger daran, dass sich die USA damals legaler oder legitimer verhalten hätten als nun Weißrussland, als vielmehr daran, dass Snowden im Gegensatz zu Protasewitsch nicht in der zur Landung gezwungenen Maschine saß.

„Dass jetzt die USA und alle so schimpfen und jetzt von Völkerrechtsbruch sprechen, ist natürlich nicht besonders glaubwürdig. Denn die Ersten, die das gemacht haben, das waren die USA ... Also der Westen liefert immer das Beispiel und der Osten zieht nach“

Gregor Gysi
außenpolitische Sprecher der
Linksfraktion.

ERNST AUGUST I.

Mit ihm und Queen Victoria endete die hannoversch-britische Personalunion

Der vor 250 Jahren geborene vorletzte König von Hannover schrieb mit der Aufhebung der Verfassung und der Entlassung der Göttinger Sieben Geschichte. Außenpolitisch orientierte er sich im Gegensatz zu seinem Sohn und Nachfolger Georg V. an Preußen

VON HEINRICH
PRINZ VON HANNOVER

Mit König Ernst Augusts Regierungsantritt in Hannover 1837 endete aufgrund unterschiedlicher Erbgesetze die 123-jährige Personalunion zwischen Hannover und dem britischen Weltreich. Sie hatte 1714 begonnen, als einer von Ernst Augusts Vorfahren, der Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg (Hannover) Georg Ludwig, als Georg I. den Thron in Großbritannien bestieg und damit die Personalunion beider Länder begründete.

Geburt im Buckingham-Palast

Es war frühmorgens am 5. Juni 1771, als der spätere hannoversche König Ernst August im Buckingham-Palast in London das Licht der Welt erblickte. Seine Jugend verbrachte der Prinz in dem unweit von London an der Themse gelegenen kleinen Dorf Kew, wo sein Vater Georg III., König von Großbritannien und Kurfürst von Hannover, einen Landsitz unterhielt. Der erste Welfe auf Englands Thron, König Georg I., war Georgs III. Urgroßvater, und Ernst Augusts Eltern lebten bereits in vierter Generation in London. Ernst August war Georgs III. fünfter Sohn und das achte Kind von insgesamt 15 Geschwistern, von denen 13 das Erwachsenenalter erreichten. Schon früh zeigte sich bei Ernst August dessen schnelle Auffassungsgabe, ebenso ein starker Wille sowie eine Neigung zu Ironie und Sarkasmus. Er war wohl der Begehrteste unter den Geschwistern.

1786 wurde er im Auftrag seines Vaters mit seinen beiden jüngeren Brüdern August Friedrich und Adolph Friedrich nach Göttingen geschickt, um an der Universität eine Art Studium generale zu erhalten. Im Juli des Jahres immatrikulierten sich die drei Brüder an der Universität und bezogen ein Haus in der heutigen Prinzenstraße. Georg Christoph Lichtenberg war ebenfalls Mieter im Haus der drei Prinzen, die bei ihm in der Wohnung ihren Unterricht erhielten. Die Brüder besuchten aber auch normale Vorlesungen im Universitätsgebäude. Die Universität Göttingen hatte um 1790 bereits 800 Studenten. Die drei Prinzen sorgten neben dem ernstesten Studium auch für Zeitvertreib. Sie warfen einmal Münzen aus den Fenstern ihres Quartiers, die Kinder und Studenten fleißig auf sammelten. Wenn diese sich dann um das Geld stritten, gossen die Prinzen kaltes Wasser aus Krügen hinunter und lachten über die Wirkung ihres Tuns. So wuchsen die Brüder heran und Georg III. entschied im Dezember 1790, nun sei es genug an Bildung, und die Söhne sollten sich einer militärischen Ausbildung unterziehen.

Begeisterter Kavallerist

Im Gegensatz zu seinen Brüdern fühlte sich Ernst August der Kavallerie besonders hingezogen. Er war zeitlebens ein hervorragender Reiter. 1792 wurde ihm der Rang eines Obersten in einem Dragonerregiment der kurfürstlichen Armee verliehen. Dienst tat er aber als Rittmeister. 1793 rückte er mit seinem Regiment im ersten Koalitionskrieg gegen Frankreich ins Feld und wurde dabei am linken Auge schwer verwundet, wovon er sich niemals wieder vollständig erholte. Nach einer ärztlichen Behandlung in England wurde er zum Generalmajor befördert und Hannover schied 1795 aus dem Krieg gegen Frankreich aus.

Ernst August kehrte nach London zurück und wurde 1799 zum Herzog von Cumberland und zum Mitglied des Oberhauses ernannt. Im „House of Lords“ profilierte er sich als konservativer Parlamentarier und brachte sich in das politische Tagesgeschäft aktiv ein. Seine Gegner aus den Reihen der Whigs, von den 1680er bis in die 1850er Jahre mit den konservativen Tories eine der beiden Parteien des britischen Parlamentarismus, bekämpften ihn mit harten Bandagen und bezeichneten ihn als den „unpopulärsten Prinzen der modernen Zeit“. Seine politische Aktivität brachte die öffentliche Meinung gegen ihn und gegen seine Familie auf, und Ernst August zog sich vorübergehend ins Privatleben zurück.

Einzug als Sieger in Hannover 1813

Weil der Vater für den streitbaren Prinzen keine bedeutende Verwendung mehr hatte, griff Ernst August ohne Auftrag der Regierung in die Befreiungskriege ein. Am 4. November 1813 zog er als Sieger in Hannover ein und wurde von der Bevölkerung gebührend gefeiert. Doch zum Gouverneur des befreiten Kurfürstentums Han-

nover, das 1814 zum Königreich erhoben wurde, nachdem deutlich geworden war, dass das Heilige Römische Reich nicht restauriert werden würde, beförderte der Prinzregent Georg (IV.) 1816 den jüngeren Bruder Adolph Friedrich.

Bereits 1815 hatte Ernst August seine Cousine Friederike zu Mecklenburg geheiratet. Die Herzogin war gleich in doppelter Hinsicht eine Schwägerin des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. Zum einen war sie die jüngere Schwester Königin Luises, uns bekannt durch Johann Gottfried Schadows Prinzessinnengruppe. Zum anderen war sie die Witwe von Friedrich Wilhelms jüngerem Bruder Friedrich Ludwig. Um weiteren Anfeindungen auch innerhalb der eigenen Familie aus dem Weg zu gehen, übersiedelte das junge Paar in die preußische Hauptstadt.

Da aufgrund seiner langen Abwesenheit von England im dortigen Parlament eine Debatte über eine Reduzierung oder gar Streichung seiner Apanage zu entflammen drohte, bezog das herzogliche Paar schließlich wieder einen Wohnsitz in London. Zum Entsetzen seiner eher zurückhaltenden Brüder griff Herzog Ernst Au-

gust als konservatives Mitglied im Oberhaus wieder in den politischen Kampf ein. Dabei richtete er sein Augenmerk auf die anglikanische Kirche. Mit ganzer Kraft suchte er die Rechte der englischen Staatskirche, die aus der Reformation hervorgegangen war, zu verteidigen.

Profilierung als Konservativer

Am 26. Juni 1830 starb Ernst Augusts ältester Bruder König Georg IV. kinderlos. Der drittälteste Bruder von Ernst August bestieg als Wilhelm IV. die Throne in London und Hannover. Für Ernst August rückte die Thronfolge in Hannover immer näher. Wilhelm IV. hatte nämlich keine legitimen Nachkommen, und der bereits verstorbene ältere Bruder Ernst Augusts, Eduard Herzog von Kent, hatte 1819 nur eine Tochter hinterlassen, die spätere Königin Victoria von England, die 1837 nach Wilhelms IV. Tod den englischen Thron bestieg. In Hannover konnte Victoria den Thron allerdings nicht besteigen, da die hannoverschen Erbgesetze nur männliche Nachfolger zuließen. Somit erbte im Jahre 1837 Victorias Onkel, Ernst August Herzog von Cumberland, die hannoversche Kro-

ne, und es endete die 123-jährige Personalunion.

Die Regierung des Königs Ernst August in Hannover begann mit einem Pausenanschlag. Er erkannte die neue Verfassung seines Bruders Wilhelm IV. von 1833 nicht an und hob diese 1837 wieder auf. Vorangegangen war ein jahrelanger Streit über die Mitsprache bei der Verfassungsreform in Hannover. Bereits als Herzog von Cumberland hatte sich Ernst August übergeben und falsch informiert gefühlt. Seine Rechte als hannoverscher Thronfolger und die seines Hauses wären bei der Verfassungsreform nicht gewahrt worden. Es kam zu dem berühmten Protest der Göttinger Sieben Professoren, die der König entließ. Bis heute verbindet sich damit die Vorstellung vom Protest einer bürgerlich-liberalen Gruppe von Gelehrten gegen die willkürliche Zurücknahme fortschrittlicher Gesetze durch einen Staatsstreich des Monarchen.

Englandreise als König

Nachdem Ernst August diesen wichtigen politischen Kampf gewonnen hatte, trat er seine schon lange geplante und mehrfach verschobene Englandreise an, um seiner Nichte Königin Victoria einen Besuch abzustatten. Die englische Regierung blickte gespannt nach Hannover. In London hatte man den hannoverschen Verfassungskonflikt von 1837 noch in Erinnerung und befürchtete weitere unberechenbare Handlungen des konservativen Königs. Zum Entsetzen der Regierung Königin Victorias gab Ernst August bekannt, dass er inkognito nach England komme und in seiner Eigenschaft als Herzog von Cumberland der Insel einen Besuch abstatten wolle.

Am 2. Juni 1843 traf Ernst August in London ein und bezog Quartier im St James's Palace, bis 1837 die offizielle Londoner Residenz der britischen Monarchen. Der König unternahm Inspektionsreisen durch das Land, die ihm als Herzog von Cumberland zustanden. Während der Hochzeit seiner Nichte Augusta von Cambridge kam es zu einem bemerkenswerten Zusammentreffen mit der königlichen Familie im Schloss Windsor. Der Prinzgemahl Albert drängte sich vor König Ernst August, um sich zuerst in das Register einzutragen. Und der König übte dadurch Vergeltung, dass er bei dem feierlichen Zug aus der Kapelle schnell den Arm der Königin Victoria ergriff. Ernst August war schließlich froh, als er am 7. September 1843 die Heimreise antrat.

Am Ende liberal und reformfreudig

Die weitere Regierung des Königs Ernst August war von Reformen geprägt. In der Revolution von 1848 berief er ein gemäßigt liberales Kabinett und erließ die liberalste Verfassung in der Geschichte des Königreichs. Im Gegensatz zu seinem einzigen Sohn, der nach seinem Tod am 18. November 1851 als König Georg V. seine Nachfolge im Königreich Hannover antrat, um dieses nach dem an der Seite Österreichs verlorenen Deutschen Krieg von 1866 an das siegreiche Preußen zu verlieren, richtete Ernst August seine Politik stets am preußischen Nachbarn aus.

● Heinrich Prinz von Hannover,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. und ein Ururenkel König Ernst Augusts I. Er arbeitet als Verleger in Göttingen.



Wohl jedem Besucher Hannovers bekannt: König Ernst August I. in Husarenuniform hoch zu Ross vor dem Hauptbahnhof

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Neandertaler gelten – möglicherweise zu Recht, vielleicht auch zu Unrecht – als primitive Vettern des Homo sapiens, welche aufgrund ihrer Lebensuntüchtigkeit ausgestorben seien. Insofern gehört es heute zu den böswilligen Beleidigungen, jemanden mit einem Neandertaler zu vergleichen. Aber genau das tat der amerikanische Präsident Joe Biden vor einigen Wochen, als die ersten Gouverneure von Bundesstaaten im Süden der USA anfangen, sämtliche Corona-Restriktionen wie Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen sowie Schul-, Restaurant- und Geschäftsschließungen aufzuheben. Der Mann im Weißen Haus verkündete, diese Politiker hätten sich eine „Neandertaler-Denkweise“ zu Eigen gemacht.

Inzwischen fallen nun schon 24 der 50 US-Gouverneure unter Bidens Verdammungsurteil. Dabei stechen zwei Dinge ins Auge. Zum einen sind die Corona-Zahlen in ihren Staaten keineswegs explodiert, wie voreilig prophezeit wurde, sondern vielfach sogar niedriger als anderswo, wo noch strenge Regeln zur Eindämmung des Virus SARS-CoV-2 gelten, wie beispielsweise in Kalifornien. Zum anderen verkörpern die Gouverneure, welche bisher den Mut zu Öffnungen aufbrachten, zumeist ein und denselben Politiker-Typ.

Auffällige Vielfalt

Sie sind in aller Regel Mitglieder der Republikanischen Partei und vertreten unterschieden rechtskonservative Positionen, zu denen auch die Ablehnung von Abtreibungen gehört. Weit verbreitet ist zudem ein Ja zur Todesstrafe und zum privaten Waffenbesitz sowie ein Nein zur unkontrollierten Einwanderung. Dabei herrscht freilich eine auffällige Vielfalt vor, was persönliche Merkmale betrifft.

So sind drei der angeblichen Neandertaler eigentlich Neandertalerinnen, nämlich Kristi Noem aus South Dakota, Kay Ellen Ivey aus Alabama und Kimberly Reynolds aus Iowa. Darüber hinaus besitzt Kevin Stitt aus Oklahoma indianische Vorfahren, und der absolute Öffnungs-Vorreiter Gregory Abbott aus Texas sitzt im Rollstuhl und ist mit einer Enkelin mexikanischer Immigranten verheiratet.

Ansonsten wirken die Gescholtenen allesamt überaus aktiv und oft auch recht sportlich. Sie haben außerdem fast immer mehrere Kinder und waren vor dem Einstieg in die Politik erfolgreiche Geschäftsleute, Anwälte, Landwirte oder ähnliches. Manche der lockdown- und maskenkritischen Gouverneure dienten in ihrer Jugend längere Zeit beim Militär oder kämpften gar im Krieg wie Henry McMaster aus South Carolina, Ronald DeSantis



Vom Buhmann zum Vorbild: South Dakotas Gouverneur Henry McMaster (r.)

Foto: imago/ZUMA wire

VEREINIGTE STAATEN

Charakterköpfe im Sturm

Joe Biden beschimpfte sie als „Neandertaler“: Wer sind die US-Gouverneure, die trotz massiven Gegenwinds die Freiheit ihrer Bürger gegen die Forderung nach einem rigiden Lockdown verteidigt haben?

aus Florida, Eric Holcomb aus Indiana und Mike Parson, Stitt, Gordon und Gregory Gianforte aus Montana.

Gleichzeitig waren und sind die Vorreiter bei den Öffnungen vielfach sehr skeptisch, was die Verlautbarungen der immer gleichen Experten im Dienste der Regierung in Washington zum Thema Corona betrifft. In manchen Fällen haben sie diese sogar wegen ihrer offenkundigen Falschaussagen verklagt wie DeSantis, der gegen das US-Gesundheitsministerium und dessen Center for Disease Control and Prevention (CDC) juristisch vorging und zugleich den Rat unabhängiger Wissenschaftler, darunter des Nobelpreisträgers Michael Levitt, einholte.

„Niemals China sein“

Ansonsten gibt es auch kein ängstliches Schielen auf Schwankungen der Zustimmungswerte in der potentiellen Wählerschaft. Vielmehr dominiert das konsequente Vertreten der eigenen Überzeugung,

„Niemals China sein“

an auch wenn das nicht immer sofort von der Bevölkerung honoriert wird.

Das Weiteren – und das ist wohl der entscheidendste Punkt überhaupt – stehen die Gouverneure, denen Biden eine Neandertaler-Denkweise attestierte, auf dem Standpunkt, dass der Staat extrem vorsichtig sein müsse, wenn er bürgerliche Freiheiten beschneide. Tate Reeves aus Mississippi, der statt auch nur einen einzigen Lockdown zu verhängen, demonstrativ auf die „Kraft des Gebets“ vertraute, brachte dies mit folgenden Worten auf den Punkt: „Mississippi wird niemals China sein. Mississippi wird niemals Nordkorea sein.“

Zugleich betonen die „dissidenten“ Gouverneure immer wieder die Wichtigkeit der Eigenverantwortung jedes Einzelnen. So meinte Abbott: „Die Texaner selbst und nicht die Regierung sollten über ihre Gesundheitsvorsorge entscheiden, weshalb Masken ... nicht von staatlichen Stellen vorgeschrieben werden dürfen. Wir können Covid-19 bekämpfen und

gleichzeitig die Freiheit der Texaner verteidigen.“ Ähnlich argumentierte Brian Kemp aus Georgia: „Bevor Sie jemandem das Geschäft kaputt machen, ihm und seinen Angestellten die Lebensgrundlage entziehen ..., da lassen Sie ihn doch lieber selbst entscheiden, was er verantworten kann!“

Front der Lockdowner bröckelt

Die beiden einzigen Gouverneure, welche nicht dem hier geschilderten Typus entsprechen, aber trotzdem radikale Öffnungsschritte einleiteten, sind die Demokraten Laura Kelly aus Kansas und Anthony Evers aus Wisconsin. Wobei der Letztere freilich per Gerichtsbeschluss zu den Lockerungen gezwungen werden musste. Allerdings bröckelt nun die Front der noch auf Bidens Linie liegenden Gouverneure, denn auch in den demokratisch regierten Bundesstaaten Colorado, Louisiana, North Carolina, Maine und Delaware stehen die Zeichen jetzt auf Abschaffung sämtlicher Corona-Restriktionen.

ZERSTREUTE POLITIKER

Lachen mit Joe Biden und Annalena Baerbock

Trotz ihres gewaltigen Altersunterschieds haben beide eines gemeinsam: Bizarre Auftritte pflastern ihren Weg

Die Aufgaben, die Jen Psaki als Regierungssprecherin und Kate Bedingfield als Kommunikationschefin im Januar übernommen haben, dürften zu den schwierigsten gehören, die unter dem neuen US-Präsidenten im Weißen Haus überhaupt zu vergeben waren. Bereits in seinem Wahlkampf war Joe Biden immer wieder in sprachliche Patzer und bizarre Verwechslungen gestolpert, hatte Zeichen von Orientierungslosigkeit gezeigt.

Inzwischen Präsident, sorgt Biden weiterhin dafür, dass sein rein weibliches Kommunikationsteam regelmäßig Dinge richtigstellen oder relativieren muss. Im März trat Psaki beispielsweise vor die Medien, um Bidens Aussagen zu „Neander-

taler-Denken“ im Zusammenhang mit Corona-Lockerungen in Texas und Mississippi (siehe oben) nachträglich zu verteidigen. Biden habe die Gouverneure der beiden Staaten gemeint, nicht die Bürger, so der Versuch Psakis, die Wogen wieder zu glätten.

Ähnliche Herausforderungen könnten nach der Bundestagswahl auch auf Kommunikationsprofis in der deutschen Hauptstadt zukommen. Trotz der zuletzt gesunkener Umfragewerte machen sich die Grünen noch immer Hoffnungen, mit Annalena Baerbock die nächste Bundeskanzlerin zu stellen. Obwohl sie fast vierzig Jahre jünger ist als der US-Präsident, fällt auch die Grüne-Spitzenkandidatin

immer wieder durch skurrile Verwechslungen sowie falsch vorgetragenes Halbwissen auf. Weithin bekannt ist, wie Baerbock bei einem ARD-Sommerinterview im Jahr 2019 auf eine Frage zum Thema Elektromobilität, also einem ureigensten Thema der Grünen, antwortete: „So Fragen wie Rohstoffe, Kobold, wo kommt das eigentlich her?“ „Da gibt es jetzt die ersten Batterien, die auf Kobold verzichten können“, so die damals 38-Jährige.

Das Zeug für eine Weltkomödie

Fast vergessen ist hingegen ein Fernsehauftritt bei Maybrit Illner im Dezember 2018. Dort schrieb die Grüne jedem Ein-

wohner Deutschlands eine gigantische Kohlendioxid-Emission von neun Gigatonnen (Milliarden Tonnen) pro Kopf und Jahr zu. Der richtige Wert hätte neun Tonnen gelautet.

Vergangenen April verwechselte sie bei einer Rede auf den Familienunternehmer-Tagen Prozent und Euro: „Daher schlagen wir vor, für Spitzenverdiener ab 200.000 Euro für Paare den Steuersatz auf 45 Euro anzuheben“, so Baerbock, die von einem Manuskript ablas. Für Schlagzeilen sorgte sie mit einer Rede am 7. Mai im Bundestag. Darin sagte sie, es seien die Sozialdemokraten gewesen, die in den 1960er Jahren die soziale Marktwirtschaft auf den Weg gebracht hätten.

Baerbocks verbale Patzer sind bislang ein Thema, das allenfalls national wahrgenommen wird. Als Bundeskanzlerin oder Außenministerin würde die Politikerin aber auch zum Aushängeschild Deutschlands auf der internationalen Bühne. Dann könnten Baerbocks Fehlleistungen zu ernststen Irritationen und Verstimmungen führen, die sich durch Pressesprecher möglicherweise nicht mehr im Nachhinein einfangen lassen. Ein Gespräch einer unkonzentriert vor sich hin plappernden Baerbock mit dem zuweilen orientierungslosen US-Präsidenten könnte sogar das Potential für eine Situationskomödie entfalten, über die die ganze Welt lacht.

Norman Hanert



KÖNIGSBERG

Zehn Jahre „Tag des Fahrrads“

Das Radwegenetz im nördlichen Ostpreußen wird in den nächsten drei Jahren weiter ausgebaut

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In diesem Jahr feierte das Festival „Tag des Fahrrads“ sein zehntes Jubiläum in Königsberg. Die erste Fahrrad-Veranstaltung hatte im Mai 2010 stattgefunden, und 2018 gab es die erste große Fahrradparade. Mehrere tausend Teilnehmer waren am Start, um auf ihren zweirädrigen Fortbewegungsmitteln durch das Zentrum von Königsberg zu radeln.

Der „Tag des Fahrrads“ soll zeigen, dass das Rad ein wichtiger Teil des städtischen Lebens sei, und darüber hinaus auch ein umweltfreundliches Verkehrsmittel, das den Respekt der Stadtbewohner verdiene. Während der Jubiläumsfeier wurde eine Reihe von Radrennen für junge Radler im Alter von drei bis 13 Jahren durchgeführt. Nach der Ehrung der Staffelsieger gab es eine Verlosung von Preisen.

Höhepunkt der Feierlichkeiten war eine Fahrradparade vom Stadtzentrum zur Lomse und zurück. Die Teilnehmer trugen keine Masken, sondern versuchten, so weit wie möglich Abstand zu halten. Gouverneur Anton Alichanow, der gerne und oft mit dem Fahrrad unterwegs ist, schlug vor, jeden Sonntag von April bis Ende Oktober zu einem speziellen Fahrradtag in Königsberg zu machen. Er denkt daran, das Stadtzentrum 10 bis 15 Uhr nur noch für Radfahrer und öffentliche Verkehrsmittel freizugeben.

Autofreier Sonntag geplant

Aktuell gibt es in Königsberg etwa 100.000 Radfahrer, für die Fahrradwege entlang des Oberteichs bis zum Neubaugebiet Selma zur Verfügung stehen. Es wird jedoch erwartet, dass in naher Zukunft Dutzende zusätzlicher Kilometer an ausgestatteten Fahrradwegen in der Region entstehen werden. Bereits Anfang



Wird immer beliebter: Radfahren in der Pregelmetropole

Foto: J.T.

August 2015 hatte der damalige Gouverneur des Königsberger Gebiets, Nikolaj Zukanow, den Bau eines Radwegs angekündigt, der entlang der gesamten Küste bis zum litauischen Teil Ostpreußens verläuft.

Die regionalen Behörden hatten zwar versprochen, dass das Projekt bis zum Sommer 2018 noch rechtzeitig zum Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft umgesetzt werde, aber erst jetzt steht die erste Etappe des Radweges von der Kurischen Nehrung bis zur Siedlung Groß Kuhren [Primorje] vor der Fertigstellung. Die Anlage soll in diesem Sommer in Betrieb ge-

8,5

Millionen Euro wird

die Fertigstellung des grenzüberschreitenden Projekts eines Küstenradwegs bis zum Jahr 2024 noch vertilgen.

nommen werden, die Kosten für den Bau belaufen sich auf umgerechnet knapp vier

Millionen Euro. Die zweite Etappe des Fahrradweges soll etwa 70 Kilometer lang sein, die Gesamtkosten hierfür werden auf 8,5 Millionen Euro geschätzt. Die Fertigstellung des Projekts ist für 2024 geplant.

Der Bau eines Radweges entlang der Küste erfolgt im Rahmen des russisch-polnischen Programms für grenzüberschreitende Zusammenarbeit 2014 bis 2020 unter der Bezeichnung „CBCycle: Grenzüberschreitende Radwege zur Förderung und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes“. Dieses Programm wird paritätisch von Russland und der EU finanziert.

MELDUNGEN

Umgehung für Braunsberg

Braunsberg – Seit einigen Jahren bemühen sich die Stadtverwaltung und der Kreis Braunsberg um eine Umgehungsstraße für die Stadt, die sie für dringend nötig halten. „Ihr Bau würde den gewaltigen Verkehr vermindern, der sich durch die Stadt bewegt“, sagte Karol Motyka, der Braunsberger Landrat. Zurzeit werden Unterlagen zusammengestellt für die Beantragung eines Zuschusses zum Bau der Straße aus dem staatlichen Fonds für Woiwodschaftsstraßen. Marcin Kazimierzczuk, Mitglied des ermländisch-masurischen Landtages, appellierte an den Woiwodschaftsmarschall, die Braunsberger Umgehungsstraße zu bezuschussen. Die Zufinanzierung kann bis zu 80 Prozent betragen, jedoch nicht mehr als umgerechnet 22,3 Millionen Euro. Für die Gesamtzahl solcher Maßnahmen hat die Regierung insgesamt 44,6 Millionen Euro bereitgestellt. PAZ

Turmuhre wird überholt

Allenstein – Der Mechanismus der Allensteiner Rathausuhr musste außerplanmäßig repariert werden, da die Zeiger der Uhr auf dem Turm stundenlang stillstanden. Der Uhrenmeister Waldemar Porwal, der sich seit Jahren mit der Pflege der Rathausuhr befasst, sagte, dass die Zerlegung des gesamten Mechanismus und eine gründliche Reinigung erforderlich sei. Eine Untersuchung des verwendeten Öls für die Mechanik soll Aufschluss darüber geben, ob sich dieses verhärtet hatte, was zum Stehenbleiben der Uhr geführt haben könnte. Der Mechanismus der Allensteiner Rathausuhr ist etwa 100 Jahre alt. PAZ

ALLENSTEIN

100 neue Ladesäulen für Elektroautos

Die Stadt leistet ihren Beitrag zum CO₂-Ausstieg, indem sie E-Mobilität stärker fördert

In den Städten des südlichen Ostpreußen gibt es sowohl immer mehr Elektroautos als auch Ladestationen. In der Woiwodschaftshauptstadt werden derzeit

100 und in Elbing 60 Ladesäulen installiert. In Allenstein gibt es sie in jeder Wohnsiedlung. Entsprechend dem Gesetz über Elektromobilität und alternative Kraftstoffe wurden in Allenstein bereits fast 100 öffentliche Ladepunkte errichtet. Sie seien das Ergebnis der Umsetzung des „Plans für den Bau von öffentlich zugänglichen Ladestationen im Stadtbezirk Allenstein“, sagte Patryk Pulikowski vom Sprecherbüro des Rathauses. Der Bau der im Plan angegebenen Einrichtungen mit Ladegeräten werde vom „Betreiber des Elektrizitätsverteilungssystems“ abgewickelt, der im Falle von Allenstein das Unternehmen Energa Operator SA ist. Energa setzt dieses Projekt in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden um.

Die Zahl der registrierten Elektrofahrzeuge in Allenstein beträgt insgesamt 108, davon 81 Pkw, vier Lkw, 20 Mo-



Gehört mittlerweile zum Stadtbild: Ladesäule in Allenstein

Foto: D.K.

peds und drei Motorräder. Die genannte Zahl schließt Hybridfahrzeuge nicht ein. Das könnte sich bald ändern, zumindest theoretisch, denn Elektrofahrzeuge werden mit dem Erhalt von Privilegien gefördert.

Fahrer von E-Autos haben die Möglichkeit, Busspuren zu nutzen, was ihre Fortbewegung in der Stadt ungemein beschleunigt, da sie Staus vermeiden können. Außerdem dürfen sie kostenfrei parken, was erhebliche Einsparungen ermöglicht. Künftig sind die Besitzer von Elektrofahrzeugen auch von der Mautgebühr auf polnischen Autobahnen befreit und erhalten hohe Rabatte bei der Aufladung ihrer Autos. Die erste Ladesäule entstand 2014 und befindet sich im Wissenschafts- und Technologiepark Allenstein. Die anderen befinden sich in der Żeglarska-Straße, in den Einkaufszentren Aura und Ermländische Galerie und neben dem Decathlon-Geschäft.

Es ist zu betonen, dass Energa die Ladepunkte an 47 Standorten in der Stadt aufgestellt hat, unter anderem am Stadtstrand, aber auch an den Einkaufsmärk-

ten und in den Wohnsiedlungen mit Mehrfamilienhäusern.

Auch in Elbing gibt es bereits mehr als 50 neu eingerichtete Ladestationen an 27 Orten. Die Standorte wurden in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden ausgewählt, um einen einfachen Zugang zur Aufladung der Fahrzeugbatterien zu ermöglichen. Die Entwicklung der Infrastruktur zum Betreiben von Elektrofahrzeugen steht in der Region im Wesentlichen vor zwei Problemen, die der Bevollmächtigte des Stadtpräsidenten für Wirtschaft und Energieinfrastruktur, Dariusz Mikulak, so formulierte: „Die Entwicklung der Elektromobilität wird einerseits durch die geringe Verfügbarkeit von Fahrzeugen, andererseits durch fehlende Orte, an denen solche Fahrzeuge geladen werden können, behindert. Diese Einschränkungen gelten vor allem für Bewohner der Mehrfamilienhäuser.“ Aus diesem Grund soll die Umsetzung des Plans zum Bau von öffentlich zugänglichen Ladestationen ein Anreiz zum Kauf von Elektroautos und ein Beitrag zum CO₂-Ausstieg und Umweltschutz werden. Dawid Kazanski



ZUM 98. GEBURTSTAG

Genzen, Erna, geb. **Plietzka**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bertuleit, Martha, geb. **Priekuln**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 5. Juni
Scherf, Gertrud, geb. **Sawetzki**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 10. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borries, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 4. Juni
Bromm, Karl-Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. Juni
Gödeke, Edith, geb. **Arwinski**, aus Rastenburg, am 10. Juni
Krause, Amalie, geb. **Gawrisch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Rebmann, Edeltraut, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. Juni
Schiwiora, Erika, geb. **Lemke**, aus Zielhausen und Zielasen, Kreis Lyck, am 8. Juni

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Schmidt, Anna Elisabeth, geb. **Tresp**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni
Sengutta, Ingeborg, geb. **Neumann**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Vosgerau, Hildegard, geb. **Meya**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czabania, Lieselotte, geb. **Hansenpusch**, aus Lyck, Morgenstraße 34, am 10. Juni
Hallwaß, Martha, geb. **Rattay**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Ilbertz, Herta, geb. **Reichert**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. Juni
Jaritz, Elisabeth, geb. **Böhm**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Thiede, Erika, geb. **Hoffmann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brejora, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Juni
Gegner, Elsbeth, geb. **Bobel**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 8. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartöck, Günther, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juni
Bialojan, Felix, aus Lyck, Hindenburgstraße 29, am 4. Juni
Bott, Gerda, geb. **Sembitzki**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und aus Auglitten, Kreis Lyck, am 4. Juni
Findekle, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 23b, am 4. Juni
Fischer, Ursel, geb. **Körber**, aus Lyck, am 10. Juni
Ganser, Ruth, geb. **Kecker**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 6. Juni
Lapschies, Werner, aus Ebenrode, am 9. Juni
Olias, Herbert, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 4. Juni
Markert, Margarete, geb. **Kutzborski**, aus Neidenburg, am 7. Juni
Nath, Horst, aus Neidenburg, am 8. Juni
Reinoss, Siegfried, aus Gailau, Kreis Lyck, am 6. Juni
Ruck, Walter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Sbresny, Heinrich, aus Rotwalde/Goldensee, Kreis Lötzen, am 7. Juni

Sillack, Margot, geb. **Mikus**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Juni
Tauscher, Vera, geb. **Grawitter**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Tell, Dr. Irmhilt, geb. **Wagenführ**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 6. Juni
Wallat, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 6. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Adam, Walter, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Juni
Borawski, Gerhard, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 9. Juni
Borchert, Herbert, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
Dürr, Sofie, geb. **Merk**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Jucknat, Günther, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 8. Juni
Lorenzen, Ilse, geb. **Butzlaff**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Lottermoser, Ilse, geb. **Ogorrek**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 4. Juni
Näther, Brigitte, geb. **Naraschewski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Juni
Paul, Inge, geb. **Schlemminger**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 6. Juni
Rohde, Reinhold, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni
Schäfer, Hildegard, geb. **Spodeck**, aus Treuburg, am 6. Juni
Selack, Heinz, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 7. Juni
Thimm, Jürgen, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bilic, Lotte, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 8. Juni
Dunkel, Veronika, geb. **Beck**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. Juni
Fierke, Irmgard, geb. **Zeranski**, aus Hardrichhausen, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Handke, Ingrid, geb. **Gröbert**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Hansen, Jens, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode und aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 9. Juni
Harden, Edeltraut, geb. **Soppa**, aus Lyck, Sentker Chaussee 1, am 9. Juni
Herold, Rosemarie, aus Cojehenen, Kreis Fischhausen, am 10. Juni
Janz, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

Kolwe, Horst-Günter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 8. Juni
Krüger, Irma, geb. **Räse**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Lattko, Heinz, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 8. Juni
Liebetruth, Erika, geb. **Breitmay-er**, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juni
Preuss, Gerda, geb. **Gudzinski**, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrunen, am 5. Juni

Stresing, Inge, aus Allenstein, am 9. Juni
Szostak, Hartmut, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 5. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bobeth, Rosemarie, geb. **Wallner**, aus Fischhausen, am 9. Juni
Denda, Siegfried, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
Heine, Luise, geb. **Pletat**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Hübner, Fritz, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 6. Juni
Jung, Gertrud, geb. **Brodowski**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. Juni
Junker, Heinz, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Kunkel, Horst, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 9. Juni
Kutz, Eduard, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 9. Juni
Lack, Horst, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Lockowandt, Horst, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 10. Juni
Mazik, Anne-Marie, geb. **Skrotzki**, aus Rummou-Ost, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni
Neumann, Hildegard, geb. **Hoffmann**, aus Gorau, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Neumann, Wolfgang, aus Wehlau, am 4. Juni
Papenfuß, Evelyn, geb. **Türksch**, aus Walden, Kreis Lyck, am 8. Juni
Sieg, Eberhard, aus Treuburg, am 10. Juni
Strübing, Lieselotte, geb. **Hermann**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 8. Juni
Voss, Annemarie, geb. **Unvericht**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Wagner, Oskar, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Juni
Wollmann, Werner, aus Sarken, Kreis Lyck, am 4. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bender, Monika, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Blum, Heidrun, geb. **Korthals**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Damaschke, Siegbert, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 5. Juni
Ellwanger, Klaus, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Gresch, Waldemar, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 10. Juni
Haerchen, Edith, geb. **Wohlan**, aus Reichertsvalde, Kreis Mohrunen, am 9. Juni
Hippel, Hans-Christian von, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Koppetsch, Dieter, aus Obrotten, Kreis Fischhausen, am 10. Juni
Littek, Wilfried, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
Lohmann, Edith, geb. **Trawny**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni
Morbach, Helmut, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 6. Juni
Piotraschke, Elisabeth, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 5. Juni
Schult, Winfried, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 9. Juni
Schwarz, Gerhard, geb. **Kukuk**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Symanczyk, Edith, geb. **Reck**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 6. Juni
Wagner, Elli, geb. **Podien**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Walischewski, Erika, geb. **Zoch**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 5. Juni
Weiß, Siegmund, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 7. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Preyer, Doris, geb. **Katschun**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Juni

ANZEIGE



Schwiderowski, Helene, geb. **Renner**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Seigis, Edith, geb. **Dübus**, aus Diebahren, Kreis Treuburg, am 5. Juni
Walendy, Lisa, geb. **Honek**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 10. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartkowski, Paul, aus Neidenburg, am 10. Juni
Berg, Fritjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Feyerabend, Ilse, geb. **Schäfer**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 7. Juni
Hecht, Hans Dieter, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 6. Juni
Höfert, Gertrud, geb. **Mallwitz**, aus Gerhardshöfen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Hörl, Irmgard, geb. **Bahlo**, aus Lyck, Danziger Straße 3, am 5. Juni
Rieck, Heinz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 4. Juni
Rielke, Sigurd, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 6. Juni
Ruschenski, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni
Sakautzki, Herbert, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Scharfe, Hildegard, geb. **Czieslich**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 7. Juni
Scheffler, Karin, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Juni

ANZEIGE

Baseballmütze mit Elchschaufel

Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel

Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel, mit verstärkten Frontsegmenten, gestickten Lüftungslöchern, aus 100% Baumwolle, Einheitsgröße, mit großverstellbarem Klettverschluss am Hinterkopf für € 4,90 zzgl. Verpackung- und Versandpauschale von € 3,50/ Mütze. Bei größerer Bestellmenge erhöht sich der Preis für Versand und Verpackung auf € 6,00/Paket bis 1 kg.

4,90 € zzgl. Versand

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke
 selke@paz.de
 Tel: 040-414008-0

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

Abgesagt: Das Ostpreußische Sommerfest im südlichen Ostpreußen, 19. Juni, muss leider aufgrund der aktuellen Coronalaage abgesagt werden.

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Verschoben

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Ausflug nach Plassenburg

Altmühlfranken. Sonnabend, 12. Juni: Tagesausflug gemeinsam mit den Landsleuten der Kreisgruppe Ansbach mit Kleinbussen in das oberfränkische Kulmbach, wo die Hohenzollern-Residenz Plassenburg besucht wird.

Muttertag ohne Kontakt

Hof. Da sich die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen immer noch nicht zu ihren monatlichen Zusammenkünften im Restaurant „Altdeutsche Bierstube“ treffen kann und dadurch zum zweiten Mal die Muttertagsfeier entfiel, gab es wieder eine spezielle Muttertagspost von den Vorsitzenden Christian Joachim und Jutta Starosta. In einem umfangreichen Brief konnten sich die Mitglieder an Gedichten, Sinnsprüchen und der Prominenten des Monats erfreuen. Eine Geschichte, in der ein Apfelbaum und eine Mutter ihre Aufgaben und Fürsorge dem Nachwuchs gegenüber verglichen sowie Sprüche aus Kindermund sorgten für Schmunzeln bei den Lesern. Als kleines Präsent lag ein Guttschein für ein Paar Wiener bei. An-

lässlich des 150-jährigen Jubiläums des Hofer „Wärtschlamos“ kann sich so jedes Mitglied an der kulinarischen Köstlichkeit laben. J.S.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Auf den Punkt gebracht

Die Landesgruppe NRW informiert und bietet folgende sechs Broschüren im DIN A5-Format an:

- Prof. Dr. Hartmut Fröschle: Die Deutschen in Polen, 1918 bis 1939 (32 Seiten)
- Gerd Schulze-Rhonhof: Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanaschlüsse (36 Seiten)
- Dr. Stefan Scheil: Deutschland, Polen und England 1939 (32 Seiten)
- Peter Börner: Die Deutschen und ihr Nationalgefühl (28 Seiten)
- Landsmannschaft Ostpreußen: Legende und Wirklichkeit (20 Seiten)
- Prof. Dr. Wladimir Gilmanov: Zwischen Verzweiflung und Hoffnung (36 Seiten)

Die Spendenbitte beträgt zwei Euro pro Broschüre. Bei Abnahme von zehn Stück gilt der ermäßigte Preis 15 Euro. Bei Postversand werden zuzüglich Versandkosten erhoben.

Die Broschüren können bei Brigitte Gomolka über die Geschäftsstelle in Brilon bestellt werden.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Nachruf

Limbach-Oberfrohnna. Am 4. November 1934 wurde Elli Springwald in Stradaunen im Kreis Lyck als Elli Blaskowski geboren und ist nun am 13. Mai in Niederfrohnna verstorben.

Elli Springwald erlebte eine wunderbare Kindheit in ihrer Heimat in Ostpreußen. Ihr Vater war Stellmacher und die Mutter eine gelernte Köchin. Sie hatte eine Schwester, zwei Brüder und besuchte bis zu ihrer Flucht Ende 1944 die Schule in Stradaunen. Es folgte eine sehr schlimme Zeit. Die Familie kam nach vielen Hindernissen am 5. Dezember 1944 in Limbach-Oberfrohnna an, und ein Bauer holte Elli nach Niederfrohnna ab, wo sie bis zuletzt gewohnt hat.

Elli besuchte dort weiter die Schule in Sachsen mit Erfolg.

Als junges Mädchen lernte sie einen Ostpreußen kennen, welcher auch aus ihrer gemeinsamen Heimat kam. Sie heirateten und gründeten eine Familie und bekamen zwei Söhne.

Als wir uns nach der Wende zu unserer Heimat Ostpreußen bekennen durften und sich die ersten Heimatgruppen bilden konnten, waren Elli und Kurt Springwald mit dabei und halfen, die Kreisgruppe Limbach-Oberfrohnna zu gründen. Sie wollten alles tun, um Kultur und Brauchtum ihrer Heimat zu erhalten. Zu unseren Veranstaltungen brachte Elli viele schöne Gedichte und Geschichten zu Gehör. Ihr Mann spielte auf dem Schifferklavier die schönsten Heimatlieder. Zum Erntedankfest war sie immer bereit, ostpreußischen Streuselkuchen zu backen. Als wir Abschied nehmen mussten von Kurt Springwald, kämpfte Elli allein weiter, um die Heimat nicht zu vergessen, welche sie mit ihrem Kurt sehr oft besucht hatte.

Nach einer kurzen schweren Krankheit verstarb plötzlich und unerwartet am 13. Mai unsere Elli Springwald.

Wir werden sie in sehr guter Erinnerung behalten und das Vermächtnis zu Ostpreußen in ihrem Sinne weiterführen. Ein letzter lieber Dank begleitete sie auf ihren letzten Weg. *H. und H. Kedzierski*



Altenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAltenstein@t-online.de

AGDM

Ein besonderes Geschenk erhielt die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) zu ihrem 30-jährigen Bestehen: ein neues Auto. Es soll den alten VW Transporter ersetzen, der mehr als 20 Jahre treue Dienste geleistet und über 350.000 Kilometer durchgehalten hat.

Der weiße Mercedes Vito ist gebraucht, aber in einem sehr guten Zustand. Das Fahrzeug wurde von der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. zur Verfügung gestellt und durch Vermittlung von Bernd Kahnert von der Preußischen Genossenschaft der Johanniter der AGDM zugewendet.

Die AGDM unterstützt seit vielen Jahren die Johanniter bei ihrer humanitären Tätigkeit im südlichen Ostpreußen. Die Kosten für die Überführung, den Zoll und die Zulassung wurden von der Landsmannschaft Ostpreußen, der Stadtgemeinschaft Allenstein und der Kreisgemeinschaft Allenstein übernommen. *G.H.*



Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Tätigkeitsbericht

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, MdB, hat den Tätigkeitsbericht für sein drittes Amtsjahr vorgestellt.

Beauftragter Fabritius: „Es ist mein Wunsch, mit meinem Bericht nicht nur über die vielfältige Aussiedler- und Minderheitenarbeit des Beauftragten zu informieren, sondern auch Begeisterung für den unschätzbaren Reichtum zu wecken, der in der sprachlichen, geschichtlichen und kulturellen Identität der von mir als Vertreter der Bundesregierung betreuten Personenkreise liegt.“

Der 64 Seiten starke Bericht ist über die Internetseite www.aussiedlerbeauftragter.de einzusehen. Natürlich fehlt auch hier das Dauerthema Corona nicht.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Zusendungen für die Ausgabe 24/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 24/2021 (Erstverkaufstag 18. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 8. Juni,**

an die Redaktion der PAZ:

E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg



Elli Springwald

Foto: H.K.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Absage

Schwarzenbek. Die Ausfahrt am 10. Juni in das Kloster Dobbartin wird coronabedingt nicht stattfinden.



Von Domherr Schmeier gesegnet: neues Auto der St. Josefs Kirche

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

HEIMAT- UND FAMILIENFORSCHER

Virtuelle Treffen ermöglichen Teilnahme

Coronabedingt griffen die Tilsiter auf digitale Hilfsmittel zurück – mit Erfolg

Zum Beginn des verlängerten Wochenendes organisierte der stellvertretende Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Andreas Borm, am Mittwochabend, den 12. Mai, das „Virtuelle Treffen der Tilsiter Heimat- und Familienforscher“, an dem sich 20 Teilnehmer gemischten Alters zwischen 26 und 70 Jahren eingefunden haben. Erfreulicherweise, denn es waren fast doppelt so viele wie beim letzten und ersten Mal.

Fluchtsommer 1944

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde referierte Borm über das Memelland im Fluchtsommer 1944. Grundlage seines Vortrages waren Analysen von Augenzeugenberichten von Soldaten, Bauern, Frauen und Kindern im Hinblick auf die Frage, inwiefern die hier gemachten Erfahrungen prägend auf die Biographien der Zeitzeugen und ihrer Nachkommen waren.

Im zweiten Beitrag gab ein Werkstattbericht Einblick in die Arbeit der AG Digitales im Bund Junges Ostpreußen. Sie beschäftigt sich in erster Linie mit der Entwicklung einer plattformübergreifenden Kartenanwendung („Ostpreußen-App“). Am Beispiel der Stadt Tilsit wurde auf beeindruckende Art und Weise der aktuelle Entwicklungsstand und künftige Perspektiven aufgezeigt. Derzeit ist es möglich, mit Hilfe des Programms historische Landkarten transparent auf aktuelle Stadtpläne und Satellitenbilder zu legen. Der aktuelle Standort kann dargestellt werden. Der Nutzer bewegt sich gewissermaßen auf der



Gut gelaunt und hinterher schlauer als vorher: Menschen jeden Alters konferieren übers Internet zur Tilsiter Heimat- und Familienforschung
Foto: Andreas Borm

historischen Karte. Veränderungen im Stadt- und Straßenbild können erforscht oder die Existenz historischer Gebäude überprüft werden. Straßen- und Ortsnamen sollen nach Möglichkeit zweisprachig deutsch-russisch, deutsch-polnisch beziehungsweise deutsch-litauisch angezeigt werden. Die Einbindung von Bildmaterial ist technisch möglich, Punkte können auf

der Karte gesetzt werden. Die Applikation soll Familienforscher, Reisende und Freunde Ostpreußens dazu einladen, das Land der dunklen Wälder in seiner Gegenwart und Vergangenheit zu erkunden und kennenzulernen. Wer Interesse hat in der Arbeitsgemeinschaft mitzuwirken kann sich sehr gerne an den Bund Junges Ostpreußen wenden.

Im dritten Beitrag berichtete der junge Landwirtschaftsingenieur Erik Meyer über das Engagement deutscher und westeuropäischer Landwirte im nördlichen Ostpreußen. Schon in den 1930er Jahren gab es eine Entwicklung, dass westdeutsche Agrarier in Ostpreußen investiert haben. In gewisser Hinsicht wiederhole sich dies nun, nur im europä-

ischen Rahmen. Lokale Politiker begrüßten das Engagement, da durch die Investitionen in brachliegende Areale und renovierungsbedürftige Bauernhöfe Arbeitsplätze geschaffen werden würden.

Valentina Manthey, Vorstandsmitglied der Stadtgemeinschaft Tilsit, rundete die Veranstaltung mit einem Beitrag zu aktuellen Entwicklungen im nördlichen Ostpreußen ab.

Zeit zum Klönen blieb auch

Zum ersten Mal gestalteten junge Freunde Ostpreußens und Mitglieder der Stadtgemeinschaft Tilsit zusammen eine Veranstaltung. Das „Virtuelle Treffen der Tilsiter Heimat- und Familienforscher“ ist ein generationsübergreifendes Format, das nicht nur ortsunabhängig von jedermann wahrgenommen werden kann, sondern auch zeitlich gut in den Alltag integrierbar ist. In den ersten 30 Minuten konnten sich die Teilnehmer privat unterhalten und Kontakte knüpfen. Die Veranstaltung als solche dauert nur eineinhalb Stunden. Die Beiträge sind kurzweilig und laden zur Diskussion ein.

Mitte Juni findet sich die Gruppe wieder zusammen, um über das 3. Virtuelle Treffen zu beraten, welches in diesem Juli stattfinden wird. Wenn jemand Interesse hat mitzumachen, ein eigenes Projekt verfolgt, das er vorstellen möchte oder eine Idee für einen eigenen kleinen Beitrag zum Thema Reisen und Familie hat, ist herzlich dazu eingeladen. Eine formlose E-Mail an schule.borm@gmail.com genügt.
A. B.

JUBILAR

Beamter im Dienste Ostpreußens

Zum 90. Geburtstag des Ministerialdirektors Hartmut Gassner

Am 2. Juni vollendet der Insterburger Hartmut Gassner in Bornheim bei Bonn sein 90. Lebensjahr. Der Jubilar studierte nach Flucht, Vertreibung und DDR-Haft in Berlin Rechtswissenschaften und engagierte sich im BOST, dem Bund Ostpreußischer Studenten, dessen Bundesvorsitz er 1957 für drei Jahre übernahm. Nach Abschluss seiner Studien 1961 trat Gassner in Berlin ins Bundesvertriebenministerium ein, das 1962 nach Bonn verlegt wurde.

Laufbahn im Staatsdienst

Hartmut Gassner führte seine Karriere bereits 1966 für drei Jahre zu Staatssekretär Gerd Lemmer (1925–2016), dessen persönlicher Referent er war. 1969 übernahm er die Leitung des Büros von Vertriebenminister Heinrich Windelen (1921–2015). Später war er Beamter im Bundesministerium des Innern, wo er unter Minister Friedrich Zimmermann (1925–2012) 1984 Unterabteilungsleiter und 1987 Abteilungsleiter VK (Vertriebene und Kultur) wurde. Unter Minister Wolfgang Schäuble wurde er 1991 zum Ministerialdirektor befördert. Seit 1996 befindet sich Hartmut Gassner im Ruhestand.

Neben seinen umfangreichen beruflichen Tätigkeiten hat sich Hartmut Gassner lebenslang in die landsmannschaftliche Arbeit integriert, hat zahlreiche Vorträge gehalten, verantwortungsvolle Ämter, unter anderem im Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, übernommen und wichtige Anstöße für die kulturellen Fundamente der landsmannschaftlichen Arbeit gegeben. So hat er wesentlichen Anteil an der Gründung des

Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen bei Weissenburg und am Aufbau des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. In Königsberg war Gassner 1993 an der Gründung des von der Stiftung Königsberg initiierten Deutsch-Russischen Hauses beteiligt.

Am 9. Dezember 1992 war Ministerialdirektor Hartmut Gassner als Vertreter des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble Gast bei der Eröffnung des Museums Stadt Königsberg. Als Gastgeschenk überreichte er eine wertvolle Königsberger Silberkanne als Dauerleihgabe des Bundes, die sich jetzt in Lüneburg befindet.

Gassner sagte in Duisburg: „Dieses Haus wird von der reichen Geschichte

der alten preußischen Hauptstadt am Pregel künden, einer Stadt, die es heute so nicht mehr gibt, die aber dennoch unzerstörbar ist. Seine heutigen Bewohner fragen nicht nach der Geschichte Kaliningrads, sondern nach der Geschichte Königsbergs. Dieses Haus kann mithelfen, darauf eine Antwort zu geben.“

Bleibende Verdienste

Nicht nur die Königsberger sind Hartmut Gassner dankbar für seinen lebenslangen Einsatz im Sinne Ostpreußens und seiner Hauptstadt Königsberg.

Mögen dem Jubilar noch einige Jahre Kraft und Gesundheit vergönnt sein, sich seiner zahlreichen Erfolge zu erfreuen.

Klaus Weigelt



Hartmut Gassner (links) beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2000 in Leipzig. In der Mitte der damalige Sprecher Wilhelm v. Gottberg, rechts Minister Erwin Huber

TRAKEHNER VERBAND

Treue und Großzügigkeit

Eine überraschende Erbschaft für Trakehner

Waldtraut Hiort, geb. Baroness von Ungern-Sternberg zu Pürkel, wurde einige Jahre zuvor durch den Besuch des Trakehner Hengstmarkt bewogen, ihr Testament zugunsten des Trakehner Pferdes zu ändern. Sie vermachte dem Trakehner Verband die Hälfte des Erlöses aus dem Verkauf ihrer Wohnung in Kiel. Handschriftlich hatte Waldtraut Hiort im Jahr 2014 ihr Testament geändert und verfügt, dass nach ihrem Tod ihre Wohnung in guter Lage nahe der Universität in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt über ihre Erben zu veräußern sei, und der Erlös zu gleichen Teilen dem Trakehner Verband und der Stiftung Königsberg zukommen sollte. Eine Geschichte von Treue und Großzügigkeit, die ihren Anfang in Ostpreußen nahm.

In Königsberg geboren

Am 30. Januar 1928 kam Waldtraut Helene Bertha Anna von Ungern-Sternberg zu Pürkel in Königsberg zur Welt. Die dem baltischen Uradel zugeordnete Familie ist urkundlich um 1251 erstmals erwähnt und konnte die adeligen Privilegien durch die Jahrhunderte durch die Erhebung in den Reichsgrafenstand sowie unter schwedischer und russischer Herrschaft bis ins 19. Jahrhundert ausbauen. Aus der Kindheit und Jugend der jungen Baroness rührt die lebenslange Begeisterung für die Trakehner. Reitunterricht und Ausritte auf Gütern von Bekannten blieben ihr für immer als wunderbare Erinnerungen. Ihr Lebensweg war wie für ihre ganze Generation von Heimatverlust und Flucht, von Neuanfängen, Lebenswillen und Tatkraft geprägt. Gedanken an die Kindheit blie-



Hoch zu Ross: die 15-jährige Baroness

ben dabei für immer mit Trakehner Pferden verknüpft.

Die junge Baroness lebte nach ihrer Flucht aus Ostpreußen zunächst in Kiel, zog dann nach Stockholm, wo sie 1953 heiratete. Bis Mitte der 1990er Jahre lebte sie mit ihrem Mann in Stockholm, war viel auf Reisen und hatte wenig Kontakt zur Reiterei. Nach ihrer Rückkehr nach Kiel vor gut zwanzig Jahren besuchte Waldtraut Hiort oft und gern die Veranstaltungen des Trakehner Verbandes, allen voran den Trakehner Hengstmarkt. Ihre Verwandtschaft ließ sie in Erzählungen an ihrer Begeisterung teilhaben und entschloss sich, ihr Testament zugunsten der Trakehner zu ändern. Im Sommer 2019 starb Waldtraut Hiort in Reinbek/Holstein im gesegneten Alter von 92 Jahren.

In der Geschäftsstelle des Trakehner Verbandes und auch bei zahlreichen Züchtern bleibt ein Gefühl der Dankbarkeit für diese großzügige Geste, bleibt Demut angesichts dieser Treue zum Trakehner Pferd, die ihr Leben begleitete, ohne dass Waldtraut Hiort je Züchterin oder Besitzerin war oder im Rampenlicht des Verbandes gestanden hatte.

Julia Hansen, Pferd + Sport

OSTHILFE

Subventionen und Missbrauch

Ein Konglomerat an Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien und Erlassen führte ab 1931 zum großen Skandal

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich Ostpreußen in einer überaus komplizierten Situation. Infolge des russischen Einmarsches im Jahre 1914 war es zu erheblichen Sachschäden in Höhe von 1,5 Milliarden Mark gekommen, für die das Reich nur Ausgleichszahlungen in Höhe von 625 Millionen Mark zu gewähren vermochte. Zudem sorgte der Frieden von Versailles für reichlich Ungemach: Die preußische Provinz wurde verkleinert und durch den neu geschaffenen Polnischen Korridor vom Rest des Reiches abgetrennt. Daraus resultierten sowohl Versorgungsschwierigkeiten als auch eine sinkende Konkurrenzfähigkeit der ostpreußischen Landwirtschaft, weil die Exklaven-Lage zur Verdoppelung der bisherigen Transportkosten führte. Außerdem hatte die Abwanderung der Landbevölkerung in die Industriegebiete im Westen des Reiches schon seit Ende des 19. Jahrhunderts zu Arbeitskräftemangel geführt. Und dann waren da noch die wachsenden Zinslasten, welche die Agrarbetriebe zu stemmen hatten, während zugleich die Preise für typische ostpreußische Produkte wie Roggen und Kartoffeln fielen.

Einsatz für staatliche Förderung

Daher wurden schon zum Anfang der 1920er Jahre Rufe nach einer Nothilfe laut. So setzte sich der ostpreußische Oberpräsident Ernst Siehr ab 1922 für staatliche Förderprogramme ein. Infolgedessen beschlossen die preußische Staatsregierung und auch die Regierung der Weimarer Republik 1926, den Gutsbetrieben in Ostpreußen und anderswo im Osten die Um- und Entschuldung durch eine Allgemeine Grenzhilfe zu erleichtern. Dazu kam ab 1928 die Ostpreußenhilfe, welche Kreditleichtungen, Frachtkosten-erstattungen und die Senkung von Grundsteuern beinhaltete. Dem vorausgegangen



Die „Kornkammer“ Ostpreußen litt unter sinkenden Preisen bei erhöhtem finanziellen und zeitlichen Aufwand: Feldarbeit auf dem Land von Carl Stolte in Heiligenbeil um 1930
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

war ein Versprechen des Reichskanzlers Wilhelm Marx vom September 1927, dass „die völlige Ausnahmestellung der ostpreußischen Grenzgebiete in einer entschiedenen Bevorzugung bei der Zumesung der Reichshilfe zum Ausdruck kommen muss“. Es folgte am 18. Mai 1929 die Verabschiedung des Ostpreußengesetzes. Das ebnete den Weg für weitere staatliche Zuschüsse zugunsten der Landwirtschaft in der vom Reich abgeschnürten Provinz. Allerdings erforderte die Weltwirtschaftskrise dann bald noch weitere Maßnahmen. Daraufhin entstand bis 1933 ein Wirrwarr von 61 Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien sowie 60 amtlichen Erlas-

sen, darunter das Osthilfegesetz vom 31. März 1931 zur Entschuldung von Agrarbetrieben im gesamten ostelbischen Raum.

Pressevorwürfe wurden laut

Diese Maßnahmen erzielten durchaus Wirkung. Gleichzeitig lud das größte Subventionsprogramm der Weimarer Republik aber auch zum Missbrauch ein. „Das Ganze ist eine Mischung von Korruption, Hintertreppe und Günstlingswirtschaft“, schrieb der Publizist Harry Graf Kessler damals in sein Tagebuch. Daraus entwickelte sich schließlich der Osthilfeskandal, welcher Deutschland in der

Zeit vor Hitlers Machtantritt in Atem hielt.

Im Juni 1931 wurden erste Vorwürfe in der Presse laut, die sich bald auch gegen den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg richteten: Dieser sei bei der Zuteilung öffentlicher Mittel ebenfalls auf juristisch und moralisch anrüchige Weise begünstigt worden. Am 27. November 1932 startete dann Hindenburgs einstiger Stellvertreter in der Obersten Heeresleitung, Erich Ludendorff, in seinem Blatt „Volkswarte“ eine Kampagne, in deren Rahmen er auf Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung des hindenburgischen Familienstammgutes Neudeck

verwies und dem Reichspräsidenten Beeinflussbarkeit durch „bestimmte Kreise“ vorwarf. Der ließ daraufhin ganz knapp verkünden, dass „die Verdächtigungen gegenstandslos seien und man bewusst auf offizielle Dementis verzichte“.

Luxusautos und Rennpferde

Doch damit war der Skandal beileibe nicht ausgestanden – weder für Hindenburg noch für die Großagrarien im Osten des Reiches. Am 13. Januar 1933 nahm der Reichstag einen Antrag der Deutschen Zentrumspartei an, wonach dem Parlament umgehend mitzuteilen sei, „welche Geldbeträge dem Großgrundbesitz einerseits und den mittleren und kleineren Betrieben andererseits aus der Osthilfe zugeflossen sind“.

Sechs Tage später enthüllte der Zentrumsabgeordnete Joseph Ersing im Haushaltsausschuss Einzelheiten über die Vergeudung öffentlicher Mittel im Zusammenhang mit der Osthilfe, wobei er laut einer Mitschrift seiner Rede forderte: „Wenn die vom Reich gegebenen Gelder nicht zur Abdeckung von Schulden, sondern zum Ankauf von Luxusautos und Rennpferden und zu Reisen an die Riviera verwendet würden, dann müsse das Reich die Rückzahlung der Gelder verlangen.“ Anschließend legte Ersing den Finger noch tiefer in die Wunde: „Die Großgrundbesitzerkreise seien bemüht, eine weitere parlamentarische Verhandlung unmöglich zu machen. Deshalb werde hinter den Kulissen die stärkste Aktivität für eine sofortige Auflösung des Reichstages entfaltet.“

Dazu kam es zwar nicht, jedoch wurde der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Osthilfe im Nachgang zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch Hindenburg am 3. Mai 1933 aufgelöst, wobei sich in seinem Abschlussbericht plötzlich keinerlei Hinweise auf Unregelmäßigkeiten mehr fanden.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Mit der Walze über das Selbstbestimmungsrecht

Nicht nur in Walzen gibt es heftige und kriminelle Aktionen gegen die Deutsche Minderheit

Die Gemeinde Walzen [Walce] in der Woiwodschaft Oppeln kennt man in Oberschlesien. Aus dieser Gemeinde, genauer aus dem Ortsteil Brożec [Brożec], stammt Erzbischof Alfons Nossol, der vor 30 Jahren die Versöhnungsmesse mit Bundeskanzler Kohl und Premier Mazowiecki im Niederschlesischen Kreisau [Krzyżowa] führte. Walzen ist Gründungsort der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft, die mittlerweile ihren Sitz in Oppeln hat, und Austragungsort des jährlichen Wettbewerbs deutscher Chöre. Seit dem 6. Mai ist Walzen wieder in aller Munde, doch der Grund ist kein rühmlicher.

In der Nacht auf den 6. Mai wurde das Gebäude der Walzener Freiwilligen Feuerwehr mit vulgären Schmierereien verunstaltet, die sich gegen die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen (SKGD) richteten. Außerdem wurden Pappkartondeckel mit antideutschen Parolen an Türen des Gemeindeamts mit dem polnischen Wortlaut angebracht: „Der III. Schlesische Aufstand 02.05.1921 – 02.05.2021. Der Walzener Bürgermeister erinnerte daran nicht. Die SKGD will nicht daran erinnern“, ist auf einem der Kartons zu lesen. Des Weiteren richtet sich der Verfasser an den Gemeindevorsteher aus

der Deutschen Minderheit Marek Śmiech direkt mit der Frage, ob er denn seine Herkunft nicht kenne, und will damit suggerieren, dass jener eine falsche Herkunft für sich in Anspruch nehme. An die Mitarbeiterin der Gemeinde und Betreuerin des Jugendrates der Deutschen Minderheit, Izabela Waloszek, richtet der Autor die Worte: „Kinder lieben weder Deutschland noch deutsche Mütter.“ Auf dem Feuerwehrgebäude wurde in roten Lettern geschmiert: „SKGD, fick dich“.

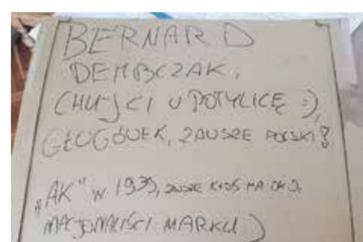
Rafał Bartek, Vorsitzender der SKGD, führt den Sachverhalt auf eine allgemeine Stimmung in der regionalen Politik zu-



Bernard Dembczak Foto: C.W. Wagner

rück. Gegenüber dem Internetportal Nasze Miasto (was übersetzt „Unsere Stadt“ heißt) sagte er: „In letzter Zeit gab es heftige, unberechtigte Kritik an der Deutschen Minderheit. Der oder die Täter in Walzen haben sich vielleicht durch diese Aussagen inspirieren lassen. Ich finde es aber gut, dass Bürgermeister Marek Śmiech den Vorfall gleich gemeldet hat, denn das ist der richtige Schritt. Ich habe auch ein Schreiben an den Woiwoden verfasst, ihn auf diese Sache aufmerksam gemacht und gebeten, sich im Sinne des Minderheitengesetzes der Sache anzunehmen.“ Er sehe den oder die Täter durch Politikeraussagen inspiriert, die seiner Meinung nach den Deutschen das Recht zur eigenen Meinung im Kontext der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der polnischen Aufstände in Oberschlesien aberkennen.

Der Walzener Gemeindevorsteher Śmiech zeigte sich wegen der Sachbeschädigung gegenüber der Zeitung der Deutschen in Polen „Wochenblatt.pl“ genervt: „Die Feuerwehrleute kümmern sich um das Gebäude, sie investieren viel darin, weil sie es als ihr zweites Zuhause ansehen. Und in der Nacht kommt dann jemand und zerstört die Außenfassade mit



Schmähung Foto: C.W. Wagner

einem vulgären Spruch. Das macht mich wütend.“ Einer der Walzener Feuerwehrleute kommentierte den Vorfall im Netz so: „Wenn der Täter oder diejenigen, die wie der Täter denken, einmal Hilfe brauchen, kommen wir Walzener Feuerwehrleute ihnen mit unserem deutschen Mercedes zu Hilfe.“

Den vulgären Satz haben die Walzener Feuerwehrleute noch nicht entfernt, dafür einen Spendenaufruf gestartet. Jetzt sammeln sie für eine spezielle Deckfarbe, die erst nach Fronleichnam über die Schmierereien gestrichen werden soll. Vielleicht, um den Einwohnern, die bei der katholischen Fronleichnamprozession an der Feuerwache vorbeiziehen werden, einen Denkanstoß zu geben.

Auf ähnliche Weise wie der Walzener Gemeindevorsteher wurde auch der Oberglogauer Gemeinderat Bernard Dembczak, der zugleich Chef des Schlesischen Bauernverbandes der Deutschen Minderheit ist, verbal angegriffen. Das Städtchen Oberglogau [Głogówek] liegt 15 Kilometer von Walzen entfernt, die Handschrift des Täters und die Intention scheinen die gleiche wie in Walzen zu sein. „Verpiss dich, Oberglogau bleibt immer polnisch!“, heißt es neben einer auch dort vulgären Schmähung. Laut „Wochenblatt.pl“ sei dies eine Anspielung auf die Aprilsitzung des Oberglogauer Stadtrates. Die Ratsherren hatten mehrheitlich den Beschlussvorschlag des Bürgermeisters abgewiesen, eine Gedenktafel für polnische Patrioten in Oberglogau aufzustellen. Auch Dembczak stimmte damals dagegen. Laut Stanisław Bar, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Oppeln, drohe dem oder den Tätern eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Aber faktisch kenne man das Ergebnis in Oberschlesien. Eine solche Strafe ließe sich öffentlich kaum verteidigen und werde es auch bei einer Täterermittlung mit großer Sicherheit nicht geben.

Chris W. Wagner

THEODOR FONTANE

Kinderzeit in Swinemünde

Immer wieder flossen Personen, Orte und Erlebnisse der Swinemünder Zeit in die Werke des Dichters ein

VON ERWIN ROSENTHAL

Mit seinem mehrbändigen Werk „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ hat Theodor Fontane dem Land Brandenburg ein literarisches Denkmal gesetzt und damit dessen Identität geprägt wie kaum ein anderer Autor. Auch mit seinen Bestsellern „Frau Jenny Treibel“, „Der Stechlin“ und dem bereits dreimal verfilmten Roman „Effi Briest“ schrieb Fontane Literaturgeschichte. Weithin bekannt sein dürften auch heute noch sein Gedicht „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“ sowie die Balladen „John Maynard“, „Die Brück' am Tay“ und „Das Trauerspiel von Afghanistan“.

Wundervolle Landschaft

Mitnichten ist jedoch Fontane ein Schriftsteller Brandenburgs. Vielmehr gilt sein Werk als literarischer Spiegel Preußens. Und auch in Pommern kannte er sich aus. Es überrascht nicht, dass der Dichter bei der Beschreibung des in der Märkischen Schweiz gelegenen kleinen Tornowsee den Vergleich mit dem Jordansee auf der Insel Wollin sucht: „Das Wasser ist schwarz, dunkle Baumgruppen schließen es ein, breite Teichrosenblätter bilden einen Uferkranz und die Oberfläche bleibt spiegelglatt, auch wenn der Wind durch die Bäume zieht“, schreibt er über den See in Brandenburg. Und er fügt hinzu, dass der Jordansee auf der Insel Wollin der vielleicht schönste derartige See im nördlichen Deutschland ist.

In seinem Buch „Meine Kinderjahre“ beschreibt Fontane sehr anschaulich seine Kindheit in Swinemünde, wo sein Vater, Louis Henri Fontane, die Adler-Apotheke gekauft hatte. Es heißt dort: „Swinemünde war, als wir Sommer 1827 dort einzogen, ein unschönes Nest, aber zugleich ein Ort von besonderem Reiz. Wählte man als Beobachtungsposten den Kirchenplatz, zu dessen einschließenden Häusern auch unsere Apotheke gehörte, so ließ sich, ob schon hier die Hauptstraße vorüberführte, wenig Gutes sagen, gab man aber die Innenstadt auf und begab sich an den

Strom, wie die Swine genannt wurde, so verkehrte sich die bis dahin ungünstige Meinung in ihr Gegenteil.“ Zunächst besuchte Fontane die Swinemünder Schule – es gab nur die eine – an der Ecke Färberstraße/Schulstraße. Als seine Mutter, die einige Monate später anreiste, ihren Sohn gemeinsam mit den „Holzpantoffel-Jungen“ aus der Schule kommen sah, meldete sie ihn unverzüglich ab. Den Unterricht übernahmen nun zunächst die Eltern. Sie konnten nicht ahnen, dass ab 1924 das Swinemünder Oberlyzeum den Namen Fontane-Schule tragen würde. Und die Schülerinnen dieses Lyzeums hätten sich kaum vorstellen können, dass ihr Schulgebäude zwei Jahrzehnte später die erste polnische Schule im nunmehr polnisch verwalteten und besiedelten Westpommern beherbergen sollte.

Das war damals noch möglich

Sehr ausführlich berichtet Fontane über das große Swinemünder Stadtereignis, das sich im April 1827 abspielte: Um seine Spielschulden zu begleichen, hatte der Leichterschiffer und Kleinhändler Mohr gemeinsam mit seiner Ehefrau die Witwe Wergin (bei Fontane Lassahn) und deren Nichte ermordet und beraubt. Nach ihrer Festnahme warteten die Delinquenten im Rathaukeller in Ketten auf ihre Hinrichtung. Als das Ehepaar ein Jahr später unter dem Gefolge der Bürgerschaft zur Exekution in die Nähe von Ahlbeck geführt wurde, marschierte Vater Fontane als großer stattlicher Mann und 1813er an der Spitze der Bürgerschaft. Als Ratsherr war ihm das Kommando über die Hinrichtung übertragen worden. Seinen Kopf zierte ein mit einer Feder geschmückter Hut, an seiner Seite prangte – wie seinerzeit bei Offizieren üblich – ein großer Krummsäbel. Seine Aufgabe war es, das Schafott mit seinen Leuten kreisförmig zu umstellen. Jeder Swinemünder kannte später die recht lange Moritat vom Mörder Mohr. Ihr Anfang: „Sechzehn Verse will ich dichten von zwei großen Bösewichten, eine Frau mit ihrem Mann, die einen großen Mord begann.“

Das Haus am Rathausplatz, in dem der Mord geschehen war, erfüllte den neun-

jährigen Fontane stets mit einer gewissen Scheu. Auch jene ferne Stätte, an der Mohr und seine Frau hingerichtet und eingescharrt worden waren, ließ ihn erschauern. Später wich das Grab dem Swinemünder Sportplatz. Es gilt als sicher, dass Mohrs Schicksal in „Effi Briest“ in Form der Geschichte vom Grab des Chinesen Eingang gefunden hat. Innstetten hatte diese Spukgeschichte bewusst als „Erziehungsmittel“ für Effi eingesetzt.

Erinnerungen weckten bei Fontane auch das Gesellschaftshaus und der Olthoffsche Gasthof. Das Gesellschaftshaus befand sich am unteren Bollwerk hinter der Wasserstraße und war das Zentrum des gesellschaftlichen Lebens für die Ba-

rathausplatz gelegen – noch heute, allerdings fehlt der polygonale Eckturm. Es handelt sich bei dem Hotel um den mehrfach umgebauten früheren Olthoffschen Gasthof, den Fontane Ressourcensaal genannt hatte. In dem Gasthof hatte er als 14jähriger Junge „angethan mit einem blauen Bastard von Frack und Jacke“ gezantzt.

Persönlichkeiten beeindruckten

Von den Honoratioren der Stadt beeindruckte Fontane insbesondere der Geheime Kommerzienrat Friedrich Wilhelm Krause, Senator und von Friedrich II. eingesetzter Kommissär. Man nannte ihn wegen seines Reichtums auch den König von

Gadebusch. Hingegen trägt der Sekundant des Majors Crampas, Buddenbrook, einen ortsfremden Namen. Ganz offensichtlich hat Thomas Mann, der Fontane sehr schätzte und „Effi Briest“ auf eine Stufe mit den Romanen „Anna Karenina“, „Väter und Söhne“ und „David Copperfield“ stellte, diesen Namen für seinen großen Gesellschaftsroman übernommen.

Auch Effi Briest spielte in Pommern

Als Wohnung Innstettens hatte Fontane das Haus des Swinemünder Landrates Flemming ausgewählt, Major Crampas wohnte gegenüber im Haus des Bürgermeisters. Die Ausritte Effis mit dem Major führten auch an den Gothensee und den Schloensee (bei Heringsdorf bzw. Bansin). Vineta – der Sage nach vor Koserow versunken – kommt im Buch ebenso vor wie Saßnitz und der Herthasee mit seinen Opfersteinen. Der Ortskundige errät auch sehr schnell den Ort des Duells: Der Weg dorthin führte Innstetten durch die Plantage (den Kurpark) vorbei an seiner alten Wohnung, der Mole und dem Herrenbad und schließlich zu einer Senke zwischen den ersten beiden Dünenreihen westlich der Kessine (Swine). Weiter heißt es: „Innstetten und Wüllersdorf gingen die Sandschlucht hinauf, Buddenbrook kam ihnen entgegen. Man begrüßte sich, worauf beide Sekundanten beiseite traten, um noch ein kurzes sachliches Gespräch zu führen. Es lief darauf hinaus, dass man à tempo avancieren und auf zehn Schritt Distanz feuern solle. Dann kehrte Buddenbrook an seinen Platz zurück; alles erledigte sich rasch; und die Schüsse fielen. Crampas stürzte“. Innstetten war nun kein Hahnrei mehr, sondern wieder ein Mann von Ehre.

Ein weiterer Literaturnobelpreisträger hat bei Fontane eine Anleihe aufgenommen: Günter Grass. Er wählt als Titel für seinen 1995 erschienen Roman eine Variation jener Redewendung, mit der Fontane seinen Roman abschließt: „Ein weites Feld“. Fontane lässt Effis Vater sagen: „Ach Luise, laß ... das ist ein zu weites Feld.“



Am Bollwerk Swinemünde: im Vordergrund das Hotel Drei Kronen. Das Gebäude gibt es noch, jedoch in veränderter Form

Foto: Archiv Rosenthal

degäste, denn das Kurviertel gab es zu dieser Zeit noch nicht. Was aber Vater Fontane anzog, war weniger das Gesellschaftshaus, sondern ein naher kleiner Pavillon, in dem ein ausgedienter Major in einem tadellos sitzenden blauen Frack „eine kleine Bank auflegte“. Fontane berichtet, dass vielleicht keiner hier öfter zu Stelle war als sein Vater.

Im Unterschied zum Gesellschaftshaus existiert das Hotel Drei Kronen – am

Swinemünde. Fontane, der mit dem Sohn Krauses befreundet war, bestaunte die große Bibliothek sowie das physikalische Kabinett und das chemische Laboratorium des bildungshungrigen Senators.

In dem in Kessin (Swinemünde) spielenden Teil von „Effi Briest“ findet der Leser zahlreiche Namen von Swinemünder Honoratioren, so etwa Thomson, Utpatel, Fleming, Grützmacher, Hanne- mann, Kirstein, Hoppensack, Fraude und

VORPOMMERN

Ranzin – Kirche des Jahres 2021



Die Dorfkirche zu Ranzin, zwischen Greifswald und Anklam gelegen.

Die Stiftung zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in Deutschland (KiBa) wählt sowohl „Kirchen des Monats“ als auch „Kirchen des Jahres“. Die Stiftung hat sich die Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in Deutschland verschrieben. Durch die jährlichen Wettbewerbe werden nicht nur die Sanierungsprojekte unterstützt, die Kirchen erlangen dazu eine überregionale Bekanntheit.

Fast 14.000 Menschen haben mitgemacht und für ihre Lieblingskirche abgestimmt. Mit 3960 Stimmen hat sich die Dorf-

kirche im vorpommerschen Ranzin klar durchgesetzt – vor der zweitplatzierten Stiftskirche St. Cyriakus in Frose (Sachsen-Anhalt, 2187 Stimmen). Den dritten Rang belegte (mit 1432 Stimmen) die Kirche im sächsischen Klitten.

Der einschiffige, rechteckige Bau aus Feldstein mit geradem Chorschluss wurde im 13. Jh. als wehrhafte Dorfkirche erbaut. Der Turmaufsatz mit achtseitigem, kupferbeschlagenem Spitzhelm wurde 1861 aus Backstein nach Plänen von Eduard Knoblauch aus Berlin auf einem spätgotischen Feldstein-Unterbau errichtet. Chor und Kirchraum sind weiß verputzt und haben ein Kreuzrippengewölbe. In Wandnischen sind Malereien vom Anfang des 14. Jh. zu sehen. Diese wurden 1966/67 freigelegt. Sie zeigen die Erschaffung Evas, den Sündenfall und die Vertreibung aus dem Paradies. Zur Ausstattung gehört eine Brüstungsorgel. Mehrere Grabplatten mit dem Wappen der Familie Horn von 1315, 1357 und 1407 gehören zu den ältesten in Vorpommern. Beim Ort liegt ein bronzezeitliches Hügelgrab.

Die Dorfkirche Ranzin war auch die „KiBa-Kirche des Monats Juni 2020“ und gehört zur Evangelisch-Lutherischen Nordkirche. Das Gebäude durchläuft der-

zeit eine umfangreiche Baumaßnahme. Nachdem Dach und Innenraum des Kirchenschiffs saniert worden sind, steht die Renovierung des Turms an, die rund 500.000 Euro kostet. Die Stiftung KiBa förderte die Instandsetzung der Ranziner Kirche im Jahr 2020 mit 10.000 Euro. Etwa 30.000 Euro fehlen aktuell noch an der Gesamtfinanzierung. „Bei der Turmsanierung geht es vor allem um die statische Sicherung, wir freuen uns aber, dass mit den Arbeiten auch eine optische Aufwertung verbunden ist“, erläuterte Ulf Harder die anstehende Baumaßnahme.

„Natürlich sind alle Kirchen in Deutschland besondere und bemerkenswerte Gebäude“, sagt Catharina Hasenclever, die Geschäftsführerin der Stiftung. „Aber wir freuen uns sehr, dass wir mit unserem Wettbewerb in jedem Jahr die Aufmerksamkeit auf ein von uns unterstütztes Gotteshaus lenken können, für das sich so offensichtlich viele Menschen begeistern.“

Daueraufgabe: Erhalt der Kirchen

Am Mittwoch, dem 19. Mai, überreichte Hartmut Dobbe, Mitglied des Vergabeausschusses der Stiftung KiBa, die Urkunde „Kirche des Jahres“ an den Pastor der Kirchengemeinde, Dr. Ulf Harder. „Damit ha-

ben wir nicht gerechnet“, sagte dieser hocheifrig. Sein besonders aktiver Einsatz wurde belohnt. Er hatte unter anderem per Messenger-Dienst und auf dem Internetportal www.kirche-mv.de mit großem Engagement die Werbetrommel für die Ranziner Kirche gerührt. Als er vom Gewinn der Wahl erfuhr, hat er umgehend zwei Banner anfertigen lassen, mit denen er auf den Titel „Kirche des Jahres“ aufmerksam machen will. „Ranzin – Wir sind Nummer 1“ ist in großen Lettern auf den Bannern zu lesen. Eines der Banner wird demnächst am Baugerüst weithin sichtbar sein.

Wichtig: „Offene Kirchen“

Die Urkundenübergabe nahm auch Tilman Jeremias, Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern, zum Anlass, um erstmals Ranzin zu besuchen. „Ich freue mich sehr für die Kirchengemeinde und bin erstaunt, wie viele Stimmen mobilisiert werden konnten. Der Titelgewinn ist eine wunderbare Möglichkeit, um zu zeigen, wie schön unsere Kirchen und wie engagiert die Menschen vor Ort sind“, so der Bischof. Die Sanierung einer Kirche sei stets eine riesige Kraftanstrengung und eine Aufgabe, die eine Kirchengemeinde

allein nicht bewältigen könne. Sein Dank gelte daher allen Menschen, die sich für diese Vorhaben einsetzen sowie den vielen Geldgebenden, den Spenderinnen und Spendern. Der Erhalt der Kirchen bleibe eine Daueraufgabe, hob der Bischof hervor. Kirchen seien in vielerlei Hinsicht bedeutende Anziehungspunkte. Er sei daher dankbar für jede „Offene Kirche“ und ermutige Kirchengemeinden, ihre Kirchen offen zu halten. BS

● Info <https://www.kirche-mv.de>
<https://www.stiftung-kiba.de>

Maikäfer flieg, ein Frühlingsbote



Erwin Rosenthal konnte den selten gewordenen Käfer im Bild festhalten

„Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Guter Artikel! Es kann gar nicht genug auf das Elend der armen Kinder hingewiesen werden. Es schreit zum Himmel“

Chris Benthe, Dresden

zum Thema: Eine Generation wird im Stich gelassen (Nr. 20)



Ausgabe Nr. 19

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

LUFTHOHEIT ÜBER KINDER
ZU: EIN ÜBERFLÜSSIGES PROJEKT (NR. 19) UND: EIN KEIL ZWISCHEN ELTERN UND KINDERN (NR. 19)

Ob der SPD-Möchtegernkanzler Olaf Scholz gedient hat, weiß ich nicht, aber aus der militärischen Terminologie scheint ihm doch der Begriff Lufthoheit geläufig zu sein.

Lufthoheit bedeutet jedoch, das Gefechtsfeld durch seine Luftwaffe so unter Kontrolle zu halten, dass sich nur noch die eigenen Truppen bewegen können, der Gegner aber sich tatenlos in die Deckung vergraben muss.

Auf das Gefechtsfeld der Gesellschaftspolitik übertragen, kann „Lufthoheit über den Kinderbetten“ also nur bedeuten, erzieherische und prägende Einflüsse auf Kinder durch Eltern und Familie, Sitte und Brauchtum, Tradition, Religion niederzuhalten oder auszuschalten, sodass Kinder und Jugendliche allein der Beeinflussung, der Formung und Lenkung, der Indoktrination durch die jeweils herrschenden politischen Kräfte ausgesetzt sind. Mit anderen Worten: sich der Kinder bemächtigen, um die eigene Macht zu festigen. Solche Bestrebungen sind freilich keineswegs neu, soll doch schon einer unserer Altvorden gelehrt haben: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“

Frage: Wie lange wird es dauern, bis der Änderung des Artikels 6 Grundgesetz ein Kinderrecht durchsetzungsgesetz folgt? *Edelbert Brey, Sulzbach-Rosenberg*

EIN GUTER RAT AN DIE GRÜNEN
ZU: BAERBOCKS KOMPETENZEN (NR. 19)

Die grüne Richtung stimmt. Ein „weiter so wie bisher“ in Sachen Umweltpolitik darf es schon wegen der Verantwortung für die Folgegenerationen nicht geben. Deutschland hätte mit einer Kanzlerin Baerbock (Spitzname Trampolin-Anna) eine echte Chance auf einen Neuanfang, wenn die Fundamentalisten dieser Partei nicht alles im Ansatz zerstören. Das be-

trifft vor allem die Gesellschaftspolitik. Hier ist der Bedarf an einer multikulturellen Gesellschaft bei vielen schon lange gedeckt. Integration statt weiterer Zuwanderung muss der Vorrang erteilt werden. Darauf sollten auch die Grünen Rücksicht nehmen, wenn sie ihren Traum vom Berliner Kanzleramt nicht schon vorzeitig *ad acta* legen wollen.

Claus Reis, Schwabach in Franken

DER PAKT MIT BISMARCK
ZU: KEINE BLAUPAUSE FÜR DAS VERSAILLER DIKTAT (NR. 18)

Als frankophoner Schweizer nicht für die guten Seiten Preußens einzustehen wäre gelogen. Frankreich brauchte etwas, um die Pariser Kommune zu brechen. Etwas, das sie absorbierte.

Die Angst dieser Kommunarden vor den Preußen schürend, machte die französische Exilregierung gemeinsame Sache mit Bismarck, zumeist unter den Liberalen. Denen ging es bloß darum, die Totalitären auszuradiieren. Bismarck aber verlangte mehr für diesen Pakt mit dem Teufel. Er wünschte dafür alles; schwang sich selbst zum Totalitären.

Und gerade das machte den Europäern Angst, hatten sie ihn doch schon zur Genüge erlebt, in Form von religiöser Intoleranz. Den Deutsch-Nationalen fehlte einfach das Feingefühl für die gemeinsame Sache: Denn sie hatten ja noch ihren „Gott“, den Kaiser. *R. Kocher, Kyritz*

UNBEUGSAMER RICHTER
ZU: GERHARD STRATE: „EIN SKANDALTRÄCHTIGES VORGEHEN“ (NR. 18)

Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren stellt sich in unserer Republik – vielleicht Corona-bedingt – unser Werte- und Rechtssystem immer mehr selbst in Frage. Wer käme auf die Idee, dass es einem bundesdeutschen Richter in den Sinn käme, das Recht, nachdem er täglich Recht sprechen soll, zu beugen?

Der Richter Christian Dettmer ist nun Beschuldigter (wegen seines Urteils, dass eine Weimarer Schule ihre Schüler nicht zur Masken-, Abstands- und Testpflicht sowie zum Homeschooling zwingen darf, d. Red.) und hat alle Rechte, die ihm als solchem zustehen. Er hat etwas sehr Kluges getan, indem er sich einen der profiliertesten Anwälte dieser Republik genommen hat, nämlich den sehr nüchtern abwägenden Hamburger Rechtsanwalt Gerhard Strate.

Strate erkennt in dem bisher abgelaufenen Vorfall ein skandalträchtiges Vorgehen, und damit dürfte er auch Recht behalten, denn die Begründung des von Richter Dettmer gefällten Urteils ist so außergewöhnlich penibel und ausgewogen, dass inzwischen auch Obergerichte in dieser Republik seiner im Urteil vertretenen Ansicht gefolgt sind.

Trotz allem ist beschämend, wie ein Richter, der durch unser Grundgesetz in seiner richterlichen Unabhängigkeit besonders geschützt ist, Opfer in dieser für ihn herabsetzenden Form werden kann. Es lässt sich im Prinzip nur mit der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft erklären, die in dieser, wie Strate erkennt, skandalträchtigen Form einen unbescholtenen Juristen demontiert.

Wir haben in Deutschland ein Willensstrafrecht, das heißt, es muss in einem Strafverfahren die Frage geklärt werden, was der Täter zum Zeitpunkt der Straftat gewollt hat. Man kann sich beim besten Willen nicht vorstellen, dass Richter Dettmer, als er seine Urteilschrift verfasst hat, von dem Willen beseelt war, eine Straftat begehen zu wollen. Wenn er in seinem Urteil festgestellt hat, dass im Frühjahr 2020 weder in Thüringen noch anderswo in Deutschland ein „allgemeiner Gesundheitsnotstand“ geherrscht hat und auch keine Gefahr bestand, dass unser Gesundheitssystem zusammenbrechen würde, noch dass die Zahl der Todesfälle in „vollkommen andere Dimensionen“ steigen würde, ist das eine Feststellung, die auch jedermann ohne juristische Ausbildung zum Zeitpunkt dieser Urteilsabfassung möglich war.

Es war ihm also gar nicht möglich, die ihm hier vorgeworfene Straftat zu begehen, und er war als Richter logischerweise auch für diese Entscheidung sachlich und örtlich zuständig, weil die für eine Verwaltungsrichterliche Entscheidung bestehende Zuständigkeit bestenfalls dann gegeben gewesen wäre, wenn dieser behauptete Notstand bestanden hätte. Ein Staatsanwalt mit Abstand zur Sache hätte somit alle vorliegenden Strafanzeigen wegen fehlender strafrechtlicher Voraussetzungen vom Tisch wischen müssen.

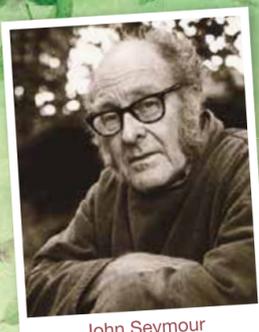
Für den Beobachter bleibt nur zu hoffen, dass Rechtsanwalt Strate dieses Verfahren möglichst zügig zu einem für seinen Mandanten erträglichen Ende führt und es ihm gelingt, die Initiatoren dieser skandalträchtigen Inszenierung gegen den Richter Dettmer zu entanonymisieren. *Rudolf Neumann, Torsas/Schweden*

EINE GRÜNE ZUKUNFT
ZU: WENN JOURNALISMUS AUFHÖRT UND PR BEGINNT (NR. 17)

Von Anbeginn ihrer Kanzlerschaft gelang es Angela Merkel, die Union in Richtung Rot-Grün weichzuzichnen und alle politischen Widersacher (Merz, Guttenberg ...) wegzubeißen. Selbst ihre Forderung, die Wahl in Thüringen rückgängig zu machen, wurde hingenommen. Das Wahlergebnis der Bürger – nichts als Makulatur. Um den unentschlossenen Wählern die Entscheidung zu erleichtern, überboten sich die durch Rundfunkgebühren bezahlten Sender darin, die Galtionsfigur der Grünen, Annalena Baerbock, in den strahlendsten Farben darzustellen.

Der letzte deutsche Kaiser versprach dem Volk vor dem Ersten Weltkrieg: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen.“ Das Gleiche haben wir von den Grünen zu erwarten. Mitten im Wahlkampfgetöse meldet sich ein großartiger Kandidat, der für die CDU/CSU in den Bundestag gewählt werden möchte: Hans-Georg Maaßen wäre der beste Kanzlerkandidat für die Zukunft der CDU/CSU. *Bärbel Ballhorn, Aschersleben*

ANZEIGE



John Seymour

Der beliebte Dauerseller des Pioniers der Selbstversorgung nur bei uns als preiswerte Sonderausgabe!

Sonderausgabe
 nur 9.99 €*
 statt 22.- €

Mehr Lebensqualität durch selbst gefertigte Gebrauchsgegenstände

■ Wie alte Handwerkstechniken unser Leben in einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft bereichern können, das zeigt dieses Buch. John Seymour erläutert, wie man Dinge des täglichen Bedarfs aus Naturmaterialien selbst herstellen kann.

- Wie man zum Beispiel Gefäße töpft
- Stoffe webt
- Leder gerbt
- Sättel polstert
- Mühlsteine schärft
- Papier schöpft
- Fäden spinn
- Wolle verarbeitet
- Holzkohle brennt
- Holzreifen herstellt
- Leitern baut
- Stoffe färbt
- Kerzen zieht
- Seifen siedet und vieles andere mehr.
- Eisen gießt
- Werkzeug herstellt
- einen Besen bindet
- Holzkohle brennt
- Spankörbe flicht
- Mauern aus Stein und Lehm aufbaut
- Kalk brennt
- ein Dach deckt
- Schiefer gewinnt
- Hecken anlegt
- Torf sticht
- Netze knüpft

Kurzum: wie man Gegenstände manuell herstellt, Naturstoffe verarbeitet und handwerkliches Geschick einsetzt.

John Seymour: Vergessene Künste • Paperback • 191 Seiten • durchgehend illustriert • Best.-Nr. 970 800



Sonderausgabe in anderer Ausstattung

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
 Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

BUNDESGARTENSCHAU

Irdischer Vorgeschmack aufs Paradies

In Erfurt ist die BUGA gestartet – Sie wird mit einer beachtlichen gartenhistorischen Ausstellung bereichert

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Erfurter Peterskirche ist das größte romanische Bauwerk Thüringens. Sie steht mitten auf dem Petersberg, der einer der beiden Schauplätze der Bundesgartenschau (BUGA) ist. Das im Giebel angebrachte Banner zeigt in monumentaler Vergrößerung die Reproduktion einer von Bertold Furtmayr im späten 15. Jahrhundert ausgeführten Buchmalerei. Dargestellt sind Adam und Eva, die zusammen mit der heiligen Jungfrau Maria im Garten Eden stehen. Sie werben für den Besuch der Ausstellung „Paradiesgärten - Gartenparadies“, die sich der Thüringer Gartenkunst vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert widmet. Gezeigt wird sie in der Peterskirche. Die Ausstellung ist der Beitrag der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten zur BUGA.

Die Kirche ist der letzte Rest des 1803 aufgehobenen Benediktinerklosters St. Peter und Paul. Das 1060 vom Mainzer Erzbischof Siegfried I. gegründete Kloster fand sich rund 600 Jahre später inmitten einer Festung wieder, die Fürstbischof Johann Philipp von Schönborn erbauen ließ.

Preußen zweckentfremdeten Kirche

Während der Befreiungskriege gegen Napoleon nahmen die Preußen die von den Franzosen besetzte Festung 1813 unter Beschuss, mit dem sie die Klostergebäude zerstörten und die Kirche beschädigten. Die preußische Armee ließ die Klosterreste abtragen und funktionierte die Peterskirche durch den Einbau hölzerner Stützen und Zwischenböden zum Mehlmagazin um.

Seit 1994 wird die 1127 bis 1183 errichtete Peterskirche von der Thüringer Schlösserstiftung betreut. Mit Blick auf die BUGA überwiegt ihr die Thüringer Staatskanzlei fünf Millionen Euro für die Instandsetzung der Fassade und die Entfernung der hölzernen Einbauten im Bereich des Mittelschiffs.



Tropischer Einfluss: BUGA-geschmückter Vorplatz der Erfurter Peterskirche mit der Buchmalerei-Reproduktion an deren Giebel

Den so im Mittelschiff gewonnenen Platz nutzt die Sonderausstellung für überdimensionale Reproduktionen von Gemälden Lucas Cranachs (1472–1553) und Pieter Bruegels (um 1520–1569), die das Paradies darstellen. Im Ostteil der Kirche kann jeder Besucher dank Computeranimation für paradiesische Verhältnisse sorgen: Seine Schritte lassen Blumen sprießen, seine Armbewegungen Bäume erblühen.

In den Seitenschiffen stellt die Schlösserstiftung von ihr gehegte Parkanlagen sowie die untergegangenen Gärten des Klosters St. Peter und Paul vor. Es verfügte über Obst-, Gemüse- sowie Kräutergärten und war von Weinbergen umgeben. Den Garten im Kreuzgang nutzten die

Mönche zur inneren Einkehr und zum stillen Gebet. Ausstellungskuratorin Rita Hombach erklärt: „Im theologischen Denken des Mittelalters waren diese Nutz- und Wandelgärten verbunden durch die Vorstellung, einen irdischen Vorgeschmack auf das Paradies zu geben.“

Begehrtes Landschaftsgemälde

Vom klösterlichen Paradiesgarten führt der Rundgang weiter zu einem bürgerlichen und zehn fürstlichen Gartenparadiesen. Vor der großformatigen Wiedergabe einer historischen Darstellung des jeweiligen Gartens, die von einem szenischen Schattenriss umfassen wird, informieren Lagepläne und Hörstationen, historische Abbildungen und aktuelle Fotografien

über die Entstehungsgeschichte und Gestaltungsweise der Anlagen sowie das Wirken der Gartendenkmalpflege. Vorgelegt werden uns zum Beispiel der mit einem außergewöhnlich artenreichen Gehölzbestand aufwartende Fürstliche Park von Greiz und der Schlosspark Wilhelmsthal bei Eisenach, dem der berühmte Gartenkünstler Fürst Pückler den letzten Schliff gab.

Dank der von der Schlösserverwaltung veranlassten Wiederherstellungsmaßnahmen erhielt das über Schmalkalden gelegene Renaissanceschloss Wilhelmsburg seinen „Lust-, Kräuter-, Küch- und Baumgarten“ zurück. Der entstand ab 1602 als einer der ersten Terrassengärten Deutschlands. In dem im Herzoglichen Park Go-

tha ab 1747 geschaffenen barocken Orangeriegarten hat die Schlösserstiftung die Pflanzenkultivierung wiederbelebt. Die Sammlung umfasst inzwischen rund 1000 Zitrus- und Lorbeerbaumchen, Kamelien und Ananaspflanzen.

Ab 1769 entstand im Herzoglichen Park nach englischem Vorbild eine weitere Attraktion, nämlich einer der frühesten Landschaftsgärten auf dem europäischen Kontinent. In dieser idealisierten, als begehrtes Landschaftsgemälde komponierten Natur sind die in der vorangegangenen Gartenkunst verbindlichen Normen wie Symmetrie, schnurgerade Wege und zu stereometrischen Formen gestutzte Gehölze verpönt.

Im Vergleich zu den ausgedehnten fürstlichen Anlagen, die uns die Ausstellung etwa am Beispiel der Dornburger Schlösser oder des Schlossparks von Altenstein bei Bad Liebenstein vorstellt, ist der während der Goethezeit in der Altstadt von Weimar angelegte bürgerliche Garten des Kirms-Krackow-Hauses sehr klein. Er zeichnet sich durch von Buchs eingefasste Blumenbeete, Rosenstöcke, Beerenobststräucher sowie Obstbäume aus und bietet sich als eine durch Vorderhaus, Seitengebäude, Hinterhaus und Innenhof vom städtischen Treiben abgeschirmte Oase dar.

Während die Pandemie-Lage darüber bestimmt, ob die Erfurter Schau besucht werden kann, stehen die realen Gärten der Schlösserstiftung dem Publikum auf jeden Fall offen.

● Sobald die Corona-Bestimmungen es zulassen, ist die Ausstellung in der Erfurter Peterskirche analog zur BUGA bis zum 10. Oktober täglich von 9 bis 19 Uhr geöffnet. Der Kauf einer BUGA-Eintrittskarte ermöglicht den Ausstellungsbesuch. Die Tageskarte kostet 25 Euro. Aktuelle Informationen über die Ausstellung im Internet: www.thueringerschloesser.de/museum-paradiesgaerten. Informationen über die BUGA: www.buga2021.de

BUGA-AUSSENSTANDORT

„Der Fürst wütet in unserem Wald“

Als Fürst Pückler die Axt anlegen ließ – Zur Bundesgartenschau ist der Schlosspark Ettersburg denkmalgerecht wiederhergestellt

Das nördlich von Weimar gelegene Schloss Ettersburg kann sich rühmen, viel Prominenz empfangen zu haben. Wieland, Goethe, Hans Christian Andersen oder auch Friedrich Hebbel waren hier zu Besuch. Schiller vollendete auf dem Sommersitz der Herzoginmutter Anna Amalia sein Drama „Maria Stuart“.

Eine große Anziehungskraft besitzt auch bis heute der Schlosspark Ettersburg, der Teil des UNESCO-Welterbes „Klassisches Weimar“ und in diesem Sommer auch ein Außenstandort der Bundesgartenschau (BUGA) ist. Aus diesem Anlass hat die Klassik-Stiftung Weimar die Parkeingänge und Parterreflächen mit großem Aufwand denkmalgerecht instandgesetzt. Die Gestaltung und Bepflanzung orientiert sich als Neuinterpretation an der historischen Parterreanlage mit Pergola, den Laubengängen von 1865.

Besucher können den Schlosspark Ettersburg nun erstmals wieder so erleben, wie ihn Großherzog Carl Alexander, Gartenkünstler Eduard Petzold und Fürst Hermann von Pückler-Muskau im 19. Jahrhundert planten. Die Beetflächen der West- und Ostparterres sind mit Lavendel, Thymian und Bändern aus Hoch-

stammrosen bepflanzt. Dabei handelt es sich um historische Rosensorten, die in Ettersburg bereits im 19. Jahrhundert verwendet wurden. Restaurierte Putten sind an ihre Standorte in den Parterres zurückgekehrt und die historischen Keramikkanntensteine rekonstruiert. Ab Ende Juni ermöglicht eine neue Treppe auch den Zu-

gang vom nördlichen Parkeingang zum Schlossinnenhof.

„Ettersburg ist Ursprung und Kernbereich des BUGA-Beitrags der Klassik-Stiftung Weimar“, sagte Ulrike Lorenz, Präsidentin der Stiftung. „Ich freue mich, dass wir mit dem Land Thüringen und europäischen Fördergeldern die denkmalge-

rechte Wiederherstellung der Parterreflächen am barocken Schloss Ettersburg feiern können. Historische Rosensorten, Lavendel und Thymian in großzügigen Ornamenten gepflanzt – die Landschaftsgestaltung aus der Zeit um 1865 lockt jetzt wieder mit Farbenpracht, Symmetrie und Respekt vor Mutter Natur ins Freie. Nach Monaten Corona-Lockdown bieten wir den aus Nah und Fern herbeiströmenden Erlebnissüchtigen ein Fest für die Augen und Sinne.“

Erleben kann man auch, was Fürst Pückler hier „angerichtet“ hat. Er ließ nach englischem Vorbild im Gehölz eine etwa 800 Meter lange Sichtschneise treiben. Sie wurde nach ihm „Pücklerschlag“ genannt. Als die Weimarer davon hörten, was der Fürst oben auf ihrem Berg trieb, trieb es sie wiederum fast auf die Barrikaden. „Der Fürst wütet in unserem Wald!“, schimpften sie.

Seinerzeit erinnerte sich der Großherzoglich-Weimarer Hofgärtner Eduard Petzold: „Im Herbst 1845 war Fürst Pückler längere Zeit in Weimar und führte den großartigen Hau im Buchenwald, gegenüber dem Schloss Ettersburg, aus. Ich war so glücklich, täglich um ihn zu sein,

und seine Befehle vollziehen zu lassen. Eine gerade auf die Mitte des Schlosses zulaufende Schneise teilte den Wald in zwei Hälften, und um diese verschwinden zu machen, mußten 40 Morgen Buchenwald niedergehauen werden. Begreiflicherweise erregte der Aushau in Ettersburg, zur Verbesserung der Sicht vom Schloß, gewaltiges Aufsehen.“

Doch schließlich konnte die Schneise als landschaftsarchitektonische Sichtachse überzeugen. Sie erlitt aber einen Makel. Sie führte zu einem Jagdstern, einer Weggabelung mit einer langen Allee, die den Nationalsozialisten 1937 als Bezugslinie beim Bau des nur etwa zwei Kilometer Luftlinie vom Schloss liegenden Konzentrationslagers Buchenwald diente.

Die Kosten der aktuell umgesetzten Maßnahmen beliefen sich auf etwa anderthalb Millionen Euro. Im Ensemble mit dem „Pücklerschlag“ ist der romantische Landschaftsgarten nun wieder als einzigartiges Gartenkunstwerk zu erleben. H. Tews; Klassik-Stiftung

● **Schlosspark Ettersburg.**

Am Schloss 1, 99439 Ettersburg, ist ganzjährig frei zugänglich



Freie Sicht für den Schlossherren: Schloss und Park Ettersburg

● FÜR SIE GELESEN

Ein Weg aus der Schuld

Das althochdeutsche Wort Suona geht auf den Begriff „Sühne“ zurück, der sich ableitet von dem Wort für „Urteil“. Daran angelehnt wählten die Diplom-Psychologen Eckart Koellreuter und Kurt Guss für ihr Buch den Titel „Suona. Zwei Kriegskinder sprechen über Schuld und Versöhnung“. Professor Kurt Guss (geb. 1943) ist Präsident der Ostwestfalen-Akademie, Eckart Koellreuter (geb. 1945) war viele Jahre Leiter des Schulpsychologischen Beratungsdienstes der Stadt Hagen. Während ihrer Studienzeit in Münster waren die Autoren eng miteinander befreundet. Nach langen Jahren der Trennung erneuerten sie ihre Freundschaft und begannen einen von gegenseitiger Empathie getragenen E-Mail-Dialog, der sie zu den existenziellen Fragen ihres Lebens führte. Daraus entstand dieses sehr lesenswerte Buch.

Eckart belastet ein Identitätskonflikt. Er findet keine Ruhe bei dem Gedanken, dass sein Vater und sein Großvater als überzeugte Nationalsozialisten den Rassenwahn propagierten. Sein Großvater, der Jurist Otto Kollreuter, war einer der führenden Staatsrechtslehrer im Dritten Reich. Erst in letzten Kriegsjahren wurde seine Haltung gegenüber dem NS-Regime kritischer. Kurt plagt sich mit Vorwürfen im Zusammenhang mit dem Tod seiner Mutter. Beide Autoren haben ihre schwere Alkoholabhängigkeit überwunden, Beiden gemeinsam ist zudem die Erfahrung, den leiblichen Vater nicht gekannt zu haben. Ihre Väter starben als Soldaten im Weltkrieg.

Während Eckart väterliche Anerkennung durch seinen Stiefvater erfuhr, erhielt Kurt diese stärkende Zuwendung während seines Aufwachsens nicht. In ihren E-Mails blättern sie verschiedene Kapitel im Buch ihres Lebens auf, oftmals dort, wo sie hoffen, wenn schon nicht einen Sinn für das Geschehene, so doch hilfreiche Antworten zu finden. Sie verspüren eine starke Sehnsucht, das Gefühl der Befreiung von jahrzehntelang mitgeschleppten Gefühlslasten zu erfahren.

Eckart: „Ich wäre kein Psychologe, wenn ich mir darüber keine Gedanken machte, warum wir beide so zäh an unseren Schuldzuweisungen festhalten ... Ich bin kein Psychoanalytiker, aber ich habe immer stärker den Verdacht, dass wir sie brauchen, dass sie in unserem Seelenhaushalt irgendeine wichtige Rolle spielen, die wir herausfinden sollten.“ Kurt: „Unsere Väter und Großväter waren Menschen und sie waren Versuchungen des Geistes ausgesetzt, die wir nicht kennen, die wir uns nicht einmal vorstellen können.“

Viele der sehr persönlichen Äußerungen der Autoren sind wahrscheinlich bezeichnend für das familiäre Erbe zahlloser Kriegskinder. Für Kurt und Eckart erwies sich ihr schriftlicher Gedankenaustausch „ohne Schere im Kopf“ als ein Wegweiser, um die Maxime der Anonymen Alkoholiker bewusst an der Stelle umzusetzen, wo es schwerfällt: „Was hilft, ist nicht das Grübeln. Was hilft, ist nicht einmal das Verstehen. Was hilft, ist allein das Tun.“

Dagmar Jestrzemska



Eckart Koellreuter/Kurt Guss: „Suona. Zwei Kriegskinder sprechen über Schuld und Versöhnung“, Heureka! Verlag der Ostwestfalen-Akademie, Borgenteich 2019, gebunden, 208 Seiten, 30 Euro

BILDBAND DER WOCHE



FOTO: SHUTTERSTOCK

Sehnsucht nach Freiheit

Urlaub mit dem Wohnwagen oder Campingmobil zählt seit einigen Jahren zu den Favoriten der Deutschen, was sich nicht zuletzt in den gestiegenen Zulassungszahlen widerspiegelt. So einsam wie bei der Aufnahme von der spanischen Mittelmeerküste wird es in diesem Jahr wohl nicht werden

Endlich geht es wieder los! So werden viele Camper und solche, die es werden wollen, denken. Nach der langen Corona-Pause ist es in den meisten Urlaubsregionen wieder möglich anzureisen. Die Betreiber von Camping- und Stellplätzen warten ebenso sehnsüchtig auf die Saisonöffnung wie die Touristen.

Es lohnt sich immer, eine Tour vor dem Reisebeginn gründlich zu planen. So schützt eine umfangreiche Vorbereitung nicht nur vor unliebsamen Überraschungen im Urlaub, sondern sie bewahrt auch davor, an besuchenswerten Sehenswürdigkeiten aus Unkenntnis einfach vorbeizufahren. Denn: „Man sieht nur, was man weiß“. Mit diesem Slogan warb der Dumont-Verlag einst für seine Reiseführer

Für die aktuelle Reisesaison hat der MairDumont-Verlag in Zusammenarbeit mit PaulCamper-Experten mit den „Camper Guides“ eine neue Reihe herausgegeben, die Tourenbeschreibung und Reiseführer in einem sind. Inzwischen sind sechs Bände (Baden-Württemberg & Pfalz, Ostseeküste & Mecklenburgische Seenplatte, Portugal, Baltikum, Schottland und Spanien) erschienen, fünf weitere Titel sollen folgen.

Der Führer „Spanien. Mittelmeerküste, Katalonien & Andalusien“ informiert außer über die Region auch über Essen und Trinken sowie Einkaufstipps und Sportmöglichkeiten. Sechs Touren laden dazu ein, die Facetten des Landes kennenzulernen. Je nach Gusto führen sie zu

einsamen Naturschönheiten, Trubel in Städten oder an goldgelbe Strände. Zu jeder Tour gibt es Campingplatzbeschreibungen und Übernachtungstipps.

Wer die lange Anreise nach Spanien scheut, findet in dem Band „Baden-Württemberg & Pfalz“ ebenso wertvolle Tipps für sieben Abstecher ins sonnige Rheintal, in den Schwarzwald oder an den Boden-

see. Darüber hinaus veranschaulicht der Campingführer, das auch das Bodensee-Hinterland, Städte wie Freiburg, Tübingen oder Speyer haben für Besucher einiges zu bieten haben.

Die Reihe stellt eine sinnvolle Ergänzung zu den zahlreichen bereits erhältlichen Publikationen für Campingfreunde dar. MRK



Camper Guide: „Spanien. Mittelmeerküste, Katalonien & Andalusien“, Marco Polo, MairDumont Verlag, Ostfildern 2021, broschiert, 216 Seiten, 19,95 Euro



Camper Guide: „Baden-Württemberg & Pfalz“, Marco Polo, MairDumont Verlag, Ostfildern 2021, broschiert, 200 Seiten, 19,95 Euro

ANTISEMITISMUS

Organisation zur Vernichtung Israels

Weltweit 170 Ableger des „BDS“ wollen den jüdischen Staat zwingen, seine Palästina-Politik zu ändern

VON BODO BOST

Die linksgrüne Israel-Boycott-Bewegung BDS gibt vor, sich für die Menschenrechte der Palästinenser einzusetzen. Doch ihr eigentliches antisemitische Ziel ist die Vernichtung Israels. Darüber klärt ein neues lesenswertes Buch auf.

Das Kürzel BDS steht für „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Diese Bewegung umfasst ein loses Netzwerk von über 170 Organisationen weltweit, das nach eigener Aussage Israel mit Boykottaufrufen zu einer anderen Politik gegenüber den Palästinensern zwingen will. Da sie sich nicht gegen eine bestimmte israelische Regierung richtet, sondern gegen Israel als Ganzes, bedroht sie die Existenz Israels – wie der Iran, der das Existenzrecht leugnet.

Dämonisierung des Gesamtstaates

Die Autoren Alex Feuerherdt und Florian Markl weisen mit ihrem Buch „Die Israel-Boycottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand“ die Vernebelungstaktik des neuen linksextremen Antisemitismus im Detail nach und zeigen so, wie die Neue Linke altbekannte antisemitische Modelle aus unrühmlichen Zeiten wieder neu auf-

backt und dafür noch öffentliche Gelder erhält. Dies tut die BDS, indem sie Israel dämonisiert und an den Judenstaat völlig andere Maßstäbe ansetzt als an alle anderen Länder dieser Welt. „Damit erfüllt sie die Kriterien, die auch die ‚International Holocaust Remembrance Alliance‘, für israel-bezogenen Antisemitismus genannt hat“, so die Autoren. Zweifellos könne man über die Politik der israelischen Regierung streiten, schreiben die Autoren, eine Dämonisierung des gesamten Staates und moralische Maßstäbe, die an kein anderes Land angelegt würden, seien jedoch allen Definitionen zufolge antisemitisch und auch bei der BDS-Bewegung nachzuweisen. Um seine Ziele zu erreichen, gehe der BDS sogar Bündnisse mit Terrororganisationen wie Hamas oder dem Islamische Dschihad ein, deren Ziel explizit die Vernichtung Israels ist.

Öffentliche Finanzierung entzogen

Im Dezember 2020 bekam die Bewegung neue Aktualität: Unter dem Titel „Initiative Weltoffenheit“ protestierten Spitzenvertreter der deutschen Wissenschaft und Kultur gegen den Beschluss des Bundestages, BDS-Gruppen künftig die öffentliche Förderung zu entziehen. Spät, aber nicht zu spät hatte der Bundestag erkannt,

dass man nicht rhetorisch auf der einen Seite das Existenzrecht Israels zum Wesensmerkmal deutscher Politik machen kann und auf der anderen Gruppen unterstützen darf, die öffentlich dieses Existenzrecht beenden wollen. Die „zivilgesellschaftliche“ BDS-Bewegung wurde von der Arabischen Liga gegründet.

Arabische Liga gegen Juden

Ein großer Teil des Buches ist den historischen Ursprüngen dieser klar antisemitischen Bewegung gewidmet. Dabei wird deutlich, dass BDS nur die jüngste Episode in einer langen Geschichte arabischer Boykottkampagnen gegen Juden und den Staat Israel ist, die noch auf die Zeit vor der Staatsgründung Israels zurückgeht. Nachdem es militärisch nicht gelang, Israel in die Knie zu zwingen, versuchte man es wirtschaftlich.

In Syriens Hauptstadt Damaskus war lange das Zentrale Boykottbüro der Arabischen Liga, das versuchte, wie heute die BDS, internationale Unternehmen durch Erpressungsversuche daran zu hindern, in Israel zu investieren. Die Delegierten arabischer Staaten und des Iran haben bei der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im Jahr 2001 im südafrikanischen Durban die BDS gegründet, dem es heute gelingt,

immer weitere Kreise der linksgrünen deutschen Kultur vor seinen Karren zu spannen.

Linke lassen sich beeinflussen

Der Antisemitismus der BDS-Bewegung zeigt sich nicht nur in dem Versuch, die Existenz des jüdischen Staates zu beenden, sondern vor allem auch darin, Israel zum plumpen Sinnbild dessen zu stilisieren, was schlecht in der Welt ist. Dabei scheuen sich die BDS-Aktivistinnen nicht einmal davor zurück den Juden, wie im Mittelalter, die Schuld an allen Problemen der Welt zu geben. Feuerherdt und Markl gelingt es, den Antisemitismusvorwurf gegen die BDS-Bewegung fundiert und verständlich zu begründen. Auch wenn das Buch eine klare Position vertritt, trägt es somit zu einer Versachlichung der Debatte um die BDS-Bewegung bei.



Alex Feuerherdt, Florian Markl: „Die Israel-Boycottbewegung: Alter Hass in neuem Gewand“, Henrich & Henrich Verlag, Leipzig 2020, broschiert, 196 Seiten, 19,90 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



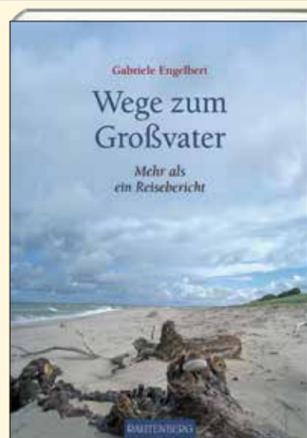
Bodo Steinberg
Der Weg
 Schicksalsjahre in Masurien
 Gebunden mit Schutzumschlag.
 320 Seiten
 Nr. P 533160 16,95 €

August 1944: Die Ereignisse des 2. Weltkriegs haben das abgelegene masurische Gut der Familie von Thumeck am Haschner See noch nicht erreicht. Polnische Erntehelfer, ein im See notgelandeter britischer Pilot, die Familie des Gutsbesitzers und die zum Gut gehörenden Angestellten feiern nach der eingebrachten Ernte ein letztes Mal zusammen. Olaf von Thumeck, der jüngste Sohn des Grafen, muss nach seinem Genesungsurlaub wieder an die Front. Während der Feier gibt er die überraschende Verlobung mit Nadja Jablonski, einer jungen polnischen Erntehelferin bekannt. Doch der Krieg holt die Familie schneller ein als erwartet. Olaf und Nadja müssen sich trennen, russische Verbände drängen über die Grenze, besetzen das Gut und Olafs Eltern werden Opfer russischer Soldaten.



Helma Herrmann-Schlicht
Eine Mutter und sieben Kinder
 Schicksalsjahre in Ostpreußen
 1945-1948 174 Seiten
 Nr. P 533129 Geb. 14,95 €

Ostpreußen 1945. Mit ihrer Mutter und sechs Geschwistern, erlebt Helma Schlicht, gerade 10 Jahre alt, den Einmarsch der Russischen Armee in Ostpreußen und die Besatzungszeit bis 1948. Der tägliche Kampf ums Überleben beginnt. Immer in der Angst vor russischen Übergriffen, besteht der Alltag im Beschaffen des Nötigsten. Durch den Einfallsreichtum der Mutter findet sich aber immer ein Weg, etwas zu essen, eine Unterkunft und ein paar Kleidungsstücke zu organisieren. Das Glück des Tages besteht darin, ein sättigungsähnliches Gefühl zu haben. 1948 muss die Familie ihre Heimat verlassen. Der erschütternde Erlebnisbericht aus der Sicht eines Kindes ist ein wertvolles Zeitdokument dieser entbehrungsreichen Zeit.



Gabriele Engelbert
Wege zum Großvater
 Mehr als ein Reisebericht

Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert aus Schlüchtern mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwistern bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten
 Nr. P 533201 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Arno Surminski
Irgendwo ist Prostken
 Roman eines masurischen Lokführers

Wilhelm Bubatz, 1888 im masurischen Prostken geboren, träumt seit früher Jugend davon, Lokomotivführer zu werden. Als junger Eisenbahner gehört er zur Armee des Kaisers und fährt von Tannenberg bis Verdun. Im nächsten Weltkrieg ist er wieder unterwegs, befördert Kohle und Menschen, auch in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Auschwitz. Die Fracht ist egal – er erfüllt seine Pflicht, schweigt und leidet ... Eindringlich schildert Arno Surminski die Schrecken der Weltkriege, Flucht und Vertreibung – lebendige Geschichte aus der Perspektive der einfachen Leute. Arno Surminski, 1934 in Jäglack/Ostpreußen geboren, wuchs als Flüchtlingskind im schleswig-holsteinischen Trittau auf. Er hat 19 Bücher veröffentlicht, darunter die Bestsellerromane „Jokehnen“, „Sommer vierundvierzig“ sowie den Erzählband „Die masurischen Könige“. 384 Seiten
 Nr. P A1538 Gebunden mit Schutzumschlag 24,00 €



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen
 Mit diesem stimmungsvollen Bildband führt Luise Wolfram Sie zu den schönsten Schauplätzen der ehemaligen Region Ostpreußens. Hochwertige Naturaufnahmen und begleitende Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und Ordensburgen. Viele farbige Abb. 32 Seiten
 Nr. P A1632 Gebunden 4,95 €



Adolph Freiherr von Knigge
Über den Umgang mit Menschen
 Der „Knigge“ ist auch heute noch ein hochinteressanter Meilenstein über die praktische Kunst des Umgangs mit Menschen. Erschienen 1788 – im gleichen Jahr wie Kants „Kritik der praktischen Vernunft“ – befasst sich Knigge mit der Durchsetzung von Moral und gibt überzeugende und vor allem praktikable Antworten auf die Fragen menschlichen Zusammenlebens. „Die Kunst des Umgangs mit Menschen besteht darin, sich bemerken, geltend und geachtet zu machen, ohne beneidet zu werden.“ (Adolph Freiherr von Knigge). 368 Seiten
 Nr. P A1366 Gebunden 8,00 €



Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm.
 48 Seiten
 Nr. P 9965 Gebunden mit Schutzumschlag 9,99 €



Frank Djemant
HJ
 Tagebuch eines Kindersoldaten
 Mit vielen S/W-Fotos, Karten und eigenen Zeichnungen.
 144 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1602 5,00 €

Über 75 Jahre sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges vergangen. Langsam verblasen die Erinnerungen an die Schrecken des 3. Reiches. Nur wenige Zeitzeugen sind noch am Leben und können über diese schrecklichen Geschehnisse berichten. Dies ist die Geschichte eines Hiterjungen, aufgeschrieben in seinem Tagebuch. Er hat die Anfänge des 2. WKs miterlebt, welcher ihm Jahr um Jahr deutlicher seine grausame Fratze offenbarte. Ein ungeschöntes Zeitdokument aus der Sicht eines Hitlerjungen, der, ausgelöst durch die Fliegerangriffe auf Mannheim, in die Kinderverschickung gezwungen wurde. Am 1. Februar 1945 bekam er die Einberufung zum Volkssturm-Flakheifer nach Pforzheim. Am 23. Februar 1945 erlebte der Junge den verheerenden Luftangriff auf Pforzheim, mit über 18.000 Toten und wirkte dort aktiv an Aufräumarbeiten mit.



Das Lineol-Bilderbuch 1938
 Er ist wieder da! Ein bildgetreuer und historisch aufschlussreicher Nachdruck des legendären Spielzeugkataloges aus der Vorkriegszeit! Hier findet man all das wieder, was damals Kinderherzen höher schlagen ließ: Soldaten und Kanonen, Autos, Zelte, Trapper und Indianer, Haus- und Zootiere und noch so manches mehr... Eine völlig andere Spielzeugwelt als sie heutige Kinder kennen. Zahlreiche S/W Abbildungen, 36 Seiten
 Nr. PA1642 Kartiert 10,00 €

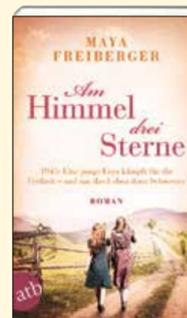


Ehregott A. Wasianski
Zuhause bei Kant
 143 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1062 4,95 €

Eine echte philosophische „home-story“: Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.



Alfred Scherlies (Hrsg.)
Schicksalsjahre in Ostpreußen
 Kindheitserinnerungen an das Kriegsende und die Nachkriegszeit
 „Die Erinnerung ist das Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können“? Für die sieben Autoren dieses Werkes endete die heile Kindheit jedoch jäh mit dem Vorstoß der Roten Armee auf ostpreußisches Gebiet Ende 1944/Anfang 1945. In ihren bewegenden und aufwühlenden Erzählungen, lesen wir Erschütterndes. Wir erfahren vom Verlust naher Familienangehöriger und von der unmenschlichen Willkür der Eroberer gegenüber deutschen Zivilisten und Militärangehörigen, hören von Verschleppung und Zwangsarbeit in russischen Lagern, erleben den täglichen Kampf ums Überleben der Bewohner Ostpreußens, denen es nicht vergönnt war, das rettende Ufer des Deutschen Reiches zu erreichen. Jede Familie hatte dabei ihr eigenes Schicksal zu tragen. Die Zeitzeugenberichte sind ein erschütterndes Dokument einer Zeit, für die sich heute nur noch wenige interessieren. Nicht Hass- oder Rachedgedanken gegenüber den damaligen Feinden leiten die Autoren bei Ihren Erinnerungen, sondern ihr Anliegen ist es, nachfolgenden Generationen ein realistisches Bild dieser Zeit zu hinterlassen. 400 Seiten
 Nr. P 533181 Gebunden 16,95 €



Maya Freiberger
Am Himmel drei Sterne
 1945: Eine junge Frau kämpft für die Freiheit – und um das Leben ihrer Schwestern 448 Seiten/TB
 Nr. P A1535 9,99 €

1942, Siebenbürgen: Selma verliebt sich in den jungen Soldaten Johann, doch dann wird er nach Russland an die Front beordert. Als der Krieg endet, werden Selma und ihre Schwester Irma nach Russland in ein Arbeitslager transportiert. Irma erkrankt während der langen und kräftezehrenden Reise schwer. Selma begreift: Sie müssen fliehen, und ihnen bleibt nicht viel Zeit. Nur so kann sie ihre Schwester retten – und hoffentlich Johann wiederfinden. Unerwartet erhält sie Hilfe von dem Russen Efreim.
 Die ergreifende und wahre Überlebengeschichte zweier junger Schwestern



Theresia Graw
So weit die Störche ziehen
 Roman
 611 Seiten/TB
 Nr. P A1533 12,99 €

Ostpreußen 1939: Während die Welt aus den Fugen gerät, wächst die junge Dora Twardy behütet auf dem Pferdegestüt ihrer Familie auf. Der Tochter des Gutsherren mangelt es an nichts, auch nicht an Verehrern. Doch bei Kriegsbeginn, muss Dora schlagartig erwachsen werden. Ihr Vater wird eingezogen und Dora übernimmt die Verantwortung für den Hof. Mit aller Kraft kämpft Dora um den Erhalt des Familienbesitzes. In den Wirren des Krieges stehen ihr zwei Männer bei: der sanftmütige Wilhelm von Lengendorff, und der abenteuerlustige Kriegsfotograf Curt von Thorau. Zu spät erkennt Dora, wen sie wirklich liebt ...

Bildwandkarten – Gerollt je 8,90 €
 Farbenprächtige Heimatbildwandkarten! Im Format 57 x 49 cm mit Wappen der Städte und Provinzen, sowie der Abbildung markanter Bauwerke.

Bildwandkarte Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Gerollt
 Nr. P 9985 Bildwandkarte 8,90 €

Bildwandkarte Pommern – Gerollt
 Nr. P A0016 Bildwandkarte 8,90 €

Bildwandkarte Schlesien – Gerollt
 Nr. P A0017 Bildwandkarte 8,90 €



Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Manfred Kölsch, fast 40 Jahre lang Richter, unter anderem am Landgericht Trier, hat am 15. Mai 2021 das ihm vor längerer Zeit verliehene Bundesverdienstkreuz an den Bundespräsidenten zurückgesandt. In dem beigefügten, ausführlichen Schreiben, das auf dem Blog „Achgut.com“ veröffentlicht wurde, erklärt Kölsch, die Rückgabe erfolge „aus Protest gegen die von den staatlichen Organen zur angeblichen Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 ergriffenen Maßnahmen“. Der ehemalige Richter betont, diese seien „einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik“, in ihrem Ausmaß „nicht erforderlich“ und verstießen „gegen das Rechtsstaatsprinzip“. Spätestens mit Verabschiedung des Paragraphen 28b des Infektionsschutzgesetzes sei „mit Hilfe der Ministerpräsidenten der Länder der Föderalismus zu Grabe getragen“ worden, der im Grundgesetz „garantierte individuelle Rechtsschutz gegen diese Maßnahmen“ bestehe nicht mehr. Gewaltenteilung werde nicht mehr praktiziert, Kölsch spricht von „Gleichschaltung“. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulrich Reitz fasst auf „Focus-online“ (27. Mai) das bemerkenswert distanzierte Verhältnis von Angela Merkel zur CDU in einer griffigen Formel zusammen:

„Für Merkel war die CDU, anders als für Konrad Adenauer, Helmut Kohl, aber auch Armin Laschet, nie eine politische Heimat, nie eine Art Familie, sondern ausschließlich: Mittel zum Zweck. Der Zweck hieß: Regieren, Bundeskanzler sein. Noch kürzer gefasst: Der Zweck der CDU für Merkel war: Merkel.“

Klaus-Rüdiger Mai warnt bei „Tichys Einblick“ (27. Mai) vor den gravierenden Folgen des fortgesetzten Lockdown-Regimes für unsere Demokratie:

„Die Lage ist ernst. Die Regierung gewöhnt sich ans Durchregieren. Das Parlament versagt, es stimmt seiner Entmachtung zu. Es müsste, wollte es Parlament sein, der Regierung die Verlängerung der epidemischen Lage verweigern. Alles andere käme der Selbstabdankung gleich. Die Demokratie taumelt von Notstand zu Notstand, von Notstandsgesetz zu Notstandsgesetz – und wird dabei immer schwächer ... Für Deutschland bricht die bleierne Zeit an, die Zeit ohne Uhren, die Zeit der ewigen Lockdowns.“

Nachdem die Legende einer „Hetzjagd auf Migranten“, die 2018 in Chemnitz stattgefunden haben soll, gegen Hans-Georg Maaßen wieder ins Feld geführt wird, wirft Alexander Wendt auf seinem Blog „Publicomag“ (28. Mai) einen Blick auf den Zustand der deutschen Debattenkultur:

„Die Hetzjagd-Legende ist eine Chiffre für die – um es vorsichtig zu sagen – schwer gestörte öffentliche Kommunikation in Deutschland. Die Falschbehauptung von Bundeskanzlerin Angela Merkel besitzt heute für eine ganze Reihe von Politikern und Journalisten den Status einer sakralen Verlautbarung. Merkwürdigerweise zerbröseln die Glaubenswahrheit aber sofort, sobald sich doch jemand findet, der sie antastet.“

Yvonne Weiss reagiert in der „Bild“-Zeitung (1. Juni) empört auf die Forderung von SPD-Politiker Karl Lauterbach, dass man den Präsenzunterricht im kommenden Schuljahr „nur mit Impfung der Kinder“ absichern könne:

„Das Recht auf Bildung an eine Impfung zu knüpfen, deren Risiken für Kinder bislang niemand kennt, grenzt an Körperverletzung. Für Erwachsene ist eine Impfpflicht tabu. Aber den Kleinsten, die in der Pandemie am meisten gelitten haben, soll sie nun aufgezwungen werden. Das ist keine Solidarität, das ist Erpressung.“

● WORT DER WOCHE

„Die SPD hinterlässt dem Land einen mehrfach aufgepolsterten Sozialstaat, eine geplünderte Demografie-Reserve und eine ausgebombte Staatskasse.“

Gabor Steingart auf „Focus online“ (1. Juni) über die Füllhornpolitik von Finanzminister Olaf Scholz (SPD)

DER WOCHENRÜCKBLICK

Umstritten bleibt umstritten

Wie die „Laborthese“ plötzlich hoffähig wurde, und warum es Wiesendanger nichts nützen wird

VON HANS HECKEL

S o schnell kann das gehen. Monatelang hatten sie den Hamburger Professor Roland Wiesendanger unter Feuer, weil er es für höchst wahrscheinlich erklärte, dass das Coronavirus durch einen Unfall im Labor von Wuhan in die Welt getreten sei – und nicht auf natürliche Weise durch die Übertragung von Fledermäusen auf Menschen. Nun aber ist die einst „krude Theorie“ des Wissenschaftlers eine gängige Vermutung.

Gegen Wiesendanger hatte man das ganze Arsenal der Vernichtung aufgeföhrt. Der Hamburger Asta verkündete im Februar, der Professor spiele „nur Verschwörungstheorien in die Hände und schürt anti-asiatischen Rassismus“. Andere gingen zwar etwas diskreter vor, zielten aber nicht weniger eifrig darauf, Wiesendangers Ruf zu zerstören.

Der Forscher gab zwar immer und immer wieder zu Protokoll, keine „wissenschaftlich basierten strikten Beweise“ für die Laborthese vorzulegen, sondern aus wissenschaftlichen Artikeln, Veröffentlichungen in Medien sowie sozialen Netzwerken und Gesprächen mit Wissenschaftlern zu schöpfen. Das nützte ihm nichts. Immer wieder wurde ihm vorgehalten, dass er gewissermaßen ein Blender sei, weil seine Arbeit nicht auf wissenschaftlich basierten strikten Beweisen beruhe.

Selbst ein Nobelpreis zählt nicht

Wie schlimm der Kerl ist, ließ uns unter anderem die Deutsche Welle wissen: So beziehe er sich bei seinen zahllosen Quellen auch auf ein Interview mit einem US-Biowaffen-Experten, über den die Nachrichtenagentur Associated Press gesagt habe, dass er ein „Superspreader“ von Covid-19-Verschworungstheorien sei. Also: Wiesendanger bezieht sich auf jemanden, über den jemand gesagt hat, dass er ... schon ist der Schulspruch fertig.

Außerdem habe der Hamburger auf eine Studie von Luc Montagnier verwiesen, der Teile des Aidsvirus HI in Sars-CoV-2 gefunden haben will. Montagnier sei, so ein Wissenschaftspublizist in der Deutschen Welle, zwar Entdecker des HI-Virus und Nobelpreisträger, er sei jedoch seit Jahren eine „sehr, sehr umstrittene Figur“, da er sich mehrfach „vollkommen unwissenschaftlich“ geäußert habe. Was für Äußerungen das gewesen sein sollen, erfahren wir nicht. Warum auch, das Etikett ist geklebt („umstritten“), schon spie-

len eine weltbewegende Virus-Entdeckung oder selbst der Nobelpreis keinerlei Rolle mehr: Ene mene muh, raus bist du! Die „Cancel Culture“ kann sich nicht mit Bedenken aufhalten, dafür kommen Woche für Woche viel zu viele zusätzliche Namen auf die Abschussliste.

„Afrika“, „Asien“ – auch Rassismus!

Dass der „Rassist“ Wiesendanger nun offenbar doch recht hatte, wird ihm nicht mehr helfen. In ein paar Jahren wird keiner mehr wissen, worum es eigentlich ging, wenn in irgendeinem aufmerksamen Blatt zu lesen steht, dass der Professor vor einiger Zeit in die Kritik geraten sei, weil er „Verschwörungstheoretikern in die Hände gespielt und anti-asiatischen Rassismus geschürt“ habe. Das genügt, damit die Antifa dann seine Veranstaltungen stürmt und Wiesendangers Ausladung von Diskussionen erpresst.

Rassismus lauert ja ohnehin überall. Um in Schwierigkeiten zu geraten, reicht es schon, dass man früher mal ein Wort benutzt hat, dass damals als ganz normal galt, heute aber nicht, wie etwa Zigeuner, Mohr, Eskimo oder Indianer. Nun gut, wer sich an alle Sprachbefehle hält, fühlt sich wahrscheinlich sicher.

Das könnte sich allerdings als fataler Irrtum erweisen. Wir ahnen nämlich gar nicht, auf welch dünnem Eis wir mit unserer vermeintlich rundum gesäuberten Sprache wandeln. Nehmen wir beispielsweise das Wort Indianer, das wir pflichtschuldiger durch „amerikanische Ureinwohner“ ersetzt haben, weil Indianer eine europäische Fremdbezeichnung sei, also durch und durch neokolonialistisch. Ist damit alles richtig?

Wer weiß? Werfen wir einen Blick in die Zukunft, wenn die Sprachreiner die nächsten dunklen Ecken ausgeforscht und gesäubert haben. Dann landet nämlich auch „Amerikanische Ureinwohner“ im hohen Bogen auf dem Index der verbotenen Wörter. Da reicht ein kurzer Prozess: Das Wort „Amerika“ ist keinen Deut weniger eine europäische Erfindung als die Bezeichnung „Indianer“, es ist sogar eine deutsche! Der badische Kartograf Martin Waldseemüller etikettierte als erster auf der Welt die südamerikanische Landmasse auf seiner Weltkarte von 1507 mit diesem Namen. Die Indianer oder Wovon-auch-immer-Ureinwohner hatten zu diesem Zeitpunkt noch keinen Schimmer von der neuen Bezeichnung ihrer Heimat.

—
Als ein Deutscher „Amerika“ seinen Namen gab, hatten die Ureinwohner natürlich keinen Schimmer davon



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Wer die Schwarzen in den USA vorschriftsmäßig als „Afro-Amerikaner“ tituliert, macht sich gleich doppelt schuldig: „Africa“ war die Bezeichnung, welche die Römer nach den Punischen Kriegen ihrer gewaltsamen Neuerwerbung im heutigen Tunesien aufdrückten. Ein Blüte des reinsten Imperialismus also.

Und was ist mit Wiesendangers anti-„asiatischem“ Rassismus? Auch dafür werden sich die Gesinnungswächter vom Hamburger Asta noch einmal rechtfertigen müssen, wenn sie längst zu Ende studiert und eine angesehene Lebensstellung als Rechtsextremismus-Experte, Frauenbeauftragte und Diversity-Manager erlangt haben.

„Asia“ hat altgriechische Wurzeln, wurde dann aber populär als Name einer römischen Provinz in Anatolien. Schon wieder Imperialismus! Die Römer sollen es dann auch gewesen sein, die den Namen später auf den gesamten Kontinent ausweiteten, woraufhin aus dem alten Asia nun „Asia minor“ wurde – Kleinasien.

Wir wollen ebenfalls mal jammern

Sie sehen selbst, es ist die Hölle. Wir können sagen, was wir wollen: Das Standgericht der Moralwächter wird uns aufspüren und bis dahin immer neue Gründe für unsere Verurteilung erfunden haben. Was wiederum etwas Tröstliches hat: Egal, wie tief sich die beflissenen Schleimer vor den Weisungen des Neusprech auch verbeugen und verbiegen mögen, auch für sie wird es kein Entrinnen geben.

Dann bleibt doch lieber gleich aufrecht stehen, ihr alten Indianerfreunde! Das schont nicht nur den Rücken, sondern zudem die Selbstachtung. Außerdem macht es Spaß, in die verstört-vergifteten Gesichter der Sprachpolizisten zu gucken, wenn man seine Hochachtung für die Zähigkeit der „Eskimos“ zum Besten gibt oder sein Mitleid bekundet für das karge Leben der „Zigeuner“ in Bulgarien.

Dessen ungeachtet wollen wir irgendwann auch mal jammern wegen all der diskriminierenden, rassistischen Fremdbezeichnungen. Außer Skandinaviern, Niederländern und Italienern nennt uns eigentlich keiner korrekt „Deutsche“. Mal sind wir Germanen (auch richtig), mal Alemannen, Sachsen oder was auch immer. Und hier reden wir nur von den europäischen Bezeichnungen für „Deutsche“. Was wohl in den außereuropäischen Sprachgemeinschaften noch so alles herumgeistert?